

	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 4/5283	4056		
	Johannes Lichdi, GRÜNE	4056		
	Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS	4057		
	Volker Bandmann, CDU	4057		
	Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS	4057		
	Abstimmung und Ablehnung	4057		
	Abstimmung und Ablehnung Drucksache 4/2412	4057		
4	Vertretung des Sächsischen Landtages bei den Verfahren nach § 7 Nr. 9 Verfassungsgerichtshof- gesetz Drucksache 4/5113, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD	4057		
	Abstimmung und Zustimmung	4057		
	Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS	4058		
5	Für mehr Transparenz und Wett- bewerb im sächsischen Schulwesen Drucksache 4/5115, Antrag der Fraktion der FDP	4058		
	Torsten Herbst, FDP	4058		
	Lars Rohwer, CDU	4059		
	Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS	4060		
	Martin Dulig, SPD	4061		
	Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	4062		
	Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	4062		
	Torsten Herbst, FDP	4064		
	Änderungsantrag der Linksfrakti- on.PDS, Drucksache 4/5226	4064		
	Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS	4064		
	Torsten Herbst, FDP	4064		
	Lars Rohwer, CDU	4065		
	Abstimmung und Ablehnung	4065		
	Abstimmung und Ablehnung Drucksache 4/5115	4065		
6	Förderung von Frauen in der Wissenschaft intensivieren Drucksache 4/5102, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	4065		
	Antje Hermenau, GRÜNE	4065		
	Iris Schöne-Firmenich, CDU	4066		
	Heike Werner, Linksfraktion.PDS	4067		
	Dr. Simone Raatz, SPD	4069		
	Jürgen Gansel, NPD	4071		
	Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	4071		
	Barbara Ludwig, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst	4072		
	Antje Hermenau, GRÜNE	4074		
	Abstimmung und Ablehnung	4075		
	Nächste Landtagssitzung	4075		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 13:01 Uhr)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 51. Sitzung des

4. Sächsischen Landtags. Ich komme zurück zum Tagesordnungspunkt 4 der 50. Sitzung gemäß § 81 Abs. 3 Satz 1 unserer Geschäftsordnung. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

3. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen und des Sächsischen Beamtengesetzes

Drucksache 4/4492, Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

Drucksache 4/5242, Zusammenstellung der Änderungen aus der 2. Beratung

Die 2. Beratung fand in der 48. Sitzung des Landtages am 10. Mai 2006 statt. Es wurden gegenüber der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses Änderungen vorgenommen. Ihnen liegt die Zusammenstellung der Änderungen als Drucksache 4/5242 vor. Es liegt kein Wunsch nach einer allgemeinen Aussprache nach § 46 der Geschäftsordnung vor.

Da es keine Änderungsanträge für die 3. Lesung gibt, stelle ich nunmehr den Entwurf Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen und des

Sächsischen Beamtengesetzes in der in der 2. Lesung beschlossenen Fassung als Ganzes zur Abstimmung. Wer dem Entwurf des Gesetzes zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Entwurf als Gesetz beschlossen. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 5 der Ihnen ausgereichten Tagesordnung und ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2

Mehr Mut zur Selbstständigkeit

Drucksache 4/4769, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: CDU, SPD, Linksfraktion, PDS, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung. Ich erteile den Fraktionen CDU und SPD als Einreicherinnen das Wort. Herr Prof. Bolick, bitte.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstständigkeit und Unternehmertum haben sich in Sachsen seit 1990 gut entwickelt, aber im Vergleich mit anderen Ländern müssen wir noch aufholen.

Gerade 9 % der Ostdeutschen planen in den nächsten fünf Jahren die Gründung eines eigenen Unternehmens. In den alten Bundesländern sind das immerhin 16,5 %, fast doppelt so viele. Diese Prognose erbrachte eine kürzlich veröffentlichte Emnid-Umfrage. Sie verwies darauf, dass die Befragten das Risiko einer Existenzgründung in den neuen Bundesländern als ungleich höher einschätzten. Besonders der nach wie vor schwache Binnenmarkt und die Unsicherheit im Umgang mit den vielfältigen und im höchsten Maße komplizierten rechtlichen und steuerlichen Regelungen schrecken viele vor dem Schritt in die wirtschaftliche Unabhängigkeit ab.

Tatsache ist auch, dass wir in den kommenden Jahren dringend Unternehmer brauchen, also Menschen, die das Wagnis Selbstständigkeit auf sich nehmen.

Deutschland ist besonders durch eine kleine und mittelständische Unternehmensstruktur geprägt. Der Mittelstand stellt 99,7 % aller Unternehmen in unserem Land. Er sichert 70,2 % der Arbeitsplätze und 81,9 % aller Ausbildungsplätze ab. Der Mittelstand bildet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft und sichert den Wohlstand in Deutschland. Daher muss ihm unsere wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit gelten.

(Beifall bei der CDU)

Die vorhandene Unternehmensstruktur zu sichern und die Gründung neuer und insbesondere innovativer Unternehmen zu fördern, das sind die Hauptaufgaben der kommenden Jahre, denen wir uns stellen müssen.

Allein im Regierungsbezirk Dresden stehen in den kommenden Jahren fast 15 000 Unternehmer vor der Frage ihrer Nachfolge. Unser Mittelstand braucht dringend junge, engagierte Menschen, die gewillt sind, den Schritt zum Unternehmer zu gehen. Diesen künftigen Unternehmern müssen wir ein Umfeld schaffen, das ihnen bestmögliche Chancen für einen möglichst reibungslosen Einstieg bietet. Diese Aufgabe beginnt frühzeitig.

Schon die berufliche Ausbildung muss wesentliche Elemente, die mit der Führung eines Unternehmens im Zusammenhang stehen, noch stärker beinhalten. Finanz- und Personalmanagement, Unternehmensrecht und Marketing müssen Bestandteile beruflicher Ausbildung werden.

(Beifall bei der CDU)

Nur so können wir die Unternehmer der kommenden Generation entsprechend qualifizieren. Bereits im Rahmen der schulischen und Berufsausbildung müssen jungen Menschen die Perspektiven einer selbstständigen Tätigkeit vermittelt werden. Sie sollten bereits vor der Entscheidung über ihren weiteren Berufsweg wissen, was dazugehört, ihr eigener Chef zu sein und ein Unternehmen zu führen. Nur durch diese frühe Aufklärung können wir Schwellenängste auf dem Weg in die Selbstständigkeit abbauen.

Auch die gründungs- und unternehmensbezogene Ausbildung an Hochschulen, Universitäten usw. ist im Vergleich zu anderen EU-Staaten nur unterdurchschnittlich ausgeprägt. Besonders betroffen macht mich insbesondere die gesellschaftliche Wahrnehmung des Unternehmers in Deutschland. In der öffentlichen Diskussion sollten wir den Begriff Unternehmer endlich wieder positiv besetzen.

Wenn wir die Berichterstattung unserer Medien verfolgen, dann stehen Veröffentlichungen über Firmenpleiten und Managergehälter immer noch vor Erfolgsmeldungen. Skandale und geschürter Sozialneid verkaufen sich offensichtlich besser als wirtschaftlicher Erfolg unseres Mittelstandes um gesicherte Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Diesem völlig falschen Bild müssen wir entgegenwirken. Es stimmt mit der Realität in Deutschland nicht überein. Deutsche Unternehmen zeichnen sich durch ein hohes soziales und gesellschaftliches Engagement aus.

Meine Damen und Herren! Wir müssen für Unternehmertum und Existenzgründungen in Sachsen optimale Rahmenbedingungen schaffen. Unsere Zielstellung muss es sein, von den staatlich verordneten Notgründungen wie den Ich-AGs weg zu einer qualifizierten und marktorientierten Unternehmerlandschaft zu kommen. Das ist eine große Chance, um die dringend benötigten Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Existenzgründung für mehr Beschäftigung und bessere Voraussetzungen für Unternehmensnachfolgen müssen wir dabei im Fokus behalten.

Aus meiner Sicht sind hierzu folgende Rahmenbedingungen notwendig: Schüler, Auszubildende und Studenten müssen besser als bisher an das Thema Selbstständigkeit herangeführt werden. Das Regelwerk zur Gründung eines Unternehmens muss vereinfacht werden, um Hemmschwellen auf dem Weg in die Selbstständigkeit abzubauen. Hier ist der Abbau von Bürokratie und Überregulierung dringend geboten. Die weiteren Finanzierungsmöglichkeiten besonders im Hinblick auf die Ausstattung von Existenzgründern mit Risiko in Eigenkapital müssen weiter verbessert werden. Die Banken müssen hierbei

wieder verstärkt Wagnisse bei der Finanzierung junger Unternehmen eingehen.

Hochschulen und Universitäten müssen in stärkerem Maße als Gründungskatalysatoren fungieren. Eine Zusammenarbeit mit Vertretern der Wirtschaft ist hier sicherlich sinnvoll. Unternehmensnachfolge muss steuerlich und rechtlich in großem Maß vereinfacht werden. Die derzeitigen Regelungen erschweren eine Unternehmensübernahme und führen zu hohen steuerlichen Belastungen, die keinen Anreiz für eine Übergabe schaffen.

Mit unserem Antrag möchten wir die aktuelle Situation in Sachsen im Bereich der Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen genauer analysieren, und wir werden Ableitungen für die weitere Mittelstandspolitik unserer Fraktion treffen. Starker Mittelstand schafft Arbeitsplätze und sichert gesellschaftlichen Wohlstand. Daher sollten wir durch gezielte Förderung des Nachwuchses dazu beitragen, dass er auch stark bleibt und wächst.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Die SPD-Fraktion, bitte, Herr Pecher.

Mario Pecher, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Mehr Mut zur Selbstständigkeit, so ist dieser Antrag überschrieben. Wenn man die Presse verfolgt, dann könnten wir als Koalition durchaus zufrieden sein, denn die Wirtschaft in Sachsen gilt als Erfolgsstory des Ostens und entwickelt sich in den letzten Jahren dynamischer als die der meisten Westländer. Doch darauf kann man sich nicht ausruhen. Fakt ist, dass wir in Sachsen trotzdem mehr Wachstum und Beschäftigung brauchen. Aus dem Wachstum heraus müssen mehr Jobs entstehen. Dabei kommt dem Mittelstand, den Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen eine besondere Bedeutung zu.

Die Zeit der großen Ansiedlungen insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland ist – ich will nicht sagen vorbei –, aber zumindest wird der ganze Bereich schwieriger, weil die enormen Kapitalsubventionen, die bis dahin geleistet wurden und notwendig sind, aufgrund unserer Haushaltslage auch im Freistaat Sachsen nicht mehr aufzubringen sind. Ich erinnere hier nur an den Rückgang der EU-Strukturfördermittel, die sich in diesem Bereich natürlich bemerkbar machen. Insgesamt stehen die Strukturen für die nächsten Jahrzehnte. Wir müssen sie weiter mit Leben erfüllen.

Ich möchte insbesondere drei Ebenen hervorheben, die mir wichtig sind. Herr Bolick hat es bereits angesprochen. Ich denke, dass wir in Deutschland, aber insbesondere in Sachsen, ein Klima brauchen, das vom Respekt gegenüber Initiativen, sich selbstständig zu machen, geprägt ist. Es kann kein negatives Aushängeschild sein, wenn es jemand nicht geschafft hat, sich selbstständig zu machen, und den zweiten oder den dritten Anlauf unternimmt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Ich denke, dass es insgesamt mehr Respekt erfordert, wenn sich jemand bemüht und es vielleicht auch schafft. Wir müssen weg von der Ansicht, dass jemand, der Unternehmer ist und sich etwas leisten kann, weil er dafür auch entsprechend arbeitet, so dargestellt wird, wie: Aha, der fährt einen Porsche, das ist ein Unternehmer, das ist ein Lump, der macht krumme Geschäfte!

(Beifall des Abg. Tino Günther, FDP)

Ich denke, dass dieser Bereich in der gesellschaftlichen Diskussion verstärkt werden muss. Es sind nun einmal nicht alle Unternehmer genauso wie Ackermann – wobei dieser ja keiner ist. Aber diese Selbstbedienungsmentalität ist im Unternehmertum insgesamt nicht vorhanden.

Wir brauchen in unserer Gesellschaft ein Klima, dass Menschen verstärkt Risiken eingehen und sie sich dessen bewusst sind. Nicht jeder schafft es allerdings, als Selbstständiger, als Unternehmer aufzutreten.

Daraus ableitend, komme ich zur zweiten Ebene. Dazu muss die entsprechende Unterstützung gegeben werden. Wir brauchen weiter staatliche Unterstützung. Dazu dienen insbesondere die Evaluierungen in den Punkten 4 und 5 unseres Antrages, vor allem auch aus unseren Hochschulen und Fachhochschulen, aus unseren Berufsakademien heraus in Kooperation mit der Industrie verstärkt Anleitung und Unterstützung zu geben, sich selbstständig zu machen. Ich bedauere das Auslaufen der Ich-AGs, dieser Stütze zur Selbstständigkeit. Wir müssen uns noch einmal genauer ansehen, welche Effekte es dabei gab und ob man Anschlussregelungen finden kann. Wenn man zum Beispiel das Thema Kombi-Lohn diskutiert, so finde ich, dass dieses Thema insbesondere bei Existenzgründern ganz besonders gut aufgehoben ist. Ich denke, dass in der Existenzgründungsphase für die Manpower, die benötigt wird, um ein Unternehmen aufzubauen, viel dringender Personal gebraucht wird. Dort eine staatliche Unterstützung zu geben, dass Existenzgründer Leute einstellen können, ist eine sinnvolle Sache.

Ich komme zum dritten Punkt: Wir brauchen Entlastungsmechanismen für die Tätigkeiten der Unternehmer, die eigentlich außerhalb ihres Gewerbes liegen. Ich gebe dazu nur einige Stichpunkte. Das Stichwort Zwangsgliedschaft IHK, Handwerkskammer, Berufsgenossenschaft, monatliche Lohnsteuer, vierteljährliche Umsatzsteuererklärung; das Thema SV spielt eine Rolle, das Thema Statistiken wird abgefragt und natürlich auch der Kampf mit den Banken, um die entsprechenden Fördermittel heranzuschaffen. – Das sind Beispiele dafür, dass viele, die ein Unternehmen haben, abends viele zusätzliche Stunden sitzen, um diese Aufgaben abzuarbeiten – was nur wenige sehen.

Herr Bolick sagte es und es ist, denke ich, unumstritten in diesem Hause, dass in Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen der Tatsache eine große Bedeutung zukommt, dass drei Viertel aller abhängig Beschäftigten in solchen Unternehmen arbeiten und vier von fünf Jugend-

lichen dort auf ihr Berufsleben vorbereitet werden. Zusammengefasst bedeutet dies: Wenn wir über Existenzgründung sprechen, sprechen wir über die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Sachsens.

Deshalb haben wir diesen Antrag eingebracht. Wir möchten nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern neue Impulse setzen. Zum Ersten wollen wir evaluieren, wie viele Existenzgründungen es in welchen Branchen gegeben hat und welche Unterschiede zu anderen Ländern bestehen. Zum Zweiten wollen wir untersuchen, wie die Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit durch die Festlegung von Rahmenbedingungen durch den Freistaat erhöht werden kann.

Hierzu kann man anführen, dass zum Beispiel das Mikrodarlehen, welches eingerichtet wurde, eine sinnvolle Sache ist. Aber insgesamt müssen die Förderinstrumente schärfer darauf ausgerichtet werden, Existenzgründer zu unterstützen. Wir müssen schauen, wie man in den sich immer schneller wandelnden technologischen Bereichen anpassungsfähige Rahmenbedingungen schaffen kann. Zum Dritten – auch dies hat Herr Bolick angeführt – muss natürlich Bestandspflege betrieben und in die Unternehmensnachfolge investiert werden.

Wir möchten erkennen, ob durch die bisher durchgeführten Maßnahmen die erhofften Erfolge eingetreten sind. Fakt ist: Wir müssen die Gründung von Unternehmen mehr fördern. – Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Danke schön.

(Beifall bei der SPD, der CDU und des Abg. Tino Günther, FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die Linksfraktion.PDS; Herr Hilker, bitte.

Heiko Hilker, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen fordern mehr Mut zur Selbstständigkeit. Was wir gehört haben, ist, dass es ein Wachstum geben soll. Wie es zu diesem Wachstum kommen soll, wurde uns jedoch nicht dargelegt. Einer der vielen Vorschläge in diesem Bereich ist, für mehr Nachfrage zu sorgen – auch staatlicherseits.

Es wird uns geschildert, dass es zu einem Klimawandel kommen soll. Wer an dem gegenwärtigen Klima – auch im Bereich der Selbstständigen, dass es also nicht die entsprechende Existenzgründungsquote gibt – Schuld trägt, wird nicht gesagt. Auch wie dieser Klimawechsel vonstatten gehen soll, wird nicht ausgeführt. Zum Schluss wird noch auf den Neid auf den Porsche fahrenden Unternehmer verwiesen, wobei ich mich frage, welche statistischen Untersuchungen dies bisher hergeben.

Ihr Antrag, meine Damen und Herren von der Koalitionsfraktion, fordert „Mehr Mut zur Selbstständigkeit“. Was Sie hier vorlegen, wenn man den Antrag liest, ist „Mehr Mut zum Berichtswesen“.

(Beifall der Abg. Kristin Schütz und Sven Morlok, FDP)

Sehen wir uns Ihren Antrag an! Sie fordern, dass dargestellt werden soll, wie viele Existenzgründungen es seit 2002 in Sachsen gab, in welchen Bereichen es diese Existenzgründungen gab, welchen Einfluss die sächsischen Hochschulen, Gründungszentren sowie futureSAX auf die Existenzgründer hatten usw. usf. Ich sage Ihnen: Das, was Sie fragen, wissen schon Leute in Sachsen. Die IHK weiß es zum Teil – lesen Sie nur den aktuellen WirtschaftsAtlas 2005! Die Journalisten wissen es – lesen Sie die Zeitung! Wir wissen es, wenn wir unsere eigenen Kleinen Anfragen lesen, und die Menschen wissen es zum Teil auch, beispielsweise aus bestimmten Bereichen des persönlichen Erlebens heraus.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU – so habe ich es gestern gesagt –, betreiben geistige Arbeitsverweigerung. Was uns heute hier dargeboten wird, zeigt, dass Sie nicht einmal bereit sind, das zu lesen, was schon vorliegt, und um mit der Bibel zu sprechen: Mit sehenden Augen können Sie nicht sehen, mit hörenden Ohren können Sie nicht hören.

Ja, das muss unserer Meinung nach ein Ende haben. Nehmen Sie doch erst einmal das zur Kenntnis, was vorliegt, und legen Sie danach Vorschläge vor. Aber es kann ja sein, dass Sie dafür etwas länger brauchen; und so fordern Sie mit Ihrem Antrag, dass all die Daten, die der Wirtschaftsminister eruieren soll, im Mittelstandsbericht zusammengefasst werden sollen. Wann soll dieser Mittelstandsbericht erscheinen? Im Jahre 2008, sprich: in zwei Jahren – wir haben jetzt 2006. Sie, Herr Bolick, sagen, Sie wollen danach eine Auswertung dieser Daten vornehmen. Dies wird dann ja nicht eher als im Jahre 2009 geschehen und die entsprechenden Vorschläge können vielleicht im Jahr 2010 politisch umgesetzt werden.

Was Sie hier machen, ist nichts weiter als das, was in der Planwirtschaft üblich war: erst einen Bericht zu fordern, dann lange abzuwarten und danach irgendwelche Schlussfolgerungen zu ziehen, die eigentlich heute schon zu ziehen sind, und Lösungen für Probleme zu finden, die eigentlich heute schon klar sind.

Welches sind denn die Probleme in Sachsen? Ja, wir haben zu wenige Großunternehmen, und – Herr Pecher hat es ausgeführt – noch einmal BMW wird es wohl kaum geben. BMW kostet über 800 Millionen Euro an Steuerzuschüssen – dafür, dass sich das Unternehmen angesiedelt hat.

Welche Probleme haben denn die kleinen und mittelständischen Unternehmen? Sie haben zu wenige Mitarbeiter in der Forschung und Entwicklung. Was stellen wir, Herr Pecher, bei den Ich-AGs fest, die Sie befürworten? Selbst die IHK stellt fest, dass das Gründungsgeschehen zwar belebt wurde, es in diesem Bereich jedoch keine nachhaltigen Effekte gibt. Lesen Sie nur im WirtschaftsAtlas nach!

Welche Probleme haben wir an den Hochschulen, auf die Sie, Herr Bolick, verwiesen haben? In Sachsen gibt es wesentlich weniger Promovenden auf einen Professor als

im Bundesdurchschnitt. Übrigens: Jeder Promovend zieht Drittmittel heran, da er sehr oft auch Drittprojekte betreut.

Was stellen wir im Bereich der wissenschaftlichen Bildung fest? Wir haben eine geistige Abwanderung zu verzeichnen. Jährlich gibt der Freistaat 600 Millionen Euro für seine Hochschulabsolventen aus und 300 Millionen Euro für die Berufsschulen. Die Zahlen sind klar und offen und besagen, dass viele von den Besten einfach abwandern. Genau dafür bieten Sie keine Lösung, obwohl die Lösungen seit Jahren offen auf dem Tisch liegen und von uns immer wieder vorgetragen werden.

Sie wollen sich mit anderen Bundesländern vergleichen. Natürlich kann man dies tun. Aber auch Sachsen hat Besonderheiten, deshalb geht es darum, im Wesentlichen die Potenziale zu nutzen. Wir müssen endlich von Ihrem quantitativen Berichtswesen wegkommen, hin zu qualitativen Veränderungen. Wir haben es vor Jahren bereits vorgeschlagen, und selbst CDU-Kollegen wollten es: Es sollte in Sachsen eine Technologiestiftung geben, eine Technologiestiftung, die dafür sorgen soll, dass zum Beispiel Absolventen der Hochschulen hier bleiben. Solche Technologiestiftungen gibt es in anderen europäischen Ländern. Allerdings hat sich die Koalition bis zum heutigen Tage einem solchen Vorschlag verweigert.

Ich kann nur feststellen: Dieser Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, ist ein erster Schritt, ihn von Ihrer Seite aus wirklich zur Kenntnis zu nehmen. Unserer Meinung nach müsste es wesentlich schneller gehen. Aber wir sagen einmal: Bedächtiger Fortschritt ist auch ein Fortschritt, und daran werden wir Sie nicht hindern.

Wir werden diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion, bitte; Herr Abg. Apfel.

Holger Apfel, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Regierungskoalition ist mit dem Titel „Mehr Mut zur Selbstständigkeit“ überschrieben. Wenn man weiterliest, bekommt man den Eindruck, dass die Etablierten selbst nicht so recht wissen, worum es letztlich geht; denn die Fragen, über deren Stellung der Landtag befinden soll, verraten, dass man im Bereich der Existenzgründung offensichtlich im Dunkeln tappt.

Auch die Bemerkung in der Begründung, dass die Selbstständigengquote noch unterentwickelt ist und die besondere Zielsetzung der Regierungskoalition die Bestandsanalyse und die Bestandspflege ist, ist eine reine Absichtserklärung, mehr nicht. Ganz offenkundig soll der Antrag der Regierungskoalition, die es aufgrund der Faktenlage nun wirklich besser wissen sollte, im besten Fall Betriebsamkeit vortäuschen, im schlimmsten Fall drückt sich aber wohl eher unbeabsichtigt die Rat- und Konzeptlosigkeit aus, die in der nach wie vor herrschenden Arbeitslosigkeit ihren Ausdruck findet.

Die Bereitschaft zum großen Wagnis einer Selbstständigkeit ist hiervon sicherlich nicht losgelöst zu betrachten. Angesichts der katastrophalen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die durch die Untätigkeit und Unfähigkeit der Etablierten verursacht wurden, bedarf es tatsächlich großen Mutes, um heute noch den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. Die aktuellsten Zahlen zum Gründungsgeschehen belegen dies. So wurden im Dezember 2005 3 644 Gewerbe angemeldet. Darunter befanden sich 3 171 Neuerrichtungen. Gegenüber Dezember 2004 war die Zahl der Gewerbebeanmeldungen um 2 206 niedriger. 2 695 Gewerbe wurden hingegen wieder abgemeldet. Dabei handelte es sich bei 2 298 um die Aufgabe des Gewerbes – im Vergleich zum Vorjahresmonat 171 Abmeldungen mehr. Das Jahr 2005 betrachtet, standen im Freistaat Sachsen 45 014 Gewerbebeanmeldungen 34 816 Abmeldungen gegenüber.

Daraus lassen sich bei aller gebotenen Zurückhaltung gewisse Schlüsse ziehen, vor allem der, dass der Schritt in die Selbstständigkeit auch in Sachsen einem Himmelfahrtskommando gleicht, das schon nach kurzer Zeit für die Allermeisten mit der Gewerbeabmeldung endet, und die ist oftmals gleichbedeutend mit der Pleite.

Warum das so ist, kann jeder im „Mittelstandsmonitor 2006“ nachlesen. Dort heißt es – Zitat –: „Wie im Vorjahr ist der Anstieg der Gründungsintensität auf die wachsende Zahl von Gründungen aus Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Diese gehen jedoch im Jahre 2005 aufgrund einer Verschärfung der Fördervoraussetzungen wieder etwas zurück. Steigende Gründungs- und Liquidationszahlen implizieren eine Zunahme der Unternehmensfluktuation. Für die relativ hohe Fluktuation sind vermutlich die Gründungen aus Arbeitslosigkeit mitverantwortlich. Diese finden hauptsächlich in Branchen mit geringer Kapitalintensität und niedrigen Markteintrittsbarrieren wie dem Bauhandwerk und den unternehmensnahen Dienstleistungen statt. Nur ein vergleichsweise geringer Anteil der arbeitslosen Gründer beschäftigt Mitarbeiter. Weil bei ihnen das Auswegmotiv, das heißt der Wunsch, der Arbeitslosigkeit zu entkommen, eine relativ große Bedeutung hat gegenüber dem Chancenmotiv, das heißt der Erwartung, mit dem Unternehmen hohe Erträge zu erwirtschaften, sind sie bestrebt, das Investitionsrisiko niedrig zu halten. Die volkswirtschaftlichen Wirkungen des jetzigen Gründungsbooms dürften daher eher kritisch zu sehen sein. Von den Gründungen aus Arbeitslosigkeit gehen kaum zusätzliche Beschäftigungseffekte aus. Sie steigern den Verdrängungswettbewerb in Branchen mit geringer Kapitalintensität, die ohnehin durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet sind. Die für den technologischen Fortschritt entscheidenden wachstumssträchtigen Wirtschaftssektoren profitieren nur unterproportional vom Anstieg der Gründungszahlen.“

Damit, meine Damen und Herren, ist im Grunde alles gesagt. Es ist klar, dass in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit, für die sich derzeit in Sachsen eine offizielle Quote von annähernd 20 % ergibt, das Auswegmotiv ausschlaggebend ist, also der Wunsch, der Arbeitslosigkeit

zu entkommen, und weniger das Chancenmotiv, also die Erwartung auf hohe Erträge.

Dabei ist die etablierte Politik unehrlich genug, den Betroffenen zu verschweigen, dass die Rückkehr in die Arbeitslosigkeit selbst bei größtem persönlichem Einsatz vorprogrammiert ist, weil das herrschende globalisierte Wirtschaftssystem der Mehrzahl der Menschen kaum noch eine Chance gibt, auch und gerade in Sachsen.

Gerade für Sachsen sind aufgrund des demografischen Zusammenbruchs um das Jahr 2020 herum, der sich bildenden Entleerungsräume, wie die etablierte Politik die neuen Verödungszonen so nett umschreibt, und damit verbunden des Zusammenbruchs jeglicher wirtschaftlicher Nachfrage die Zukunftsaussichten mehr als düster. Das gilt leider auch für die Mehrzahl der Versuche, über den Weg der Selbstständigkeit der Arbeitslosigkeit zu entrinnen.

Den Etablierten geht es dabei wie so oft offensichtlich nicht um die Menschen, sondern um das Aufpolieren von Statistiken, um das eigene Versagen zu verbergen bzw. zu relativieren. Geändert werden die Verhältnisse dadurch nicht, weil sich am Wesen des Raubtierkapitalismus dadurch nichts ändert.

Meine Damen und Herren, trotz aller Substanzlosigkeit des Antrages der Regierungskoalition wird meine Fraktion, die NPD, dem Antrag zustimmen, da selbstverständlich einem reinen Berichtsantrag bzw. der Erstellung eines Mittelstandsberichtes nichts im Wege steht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion. Herr Abg. Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! All das, was zur Qualität dieses Antrages zu sagen ist, hat mein Kollege Hilker bereits ausführlich gesagt.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:

Das ist nicht Ihr Kollege, sondern meiner!)

– Er ist auch mein Kollege, weil auch ich Abgeordneter dieses Hauses bin. Ich denke, dass wir miteinander vereinbaren können, dass wir uns gegenseitig als Kollegen bezeichnen, auch wenn wir verschiedenen Fraktionen angehören.

(Staatsminister Thomas Jurk: Sozusagen mein und unser Kollege! – Heiterkeit)

– Ich bin bereit, mich auf diesen Kompromiss zu einigen, wenn Sie einverstanden sind, Herr Hahn.

Aber ich will eines hinzufügen: Wenn der CDU, die sich ja gern auch die Stichworte „Selbstständigkeit“ und „Mittelstand“ auf ihre Fahne heftet, nach über 15 Jahren Regierungsbeteiligung nichts anderes, nichts Besseres einfällt, als zu diesem Thema einen Berichtsantrag zu

stellen, dann zeigt sich, wie weit sie sich in diesem Fall von der Wirklichkeit verabschiedet hat.

(Beifall bei der FDP)

Es ist richtig, dass wir die Selbstständigkeit fördern müssen. Wenn wir uns die Berufswünsche von jungen Menschen anschauen, wird auch deutlich, wie wenig attraktiv Selbstständigkeit ist. Daher unterstützen wir Sie natürlich, wenn Sie den Mut zur Selbstständigkeit fördern wollen. Gar keine Frage. Aber das ist nur die Überschrift des Antrags. Anschließend geht es nur um Existenzgründungen. Genau hier sieht man, dass Sie von der Situation in Sachsen tatsächlich keine Ahnung haben.

Schauen wir uns einmal an, wie die Betriebsdichte in Sachsen aussieht. In Sachsen haben wir 2 800 Betriebe je 100 000 Einwohner. Im Durchschnitt Westdeutschlands sind es 2 500. Die Zahl der Betriebe, die Betriebsdichte, ist nicht das Problem, das wir hier haben. Wir brauchen nicht mehr Existenzgründer. Wir brauchen Unternehmen, die wachsen. Es ist natürlich richtig, dass viele dieser Existenzgründer tatsächlich Ich-AGs sind, weil sie aus der Arbeitslosigkeit herauskommen wollten. Deswegen ist diese Zahl vielleicht ein bisschen verfälscht.

Wenn wir einmal einen Blick auf die Dichte der Industriebetriebe werfen – dabei handelt es sich ja wohl nicht um Ich-AGs –, stellen wir fest, dass wir in Sachsen im Jahre 2005 eine Dichte von 68 Industriebetrieben je 100 000 Einwohner hatten. 68 in Sachsen, 62 in Bayern, 51 in Hessen, 58 in Nordrhein-Westfalen. Lediglich Baden-Württemberg liegt mit 81 Industriebetrieben darüber. Daran zeigt sich: Auch bei den Industriebetrieben ist nicht die Anzahl der Betriebe unser Problem, sondern ihre Größe.

(Beifall der Abg. Regina Schulz,
Linksfraktion.PDS)

Insofern haben Sie mit Ihrem Berichtsantrag das Ziel deutlich verfehlt.

Wenn man sagt, Selbstständige würden durch Bürokratie abgeschreckt, ist das richtig, Kollege Pecher. Selbstverständlich werden sie dadurch abgeschreckt. Aber dann darf man das hier am Mikrophon im Sächsischen Landtag nicht nur beklagen, sondern dann muss man etwas tun. Wir haben im Landtag einen Antrag zu einem Bürokratiekosten-TÜV eingebracht. Wir wollten also etwas tun. Diesen Antrag haben Sie im vergangenen Plenum abgelehnt. Also, reden Sie nicht nur, sondern tun Sie endlich auch einmal etwas!

(Beifall bei der FDP)

Selbstständigkeit hat etwas mit Risiko zu tun. Der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens ist auch eine Risikoprämie. Sie ist wahrscheinlich höher als der Spareckzins, wenn das Unternehmen erfolgreich ist. Das gehört zusammen: dass eben der erfolgreiche Unternehmer, wenn er ein Risiko eingeht, dann, wenn er es gut macht, auch entsprechend gut verdient. Aber statt das zu fördern und zu unterstützen, führen Sie eine Reichensteuer ein

und nehmen dem Unternehmer den Erfolg dadurch wieder weg. Das ist doch genau das falsche Signal. Sie reden so und handeln anders. Das ist die Verlogenheit dieser Debatte.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Die Fraktion der GRÜNEN, bitte. Herr Abg. Weichert.

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wieder einmal haben wir eine parlamentarische Initiative der Koalition vorliegen, die in die Form eines Antrags gepackt wurde, inhaltlich aber eher zwischen die Kategorien Kleine und Große Anfragen gehört.

(Zuruf von der FDP: Eher Kleine!)

Ich habe das Gefühl, dass die beiden Fraktionsmannschaften der Koalition in der Zeit vor der Fußballweltmeisterschaft den Landtag nutzen, um mit uns den Doppelpass zu üben. Sie lassen sich nämlich mehr oder minder schlaue Fragen einfallen, kleiden sie in die Form eines Berichtsantrages und am Schluss liegt der Ball dann bei der Staatsregierung, die bei der Beantwortung Gelegenheit zur Selbstdarstellung erhält und – bleiben wir beim Fußball – aus kurzer Distanz die Vorlage verwandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit –
Zurufe von der CDU)

Ich hätte mit diesem Vorgehen auch kein Problem, wenn es nicht genau dieselben Kolleginnen und Kollegen wären, die immer wieder einmal darauf drängen, die Plenarberatungen zu verkürzen. Beides passt nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN,
der Linksfraktion.PDS und der FDP)

Nun zu dem beantragten Bericht. Dazu ist inhaltlich schon jede Menge gesagt worden. Von der Tendenz her gesehen und auch aus den Erfahrungen, die ich in den Gesprächen mit jungen Unternehmern gesammelt habe, denke ich, dass das Feld für den Übergang in die Selbstständigkeit in Sachsen ganz gut bestellt ist.

Meine Damen und Herren! Deshalb möchte ich einen zweiten Aspekt des Themas „Mehr Mut zur Selbstständigkeit“ ansprechen, nämlich die Frage: Wie wird die Phase zwischen Firmengründung und Marktreife des Produktes begleitet? Das betrifft besonders Unternehmen im Bereich neuer Technologien, die ja ganz besonders für zukunftssichere Arbeitsplätze sorgen und deshalb vorrangig unsere Unterstützung brauchen.

Ein Beispiel: Ende letzten Jahres hatte sich ein neu gegründetes Unternehmen aus dem Bereich Medizintechnik an mich und Kollegen anderer Fraktionen gewandt. Diese Firma stand bei der Produktentwicklung kurz vor der Markteinführung, war aber durch die lange Phase der Entwicklung in Liquiditätsschwierigkeiten geraten. Aus den vorgelegten Referenzen war ersichtlich, dass es sich

sowohl um erfolgreiche Unternehmer als auch um ein erfolgreiches, fast fertiges Produkt mit besten Marktchancen handelt. Aufgrund des Liquiditätsproblems musste nun schnell gehandelt werden, um das Produkt marktreif zu Ende zu entwickeln. Wir haben gemeinsam mehrere Initiativen unternommen, um Hilfe, das heißt Begleitung, zu organisieren. Es fanden zahlreiche Gespräche statt, bei denen zu keinem Zeitpunkt die Erfolgsaussichten infrage gestellt wurden.

Allen Beteiligten – Wirtschafts- und Finanzministerium, Sächsische Beteiligungsbank und Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen – sollte im Verlauf des Verfahrens klar geworden sein, dass die Zeit drängte. Allein schon die Laufzeit der Briefe, die immer wieder formulierten Einwände und die Hindernisse, die aufgestellt wurden, machten deutlich, dass unsere sächsischen Wirtschaftsförderer keine Vorstellungen von einer dem Wirtschaftsgeschehen angemessenen Geschwindigkeit in der Bearbeitung hatten.

Das Ergebnis: Am 31. März 2006 stellte die Geschäftsführung des Unternehmens vorsorglich Antrag auf Insolvenz. Und das alles, obwohl das Unternehmen im letzten Jahr zu den Preisträgern des Business-Wettbewerbs futureSax, also von einem der Instrumente, die wir vorhalten, profitiert hat. Es nützt uns nichts, meine Damen und Herren, wenn wir in Sachsen über einen wohlsortierten Instrumentenkasten verfügen, um Unternehmen an den Start zu bringen, uns anschließend aber als unfähig erweisen, den Unternehmen in Problemphasen an der Seite zu stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das betrifft vor allem jene Unternehmen, die mit neuen Technologien befasst sind und bei denen die Zeit von der Produktentwicklung bis hin zur Markteinführung schwer zu überblicken und deshalb umso schwieriger zu finanzieren ist. Ich denke, wir vergeben in Sachsen wichtige Chancen, wenn wir die vorhandenen Instrumente nicht daraufhin abstimmen, dass die Unternehmen nicht nur geboren werden, sondern auch die ersten Jahre überleben können.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Deshalb werbe ich bei allen Beteiligten in der Verwaltung für eine Kultur, die man guten Gewissens als Dienstleistungskultur beschreiben kann. Ich will nicht sagen, dass ich diese nicht vorgefunden habe. Aber sie war erstens nicht bei allen Beteiligten erkennbar und zweitens verlor sie sich viel zu oft im Dickicht der verschiedenen Institutionen und dem daraus resultierenden Abstimmungsbedarf.

Ich hätte mir in dieser schwierigen Phase des Unternehmens, von dem ich gesprochen habe, gewünscht, dass ein kompetenter Mitarbeiter, egal aus welchem Ministerium, dem Unternehmer quasi als Lotse durch die Verwaltung zur Seite gestellt worden wäre. Stattdessen wurde man an diesen und jenen verwiesen. Manchmal waren die Leute

schnell und manchmal weniger schnell erreichbar. In der Phase einer drohenden Insolvenz ist das tödlich.

Meine Damen und Herren! Auch wir wünschen uns sehr, dass es in Sachsen noch viel mehr Mut zur Selbstständigkeit geben wird, und stimmen deshalb diesem Antrag zu. Wir verbinden dies mit der Hoffnung, dass wir in der Frage der Begleitung der Unternehmen künftig im Freistaat noch viel besser werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird weiter von den Fraktionen das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Abg. Rasch.

Horst Rasch, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Weichert, Sie sprechen ja eine Phase in der Entwicklung von Unternehmen an, die tatsächlich eine hohe Aufmerksamkeit braucht. Ich denke, dabei gibt es zwei Aspekte: Einmal die Frage nach dem Funktionieren von Verwaltung. Zum anderen steht die Frage: Was kann denn öffentliche Unterstützung in der Phase, in der unter Umständen die Gefahr besteht, dass öffentliches Geld in die Insolvenz geschüttet wird, überhaupt noch bewirken? Anderenfalls wissen wir ganz genau, wie kompliziert es mit der Möglichkeit staatlicher Förderung in diesem vorwettbewerblichen oder schon in der Wettbewerbsphase befindlichen Bereich ist.

Eines sei zugestanden: Genau das ist ein Thema, das wir im Zusammenhang mit der nächsten Förderperiode – vor allem bezüglich der EU-Mittel – sehr genau in den Blick nehmen müssen. Möglicherweise sind dabei noch nicht alle Chancen ausgeschöpft.

(Sven Morlok, FDP, steht am Mikrofon.)

– Offensichtlich gibt es den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Frau Präsidentin, ich bitte darum, den Kollegen –

(Heiterkeit im Saal)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Morlok, bitte.

(Erneut Heiterkeit im Saal)

Ja, jetzt sind beide stumm.

Sven Morlok, FDP: Herr Rasch, ich habe eine Frage: Können Sie mir sagen, an welcher Stelle Sie in Ihrem Antrag diesem Problem, das Sie eben beschrieben haben, Rechnung tragen?

Horst Rasch, CDU: Der Antrag ist ja – das müssen Sie auch zugeben, sehr geehrter Herr Kollege – auf einen ganz anderen Aspekt gerichtet. Dabei will ich schon deutlich machen: Wenn es darum gehen soll – und es geht uns darum –, vor allem für Arbeitsplätze zu sorgen, dann muss es um Wirtschaftsentwicklung gehen. Neben Kapital, Fachkräften, Wissenschaft und Technologie ist eine entscheidende Ressource eben vor allem die Frage nach dem unternehmerischen Potenzial. Dieser Frage gehen wir generell nach.

Ich meine schon, dass ein intensives Nachfragen für gewöhnlich den Effekt hat, dass man sich im Bereich der Verwaltung diesem Thema stärker zuwendet. Darum soll es letzten Endes gehen.

Wenn man nicht nur schaut, wie Sachsen in Deutschland, sondern wie Deutschland in der Welt steht, dann gibt es schon ausreichend Grund zur Besorgnis. Ich empfehle Ihnen zur Lektüre den „Global Entreprenneur Monitor“. Diesen gibt es seit Ende der neunziger Jahre. Inzwischen sind 33 Länder dabei, die einen kompletten Katalog einer großen Anzahl von Bürgerbefragungen sowie Expertenbefragungen abarbeiten, sodass einheitliche Vergleiche zwischen verschiedensten Ländern aus verschiedenen Regionen der Erde möglich sind. Wenn wir uns diese 33 Länder anschauen, dann nehmen wir, was die Anzahl derjenigen angeht, die sich mit Gründungsabsichten befassen, leider Gottes nur Ränge um Mitte 20 ein. Das heißt, wir sind am Ende des zweiten Drittels oder sogar am Anfang des letzten Drittels. Dieser Sachverhalt muss uns vor allem Sorge bereiten.

Es ist richtig, dass insbesondere für uns folgender Aspekt hinzukommt: Auf der einen Seite gibt es Existenzsicherer – man sagt auch Notgründungen – und auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die eine Idee verwirklichen wollen – man nennt sie Selbstverwirklicher. Wie sieht es aus? Es wird deutlich, dass es von ursprünglich einem Fünftel der Existenzsicherer nun inzwischen schon zu einem Viertel der Existenzsicherer gekommen ist. Im regionalen Vergleich wird bei uns in Sachsen ausgerechnet die Leipziger Region seit mehreren Jahren in dieses Monitoring aufgenommen. Es wird deutlich, dass man zwar mit dieser Sondersituation der Ich-AG vergleichsweise hohe Gründungszahlen erreichen kann, aber dass dies nicht unbedingt das Erfolgsrezept ist.

Trotzdem Vorsicht, meine Damen und Herren! Es ist so mancher Fall dabei, in dem man sich selbst kümmern musste und die Arbeitslosigkeit der letzte Anstoß dazu war, endlich die eigene Idee umzusetzen. Insofern müssen wir sehr sensibel reagieren und können nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Nehmen wir noch einmal den internationalen Vergleich. Dabei wird eines sehr deutlich: In Deutschland haben wir insgesamt – Sachsen fällt dabei beileibe nicht ab, sondern bewegt sich mit an der Spitze – eine sehr gute Förderinfrastruktur. Daran fehlt es also nicht. Das, was der Staat diesbezüglich leisten kann, leistet er offensichtlich. Es wird aber auch deutlich: Dies allein macht es nicht. Es gibt sehr unterschiedliche Ergebnisse. Zum Beispiel: In der Summe der Betrachtung der Rahmenbedingungen stimmt das übliche Nord-Süd-Bild. Dabei bewegen wir uns – Leipzig, Stuttgart, München – ungefähr in der gleichen Kategorie.

In verschiedenen Einzelfragen fällt das durcheinander. Aber wenn man nach Stuttgart schaut und sieht, wie viele Gründer es wirklich sind, dann stellt man fest, dass Stuttgart relativ unterdurchschnittlich ist. Was mag dabei

die entscheidende Rolle spielen? Eine mögliche Antwort hoch qualifizierter Leute wäre: Ich schaffe beim Daimler.

Ich hatte ursprünglich die Vermutung, unser zentrales Defizit sei, dass diese Bereitschaft, die Existenz in die eigenen Hände zu nehmen, zu unterentwickelt sei. Ich glaube, inzwischen haben wir im Osten gut aufgeholt. Wir merken aber umso deutlicher, dass es eine gewisse Mentalität in West wie in Ost gibt, sich zum Beispiel nach der Hochschule lieber einen sicheren Job in der Verwaltung oder in einem großen Industrieunternehmen zu suchen, in dem man dann mit einem relativ hohen Maß an Sicherheit sitzt und einen geregelten Arbeitstag hat. Es sind zu wenige, die bereit sind, ihre eigenen Träume umzusetzen.

Dabei sind wir an dem Punkt, an dem deutlich wird: Es geht vor allen Dingen um die geistigen Voraussetzungen im Lande, wie man Gründern gegenübersteht. Ich will ein zusammenfassendes Ergebnis zitieren: „Insbesondere findet sich unter den befragten deutschen Experten kaum Zustimmung für die Aussage, hierzulande herrsche eine Kultur, die die Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischen Risikos fördere, worin sich Deutschland erheblich von vielen ansonsten vergleichbaren Ländern unterscheidet.“

Was die Politik an Instrumentarien zur Verfügung stellt, ist in Ordnung, aber das, was in der Öffentlichkeit zur Sache diskutiert wird, ist zu überprüfen. Dazu will ich wieder einmal Leipzig anführen, das dabei im deutschen Durchschnitt lag. Als das Thema „Heuschrecken“ diskutiert wurde, fiel Leipzig bezüglich dieser öffentlichen Wahrnehmung von eigenverantworteter wirtschaftlicher Tätigkeit sofort um einen halben Prozentpunkt herunter. Ob man dabei nun von Raubtierkapitalismus, von Heuschrecken oder von Ähnlichem spricht: Liebe Leute, das ist das, was hierbei schädlich ist!

Wenn wir die Frage stellen, wie wir denn diese Rahmenbedingungen im Denken der Menschen verbessern können, dann komme ich zu den Themen Schule und Hochschule. An den Hochschulen wird durch entsprechende Existenzgründerlehrstühle sicherlich einiges getan. Unsere Schulen sind mit den Arbeitskreisen „Schule und Wirtschaft“, den Schülerfirmen und Ähnlichem durchaus in die richtige Richtung unterwegs. Ich meine nur, das muss intensiviert werden.

Meine Damen und Herren! Summa summarum: Die Deutschen sind pessimistischer – leider. Sie haben Angst vor dem Scheitern, sie haben ein eher negatives Unternehmerbild. Unsere Kultur fördert die Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischer Risiken leider nicht.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS:
Bei der Regierung!)

Ich sage: noch nicht! Die Ostdeutschen sind zwar weniger ängstlich, sehen aber leider Gottes ihre Chance seltener – auch das ist ein Ergebnis. Wenn sie jedoch die Chance ergreifen, dann entstehen bei uns im Osten wachstumsstarke Unternehmen. Das scheint mir durchaus erwähnenswert.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und
vereinzelt bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Das sieht nicht so aus. Dann bitte ich die Staatsregierung; Herr Staatsminister Jurk, bitte.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Leider verlässt Herr Abg. Hahn gerade den Plenarsaal. Warum sage ich das? Ich habe genau zugehört, als Herr Weichert von den GRÜNEN an das Pult trat und Herr Hahn bemerkte, dass Herr Weichert fast auf das gleiche Papier wie der Minister schreibe. Er hatte es nur quer gelegt und nicht längs. Herr Hahn, das war eine selbstständige Entscheidung von mir.

(Heiterkeit bei der SPD und des Abg.
Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe soeben versucht, das im Kleinen einmal deutlich zu machen. Wir treffen tagtäglich verschiedene Entscheidungen, die nur wir selbst treffen können.

(Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Echt?)

– Frau Ernst, ich weiß nicht, ob der Zwischenruf gerade von Ihnen kam. Vielleicht ist es bei der PDS anders und es gibt Leute, die die Entscheidung vorgeben. Aber wir möchten das nicht unbedingt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will damit sehr deutlich sagen: Es ist immer eine Frage der Verflochtenheit. Wie viele Entscheidungen trifft man selbst? Eine der schwierigsten Entscheidungen ist es wohl, wenn ein Mensch für sich die Entscheidung trifft, nicht nur sein Leben selbst zu gestalten. Ich glaube, das ist die wichtigste Voraussetzung, dass man selbst lebensfähig ist und auch die Verantwortung übernimmt, damit seine Existenz durch eigene Arbeit eigenverantwortlich zu sichern. Das ist doch der Punkt.

Herr Morlok, wenn Sie die Vielzahl der Unternehmen, die es in Sachsen gibt, ansprechen, dann hat es sicherlich unterschiedliche Gründe. Darüber sollte man sprechen. Aber eines steht fest: Wenn es nicht den selbstständigen Unternehmer oder die selbstständige Unternehmerin gäbe, könnten keine Personen dort beschäftigt werden. Das ist, glaube ich, der Kristallisationskern. Deshalb ist es mir so wichtig, dass wir dieses Thema "Selbstständigkeit" gründlich untersuchen und schauen, wie die Entwicklung ist.

Deshalb ist der Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD aus meiner Sicht ausdrücklich zu begrüßen. Selbstständige Unternehmer sind ein wichtiger Bestandteil jeder leistungsfähigen Wirtschaft. Was wie selbstverständlich klingt, ist in Sachsen – das will ich ausdrücklich dazusagen – eben nicht immer eine Selbstverständlichkeit

gewesen. Seit Beginn der neunziger Jahre musste der Unternehmensbestand nahezu vollständig neu aufgebaut werden. Selbstständigkeit und unternehmerisches Denken waren lange Zeit verpönt und wurden nicht vermittelt.

Zu Zeiten der DDR gab es in Sachsen überdurchschnittlich viele privat geführte Handwerksbetriebe und andere selbstständige wirtschaftliche Existenzen unter den zugegebenermaßen schwierigen Bedingungen von Plan- und Mangelwirtschaft. Sachsen hat seither – das ist ausdrücklich zu betonen – eine Menge erreicht.

Im Jahr 2004 gab es in Sachsen 201 000 Unternehmen und Selbstständige. Die Selbstständigenquote liegt mit 11,3 % aller Erwerbstätigen mehr als doppelt so hoch wie im Jahre 1991. Damals waren es nur 4,6 %. In Ostdeutschland haben wir – der Durchschnitt liegt bei 10,5 % – den Spitzenplatz inne. Der Abstand zum westdeutschen Durchschnitt von 12,2 % hat sich weiter verringert.

In vielen Wirtschaftszweigen ist es gelungen – das ist mir ganz besonders wichtig, weil es auch die Herkunft und die Tradition begründet hat –, alte unternehmerische Traditionen mit neuen, innovativen Entwicklungen zu verknüpfen. So zum Beispiel im Maschinenbau – das ist, glaube ich, das beste Beispiel –, im Bereich der Automobilzulieferer, in der Uhrenindustrie, aber auch im Handwerk oder bei einer Reihe von Dienstleistungen.

Wir können uns jedoch nicht mit dem Hinweis auf das Erreichte ausruhen, sondern müssen weiter daran arbeiten, dass die Menschen in Sachsen mehr Mut zur Selbstständigkeit entwickeln, wie es im Antrag zutreffend formuliert ist.

Welchen Herausforderungen müssen wir uns dabei stellen? Ich möchte auf drei zentrale Punkte verweisen.

Erstens. Das Gründungsgeschehen der letzten Jahre in Sachsen ist wie im gesamten Land geprägt von einer starken Zunahme von Klein- und Kleinstgründungen, besonders aus der Arbeitslosigkeit heraus. Hintergrund ist sicherlich auch die Einführung des Existenzgründungszuschusses durch die Arbeitsverwaltungen im Jahre 2003, mit dem viele Arbeitslose die Erwerbslosigkeit zu überwinden versuchen. Mehr als 30 000 Menschen in Sachsen haben sich seither im Rahmen der so genannten Ich-AGs selbstständig gemacht.

Herr Pecher, ich gebe Ihnen vollkommen Recht, man sollte abwarten, bis die endgültigen Evaluierungsergebnisse vorliegen, wie dieses Instrument, was jetzt abgeschafft wird, vielleicht in anderer Form – dazu nenne ich nur das Stichwort Einstiegsgeld – fortgeführt werden kann, um auf diese Weise ein sinnvolles Instrument für den Start in die Selbstständigkeit zu haben.

Grundsätzlich haben über 40 000 Gründer das Überbrückungsgeld und die ergänzende ESF-Förderung des Freistaates in Anspruch genommen. Wir brauchen solche Instrumente auch für die Zukunft, um den Wandel auf dem Arbeitsmarkt realisieren zu können. Ich sage aber auch: Die Unterstützung muss noch stärker berücksichti-

gen, dass der Erfolg einer solchen Selbstständigkeit dauerhaft und nachhaltig wird – dies auch im Interesse der Menschen, die in die Selbstständigkeit gehen.

Zweitens. Besonders wichtig für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sind Technologie und wissensbasierte Unternehmensgründungen. Sie stoßen nämlich Innovationen an und bringen Dynamik in den Arbeitsmarkt.

Sachsen verfügt über einen guten Nährboden für diese Gründungen. Ich will ausdrücklich betonen: Dazu gehören eine breitere und leistungsfähigere Hochschul- und Forschungslandschaft, ein wachsendes Gewicht von Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft, besonders in der Industrie, leistungsfähigere Betreuungsangebote, zum Beispiel der Businessplanwettbewerb futureSax, und die Technologiegründerzentren. Wir können feststellen: Auch wenn wir viel erreicht haben, wollen, können und müssen wir noch besser werden.

Der Transfer von Wissen und Technologie in neue Produkte und Dienstleistungen über den Weg der Existenzgründung wird noch zu wenig genutzt. Dazu kommen personenbezogene Dienstleistungen vom Wellnessinstitut bis zur ambulanten Pflege, von Diensten rund um den Haushalt bis hin zu Finanzdienstleistungen.

Drittens. Wir müssen darüber hinaus das unternehmerische Potenzial im bestehenden Mittelstand erhalten und ausbauen. Diese Bestandspflege ist einerseits wichtig, wenn wir an die wachsende Bedeutung des Themas Unternehmensnachfolge denken. Darüber hinaus werden wir schon in wenigen Jahren die Folgen der Bevölkerungsentwicklung auch beim Gründergeschehen spüren.

Gegenwärtig ist es so, dass die Gründungsneigung ab dem Alter von 40 Jahren deutlich abnimmt. Deshalb tun wir gut daran, frühzeitig darüber nachzudenken, wie wir unter veränderten demografischen Bedingungen Gründungen und Unternehmertum fördern, also nicht nur bei jungen Menschen, sondern auch bei denen, die vielleicht schon ein Berufsleben hinter sich haben. Dabei steht nicht allein die Höhe der Selbstständigenquote im Vordergrund – das soll eben keine Selbstbeweihräucherung sein –, sondern die Fähigkeit zu unternehmerischem Denken, Selbstständigkeit und Eigenverantwortung im Allgemeinen. Dies ist eine Querschnittsaufgabe. Sie muss vor allem auch in Schulen und Hochschulen noch stärker gefördert werden, um die Innovationskräfte zu erhalten und zu stärken. Genau darum geht es natürlich auch in unseren Schulen. Selbstständig denken und handeln, Verantwortung auch für andere übernehmen – das ist zehnfach wichtiger als der Nürnberger Trichter, der nur zu abfragbarem Wissen und ausführenden Tätigkeiten und eben nicht zu Selbstständigkeit und Unternehmertegeist führt.

Die umfassende Bestandsaufnahme des Gründungsgeschehens, wie es CDU und SPD mit dem Antrag vorschlagen, ist sehr sinnvoll. Gleiches gilt für die Bewertung der Förderinstrumente. Allerdings weise ich darauf hin, dass der Bund und die EU ihre Programme im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung selbst evaluieren. Eine eigene sächsische Bewertung, wie der

Antrag sie einfordert, ist aus Sicht der Staatsregierung nicht notwendig, weil dies zu unwirtschaftlicher Doppelarbeit führen würde.

Alles in allem begrüßt die Staatsregierung daher den Antrag. Sie wird die Thematik im Zusammenhang mit dem Mittelstandsbericht im Jahre 2008, nachdem im Mittelstandsbericht 2006 das Thema Unternehmensnachfolge im Mittelpunkt steht, umfassend behandeln. Sie alle haben über die Notwendigkeit gesprochen, dass Menschen sich selbstständig machen, dass sie eine unternehmerische Zukunft haben. Wenn man den Antrag richtig liest, erkennt man, dass er mehr umfasst als eine bloße Bestandsaufnahme.

Man sollte sich die sieben Punkte noch einmal in Ruhe anschauen. Ich finde es gut, dass der Antrag gestellt wurde. Er wird sicherlich den Fraktionen bei ihrer Arbeit im Landtag helfen, bestimmte Entscheidungen richtig zu treffen.

Eines steht im Antrag nicht, aber ich bin Prof. Bolick und dem Abg. Pecher sehr dankbar, dass sie darauf hingewiesen haben. Natürlich müssen wir über das Bild des Unternehmers reden. Auch Herr Rasch hat darauf hingewiesen.

Weil andere Menschen bei Unternehmern Beschäftigung finden, müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass kein verzerrtes Bild entsteht. Ich, lieber Herr Rasch, habe nach wie vor mit einigen „Heuschrecken“ meine Probleme. Aber Fakt ist, dass wir tüchtige Unternehmer brauchen. Es soll mir auch recht sein, wenn sie von außen kommen und Geld im Freistaat Sachsen investieren. Das kann uns allen gemeinsam nur helfen.

Kollege Hilker, ich habe Ihnen gut zugehört. Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen, nämlich die Möglichkeit der Ausgründungen aus Hochschulen und Universitäten. Das ist natürlich etwas, was Kollegin Ludwig und mich besonders umtreibt. Wir haben dafür Programme, sollten aber ständig prüfen, wie wir die Instrumente besser einsetzen können. Da will ich gern auch auf Ihre Vorstellungen eingehen.

Kollege Morlok, Sie haben angesprochen, dass zu wenig getan wird, dass man stattdessen nur abfragt. Ich denke, es gab eine Reihe von wichtigen Entscheidungen, die von der Koalition getroffen und vom Wirtschaftsministerium umgesetzt wurden. Der mittelständische Wachstumsfonds ist solch ein Instrument, das zu mehr Wachstum führen soll. Sie nicken. Ich glaube, unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass die vielen Unternehmen, die am Markt sind, wachsen können und dass sie nicht nur unternehmerisch wachsen, also die Gewinne steigern, sondern dass sie diese Gewinne auch investieren können und damit neue Arbeitsplätze schaffen.

Kollege Schmalfuß, wichtig ist auch – Sie haben das Thema schon oft angesprochen –, dass wir jene Köpfe entwickeln, die nachher in der Lage sind, wieder Unternehmen zu übernehmen. Ich sagte schon, dass die Unternehmensnachfolge im Mittelstandsbericht 2006 eine wichtige Rolle spielen wird.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Ja, bitte.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Herr Staatsminister, ist Ihnen bekannt, dass der Mittelstandsfonds Sachsen bis zum heutigen Zeitpunkt noch nicht eine Beteiligung in Sachsen eingegangen ist?

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Wir arbeiten momentan an den Beteiligungen. Der Fonds ist auf den Weg gebracht worden. Ich denke, dass man darauf achten muss, dass man sinnvolle Beteiligungen eingeht. Ich kann Ihnen jetzt die exakte Zahl nicht nennen. Ich prüfe gern, wie weit wir im Moment sind. Ich bin mir sicher, dass dieses Instrument durchaus seine Anhänger finden wird.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich will noch auf das eingehen, was Kollege Weichert angesprochen hat. Er hat etwas verklausuliert gesprochen, aber er weiß genau, dass auch ich weiß, um welches Unternehmen es geht, ebenso wie Kollege Albrecht von der CDU oder meine Abgeordnetenkollegin von der SPD Frau Wehnert. Wir haben um dieselbe Firma gekämpft.

Ich muss Ihnen sagen, dass sowohl Wirtschafts- als auch Finanzministerium alles getan haben. Aber wenn die SAB nicht anders entscheiden kann, als sie entschieden hat, dann muss man dies akzeptieren. Ich denke, es sollte weitergehen, und zwar auch vor dem Hintergrund, dass wir sicher mit dem Businessplan-Wettbewerb ein Instrument haben, aus dem heraus wir Unternehmen gründen wollen.

Mir ist wichtig, dass wir es schaffen, dass die wirklich hoch qualifizierten Techniker und jene, die eher ihre Stärken im kaufmännischen Bereich haben, zueinander finden. Ich will das so vorsichtig ausdrücken. Wir haben in Sachsen eher eine Stärke als Land der Techniker und Ingenieure. Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass das, was erdacht und produziert wird, an den Mann, die Frau, die Kunden gebracht wird. Deshalb glaube ich – und das ist auch eine Form der Selbstständigkeit –, dass es ganz besonders wichtig wird, kaufmännisches Denken und Handeln zu vermitteln. Denn das macht hauptsächlich den Erfolg des Unternehmens am Markt aus.

Zum Abschluss will ich Folgendes sagen: Wenn wir über Mut zur Selbstständigkeit sprechen, wenn wir diesen Antrag auf den Weg bringen, dann wird die Politik nur Rahmenbedingungen schaffen können. Ich glaube, das gesellschaftliche Klima, um Mut zur Selbstständigkeit zu entwickeln, ist ein ganz besonderes. Dieses Klima verlangt eben auch, dass Menschen vom Kindergarten an über die Schule, die Berufsausbildung, das Studium und dann auch in ihrer beruflichen Tätigkeit ihr Leben frei und selbstbestimmt entwickeln können. Deshalb bin ich sehr froh, dass die Menschen nach 1989 die Chance hatten, nach zwei Diktaturen ihr Leben in die eigenen

Hände zu nehmen. Wir sollten ihnen helfen, diese Chance zu ergreifen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe jetzt das Schlusswort auf. Herr Abg. Bolick.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben über unseren Antrag diskutiert. Es gibt unterschiedliche Standpunkte. Ich freue mich aber, dass alle Parteien, auch die der Opposition, dem Antrag zustimmen. So schlecht kann er also nicht sein.

(Jürgen Gansel, NPD: Solides Handwerkszeug! – Lachen bei der NPD)

Dass wir in manchen Punkten unterschiedliche Auffassungen haben, ist normal. Wenn ich verdichten würde, was hier alles angeführt wurde, dann stünde Sachsen schlecht da. Aber ich denke, dass Sachsen in Relation zu allen anderen neuen Bundesländern an vorderster Stelle steht. Das muss doch Gründe haben.

Die Gründe liegen darin, dass wir mit unserer Staatsregierung vernünftig zusammenarbeiten, dass wir Anträge stellen, die auch unsere Wirtschaft voranbringen. Herr Morlok, wenn Sie der Meinung sind, dass das alles schon in irgendwelchen Auswertungen der IHK steht, dann ist es sicher so, dass wir diese auch lesen. Aber wir müssen auch mit unserer Staatsregierung kommunizieren. Das tun wir über diesen Antrag. Der Minister hat bestätigt, dass das eine Leitlinie ist, der die Staatsregierung folgen wird.

Herr Hilker, Ihre Unkenrufe sind wir gewohnt. Sie wissen alles besser. Aber wenn Ihre geistigen Väter 1972 gewusst hätten, dass sie den Mittelstand in Ostdeutschland nicht zerschlagen sollten,

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Da war Herr Hilker führend beteiligt! –
Rita Henke, CDU: Die Väter!)

– ich sprach von seinen geistigen Vätern –, dann hätten wir nicht die Probleme, die wir sicherlich noch haben, dass zum Beispiel die Betriebe zu klein sind und wir in manchen Branchen mehr haben, als gut ist. Wir stünden in Sachsen – wie es in Deutschland früher war – an der Spitze. Dorthin kommen wir wieder. Darin sind wir uns sicher, auch wenn es noch Schwierigkeiten auf dem Weg dorthin zu überwinden gilt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Nicht umsonst ist Sachsen im Dynamik-Ranking mehrmals der dynamischste Staat im Osten gewesen. Ich glaube, das gibt uns Sicherheit, den Weg, den wir bisher gewählt haben, erfolgreich weiterzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe vor der Abstimmung noch eine Frage, die dann gegebenenfalls noch in einen Änderungsantrag münden könnte, falls die Koalition das nicht übernimmt. Ich vermute aber, dass die Koalition ihren Minister ungern im Regen stehen lassen möchte. Das ist auch in der Debatte deutlich geworden.

Uns liegt die Stellungnahme der Staatsregierung vor. In dieser Stellungnahme heißt es auf Seite 3: „Es erscheint nicht zielführend, die Programme des Bundes und der EU im Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung gesondert von der sächsischen Seite zu bewerten, wie es der Antrag vorsieht.“ Der Minister bezieht sich auf Punkt 4 des Antrags der Koalition. Genau diese Bewertung ist dort immer noch enthalten. Dort heißt es nämlich im Zusammenhang mit den bereitgestellten Förderprogrammen: „... und diese zu bewerten.“ Der Minister hat sich dagegen ausgesprochen, sicher aus gutem Grund. Wenn er sagt, es ist nicht zielführend, dann ist das eine vorsichtige Formulierung für „nicht sinnvoll“, womöglich sogar „schädlich“.

Ich möchte jetzt die Koalition fragen, ob nicht vielleicht die Formulierung „... und diese zu bewerten“ gestrichen werden sollte, weil die Staatsregierung dies für problematisch hält. Gegebenenfalls kann das auch noch förmlich beantragt werden.

Ich denke aber, wenn es in der Stellungnahme deutlich wird, dass eine separate sächsische Bewertung nicht sinnvoll ist, dann sollte man dies im Antrag entsprechend korrigieren. Das wären mein Vorschlag und meine Frage an die Koalition.

(Zuruf des Abg. Dr. Fritz Hähle, CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich schaue in die Runde: Möchte die Koalition reagieren? – Bitte, Herr Bolick.

Prof. Gunter Bolick, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Wir haben eigentlich „bewerten“ geschrieben, das ist keine Evaluierung. Wir werden das schon richtig einordnen – gemeinsam mit der Staatsregierung – und wir werden, denke ich, über den Antrag, so wie wir ihn gestellt haben, auch abstimmen lassen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Das ist eine Schlappe für den Minister!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut, es gibt also keinen Änderungsantrag. – Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Es war ja nur ein Angebot, so wäre es schneller gegangen.

Dann möchte ich jetzt förmlich beantragen, im Punkt 4 die letzten vier Worte „... und diese zu bewerten“ aus dem Antrag zu streichen, und damit der Intention des Wirtschaftsministers nachkommen. – Wir helfen gerne, wo wir können.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS – Staatsminister
Thomas Jurk: Ich glaube, da irren Sie sich!)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut, dann verfahren wir jetzt so, dass ich den Antrag aufrufe und über Punkt 1 bis 3 abstimmen lasse, dann den Antrag zu Punkt 4 und extra über die Punkte 5 und 6. Gibt es dazu Einverständnis? – Gut.

Ich rufe den Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion „Mehr Mut zur Selbstständigkeit“, Punkt I, 1 bis 3, auf. Wer gibt seine Zustimmung? – Gibt es Stimmen dagegen? – Stimmenthaltungen? – Hier sehe ich Einstimmigkeit; damit sind die Punkte beschlossen.

Ich rufe den Punkt 4 auf, den Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS. Der Antrag lautete, die letzten drei Worte „... diese zu bewerten“ zu streichen.

(Zurufe: Vier Worte!)

– „... und diese zu bewerten“ zu streichen. – Es sind vier Worte, Entschuldigung, natürlich. Wir haben gestern schon so schlecht gerechnet, das muss sich ja heute nicht fortsetzen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Gut, dann stelle ich jetzt diesen Antrag zur Abstimmung. Wer möchte zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich sehe eine Stimmenthaltung und eine Reihe von Stimmen dafür. Dennoch ist dieser Änderungsantrag abgelehnt worden.

Ich rufe den Punkt 4 im Ursprungstext des Antrages auf. Wer gibt seine Zustimmung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist dem Punkt 4 mehrheitlich zugestimmt worden.

Ich rufe die Punkte 5 und 6 auf. Wer gibt seine Zustimmung? – Gibt es Stimmen dagegen? – Stimmenthaltungen? – Auch hier sehe ich Einstimmigkeit.

Der Ordnung halber lasse ich über den ganzen Antrag noch einmal abstimmen. Wer gibt seine Zustimmung? – Gibt es Stimmen dagegen? – Stimmenthaltungen? – Ich sehe Einstimmigkeit. Damit ist der Antrag beschlossen und der Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 3

– Konsequenzen des „Nationalen Sicherheitskonzeptes für die Fußballweltmeisterschaft 2006“ für Sachsen

Drucksache 4/2412, Antrag der Linksfraktion.PDS, mit Stellungnahme der Staatsregierung

– Katastrophenschutzübung „Triade 2005“ in Leipzig

Drucksache 4/2458, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD, mit Stellungnahme der Staatsregierung

Die Reihenfolge in der ersten Runde: Linksfraktion.PDS, CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile der Linksfraktion.PDS das Wort. Frau Dr. Ernst, bitte.

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Fußball ist bekanntlich die schönste Nebensache der Welt.

(Allgemeiner Widerspruch und Heiterkeit)

Auch wir, die Linksfraktion.PDS, sind natürlich dieser Auffassung und freuen uns, dass die Fußball-WM in Deutschland stattfindet – nach so vielen Jahren –; wir Ossis ohnehin. Und es sei mir als Dresdnerin gestattet hinzuzufügen: Ein bisschen neidisch bin ich doch.

Sehr verehrte Damen und Herren! 32 Mannschaften aus aller Welt werden nach Deutschland kommen unter dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Zirka drei Millionen Gäste werden erwartet, darunter eine Million aus dem Ausland, und ich wünsche – und denke, alle anderen tun das sicher genauso wie ich – diesen Spielen viel Erfolg, schöne Siege und Sicherheit für alle.

(Vereinzelte Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

– Ich bedanke mich, das ist die Sache wert.

Wenn wir heute in diesem Zusammenhang vor allem das Thema der Sicherheit und der persönlichen Sicherheit in den Vordergrund stellen, dann nicht, um an den Folgen der kommenden Spiele herumzumäkeln, sondern weil es tatsächlich Probleme zu besprechen gibt mit einer großen Dimension, die uns über die Meisterschaft hinaus noch lange beschäftigen wird.

Zum einen haben gewalttätige Ausschreitungen – das lässt sich nicht leugnen – von Hooligans und anderen Störern gerade im Umfeld solcher Spiele in den letzten Jahren zugenommen. Zum anderen haben wir berechtigte Sorge, dass während der WM die Verhältnismäßigkeit von Freiheit und Sicherheit in eine Schiefelage geraten kann.

Fakt ist: Es gibt seit Längerem – das halten wir für gut und richtig – ein umfängliches nationales Sicherheitskonzept. Eine darauf bezogene Polizeivorschrift 100 mit Leitlinien zur Gewährung der Sicherheit während der Spiele wurde beschlossen, und auch in Leipzig gibt es sehr umfangreiche Vorbereitungen.

Ausdrücklich begrüßen wir – das will ich klar sagen – auch die Vorbereitungen der Arbeitsgruppe Sicherheit in

Leipzig, die ortsbezogene präventive und interventionsbezogene Maßnahmen vorsieht. Dazu gehört, dass die Leipziger Polizei gewissermaßen in einer ersten Stufe bei Eskalationen auf T-Shirts, Turnschuhe und Basecaps setzt und erst, wenn die Deeskalationsteams erfolglos sind, in voller Montur einschreiten wird.

In Leipzig werden nicht nur fünf Spiele stattfinden, sondern auch ein Fußballturnier mit Chören aus aller Welt, wie ich las. Beim zweitgrößten Freizeitturnier Europas, welches gleichzeitig im Rahmenprogramm verankert ist, treten Fan-, Hobby- und Feuerwehrmannschaften in zwei Stadien in Leipzig an. Dieses letztgenannte Turnier erinnert bekanntlich an den französischen Polizisten Daniel Nivel, der 1998 bei der WM in Frankreich von deutschen Hooligans schwer verletzt wurde.

So etwas, meine Damen und Herren – auch das ist Anlass, einen solchen Antrag hier einzubringen –, sollte nirgendwo eine Wiederholung finden – nicht bei dieser Weltmeisterschaft, bei keinem Fußballspiel.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, „Die Welt zu Gast bei Freunden“ muss auch für alle Beteiligten persönliche Sicherheit bedeuten. Wir, die Linksfraktion.PDS, wollen, dass die dabei getroffenen Maßnahmen den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Verhältnismäßigkeit entsprechen – und das soll auch mein Thema sein:

Erstens. Wie kann man Katastrophen und größere gewalttätige Ausschreitungen schon im Vorfeld verhindern; wie kann man ihnen begegnen? Sicher ist dabei wichtig, länderübergreifend zu kooperieren, und das passiert auch. Es hat Sinn, dass polizeibekannte Hooligans gar nicht erst ins Stadion hineinkommen – auch okay. Was wir allerdings für überzogen halten, sind die seit Jahren in Sachsen – und nur in Sachsen – durchgeführten Gen-Tests, und zwar bei allen straffälligen Hooligans. So etwas sehen sogar die allermeisten Innenminister dieses Landes außerordentlich kritisch, wie der Innenminister von Rheinland-Pfalz, Bruch. Maximal selektiv erfolgt das vor solchen großen Spielen, aber nicht durchgängig Jahr für Jahr. – Mein Kollege Bartl wird auf diese Problematik noch dezidiert eingehen.

Natürlich sind wirksame Kontrollen auch beim Einlass in die Stadien notwendig, und doch warnen wir vor einer Totalüberwachung bei dieser Fußball-WM. Wenn man sich das genau ansieht, gibt es eine ganze Reihe von Anzeichen dafür, und die muss man ernst nehmen. Mir

kommt es so vor, als ob das so ein Durchlaufmodell ist – die WM ist auch eine WM von Datenerfassungen –, und das ist etwas, wovon wir sehr warnen.

Wir verstehen nicht, weshalb so zahlreiche persönliche Daten beim Ticketverkauf erfasst wurden und werden. Wir haben ein Problem mit dem Austausch von persönlichen Daten akkreditierter Servicekräfte – das haben vor allem auch die Bündnisgrünen thematisiert –, und, ja, wir stellen die gleiche Frage wie sie und unterstützen den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die wissen wollen: Wie viele Journalisten wurden denn zum Beispiel von einer Akkreditierung ausgeschlossen? Wie hängt das überhaupt zusammen? Das ist, denke ich, eine ungewöhnliche Regelung, und wir verlangen hier eindeutige Auskunft.

(Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Richtig! –
Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Wir fragen auch, warum Videoüberwachungen in diesem Ausmaß vorgenommen werden sollen in Bezug auf Besucher, und wir werden sehr genau beobachten, was darunter zu verstehen ist, dass die verstärkten Kontrollen bei der Einreise von Besuchern eine große Rolle spielen sollen.

Das sind alles Dinge, die man zum Thema machen kann, aber es geht um die Frage des Augenmaßes. Das ist es, was wir anmahnen: Bei allen Maßnahmen muss genau geschaut werden: Wie ist die Verhältnismäßigkeit zwischen den notwendigen Sicherheitsmaßnahmen, die wir natürlich brauchen, und Freiheits- und Grundrechten gewahrt? Das ist unsere Frage, die wir stellen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Am Rande: Bekanntlich werden Kripobeamte aus dem europäischen Ausland mit Fans gewissermaßen mitfahren und ein Auge auf sie haben. Das finden wir gut. Aber wir kommen auf das alte Kriegsleiden der Polizei zurück: Ohne Digitalfunk ist das Ganze außerordentlich problematisch. Wenn man etwas erreichen will, braucht man einen ordentlichen Funk. Darüber sprechen wir seit zehn Jahren; wir haben ihn immer noch nicht.

Meine Damen und Herren! Ich komme auf einen Antrag der Bündnisgrünen zurück, den wir im Landtag einstimmig beschlossen haben: Die beste Prävention ist die Förderung der Fanarbeit.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und des
Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Wir können noch so viele Sicherheitsmaßnahmen ergreifen und hoch- und herunterhüpfen – der soeben genannte Ansatz ist am wichtigsten. Es kommt darauf an, dass dieser beschlossene Antrag auch umgesetzt wird.

Zweiter Aspekt: Auch wenn es keine unmittelbaren Anzeichen für terroristische Anschläge gibt – das kann man der IMK entnehmen –, kann man diese Gefahr nicht einfach beiseite schieben. Ich denke, darin sind sich alle einig. Dafür hat es in letzter Zeit zu viele Beispiele

gegeben. Präventive Maßnahmen sind notwendig. Auch wenn der Versuch gescheitert ist, hielten wir es für falsch, die Fußball-WM dafür auszunutzen, den Auftrag der Bundeswehr um den Einsatz im Innern generell zu erweitern.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS und des
Abg. Johannes Lichdi, GRÜNE)

Das Scheitern zeigt sich im BVG-Urteil zum Luftsicherheitsgesetz. Es heißt dort klipp und klar: Die Bundeswehr darf nicht im Innern eingesetzt werden.

Als das Urteil erging, war ich auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin. Nachdem Herr Beckstein und Herr Schönbohm, die beide vorn im Podium saßen, die Nachricht vom gescheiterten Luftsicherheitsgesetz erhalten hatten, erzählte Herr Beckstein – darüber war ich erstaunt –, dass er sich schon vorstellen könnte, dass Fuchs-Panzer vor den Stadien stehen. Damit haben wir ein Problem. So etwas wollen wir nicht.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Auch ich denke, dass wir das Thema nach der WM nicht abgeschlossen haben, sondern wieder auf die Tagesordnung bekommen und weiter darüber diskutieren werden.

Ein drittes Problem will ich nur kurz anmerken, obwohl es sehr vieler Worte, aber auch Taten bedürfte. Wir haben es auch in einem anderen Antrag thematisiert; man muss es aber in diesem Zusammenhang nennen. Eine schlimme Begleiterscheinung bei Fußballweltmeisterschaften sind bekanntlich die schmutzigen Geschäfte mit Prostituierten. Es wird von bis zu 40 000 zusätzlichen Prostituierten gesprochen – wir wissen nicht, ob es wirklich so ist; aber es sind Prognosen –, Zwangsprostituierten, die vor allem aus Osteuropa kommen werden. Wir haben viele Hinweise, vor allem von der Fachberatungsstelle „Kobra-net“ aus Sachsen, die den Opfern von Menschenhandel, insbesondere Zwangsprostituierten, zur Seite steht. Ich denke, dass man das Thema sehr sensibel begleiten muss. Das Fachwissen von „Kobra-net“ und anderen, die sich in die Thematik eingearbeitet haben, ist zu nutzen, um Erscheinungen wie Zwangsprostitution entgegenzutreten, und zwar nicht erst nach, sondern schon während der WM. Es bedarf natürlich Polizei, die das macht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sport und Politik standen schon immer in einem engen Zusammenhang. Das wissen natürlich auch wir DDR-Leute. Ich war schon immer Fan von Dynamo Dresden. Ich brauche nicht zu sagen, was los war, wenn die Spieler vom BFC in das Dynamo-Stadion kamen. Wir wissen das. Wir haben das auch ausgelebt. Die momentane Ebene ist natürlich eine völlig andere. Politik und Sport hatten schon immer etwas miteinander zu tun. Auch der Missbrauch von Sport für die Politik hat immer eine Rolle gespielt. Wir sollten heute sehr nachdrücklich die Forderung des GdP-Chefs unterstützen, der sich an Behörden und Gerichte mit der Bitte gewandt hat, NPD-Demonstrationen in dieser Zeit – wie überhaupt – mit strengsten Auflagen zu versehen und es den Demonstranten zu untersagen, in der Nähe von

Fußballstadien entlangzuziehen. Es ist wichtig, dass das im Vorfeld gesagt wird, weil es solche Aktivitäten möglicherweise gibt.

(Matthias Paul, NPD, meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Eine Zwischenfrage wird gewünscht.

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Nein, von Ihnen nicht! – Lassen Sie mich abschließend noch etwas anderes feststellen: Es gibt politische Bestrebungen, die Spiele zu nutzen, um auf eine sportliche und sachliche Art auf Menschenrechtsverletzungen in verschiedenen Ländern hinzuweisen. Das trifft zum Beispiel auf die Fußballer von der Elfenbeinküste zu. Fußball ist für viele Menschen gerade in den armen Ländern eine Chance. Es gibt sogar Initiativen – im Vorfeld habe ich sehr gute Beiträge im Fernsehen gesehen –, in deren Rahmen Kindern aus Slums Fußball gelehrt wird, wenn sie sich in ihren Wohnvierteln für gemeinnützige Zwecke einsetzen. So etwas sollte man unterstützen. Fußball ist zwar nur ein Spiel, aber eben auch eine Hoffnung.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Bandmann, bitte.

Volker Bandmann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fußball-Weltmeisterschaft ist nach den Olympischen Spielen das herausragendste Sportereignis der Welt. Viele Millionen Sport- und Fußballfans werden in den Wochen der Weltmeisterschaft ihr Augenmerk auf Deutschland richten. Wir erwarten Tausende von Besuchern aus aller Welt. Diese Gäste sollen sich bei uns wohl fühlen und Deutschland als gastfreundliches und weltoffenes Land in guter Erinnerung behalten.

(Beifall der Abg. Heinz Lehmann, CDU, und Enrico Bräunig, SPD)

Zu Recht steht die Fußball-Weltmeisterschaft deshalb unter dem Motto: „Die Welt zu Gast bei Freunden“.

Bei allen großen Ereignissen, auch bei der Fußball-Weltmeisterschaft, stehen die Veranstalter vor großen Herausforderungen; Frau Ernst hat uns schon einige mögliche Szenarien vor Augen geführt. Genaue Anforderungen an Stadien, Austragungsorte und Ausrichtungsstätten gehören genauso dazu wie die Überprüfung der Vorbereitung auf Schadensereignisse und Sicherheitslagen. Je besser man sich auf diese – hoffentlich nicht eintreffenden – Ereignisse vorbereitet, desto besser kann man allerdings im Ereignisfall damit umgehen.

Leider gibt es neben den vielen friedlichen und ernsthaft sportinteressierten Fans nach wie vor immer wieder Hooligans, die weniger der Sport, sondern vor allem die Randal interessiert, die sie veranstalten können. Leider

sind solche Großereignisse auch Anziehungspunkte für Kriminelle. Ich denke, an dieser Stelle hat Frau Ernst Recht; das Geschäft mit Drogen und Prostituierten gehört dazu. Diese Randerscheinungen gilt es zu bekämpfen. Insbesondere die Organisierte Kriminalität nutzt solche Großereignisse.

Leider lässt sich nicht völlig ausschließen, dass politisch motivierte Kriminelle und Terroristen versuchen, die Fußballweltmeisterschaft als Plattform für ihre Aktivitäten zu nutzen. Davor dürfen wir, bei aller Freude und Euphorie für die Weltmeisterschaft, nicht die Augen verschließen. Hierauf müssen wir vorbereitet sein. Die Innenminister Deutschlands haben sich deshalb zu Recht auf einen Nationalen Sicherheitsplan für die Fußballweltmeisterschaft verständigt. Und, Frau Dr. Ernst, die CDU-Fraktion und auch die Koalition sagen Ihnen ganz deutlich: Wir dürfen weder auf dem rechten noch auf dem extremistischen linken Auge blind sein.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wenn Sie auf der einen Seite keine Demonstranten der NPD in der Nähe von Fußballstadien haben wollen, dann sage ich Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie im Grunde genommen die linksradikale Szene ermutigen, in Ihrem Sinne Demonstrationen zu veranstalten, dann wollen wir das auch nicht haben. Ich bitte an dieser Stelle, Herr Dr. Porsch, dass Sie sich zur größten Zurückhaltung während dieser Spiele verpflichten. Dann würde unserem Land, denke ich, ein großer Dienst getan.

Wir wollen eine friedliche und schöne sportliche Großveranstaltung, bei der sich Deutschland von seiner besten Seite zeigt. Wir müssen deshalb alles unternehmen, damit wir dieses Ziel erreichen. Das gilt auch für den Freistaat Sachsen, in dem ja die schöne Stadt Leipzig ebenfalls ein Weltmeisterschaftsaustragungsort ist. Das bedeutet aber auch, dass in solch einem Sicherheitskonzept alle Eventualitäten berücksichtigt werden müssen und für alle erwarteten Gefahrenlagen Vorsorge getroffen werden muss. Das Beispiel des verletzten französischen Polizisten ist uns noch in Erinnerung, Sie sprachen es an; aber es sind eben auch die Ereignisse bei den Olympischen Spielen in München. Diese Dinge wollen wir an keiner Stelle wiederholt haben.

Das „ausdrücklich“ hat eben nichts mit überzogenen Gefahrenszenarien zu tun, wie die Linksfraktion.PDS uns mit ihrem Antrag suggerieren will, sondern ist schlicht und einfach ein Gebot der Vernunft und der Verantwortung. Natürlich kann die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes im Einzelfall mit gewissen Einschränkungen verbunden sein. Ich bin aber sicher, dass die sächsische Polizei und die verantwortlichen Sicherheitsbehörden die Verhältnismäßigkeit an allererster Stelle im Auge haben werden. Letztendlich entscheidet die Sicherheit für die Besucher und für die Spieler. Ich bin sicher, dass diese Einschränkungen für die friedliche und rechtstreu Bevölkerung kaum oder wenig spürbar sein werden und die Menschen im Lande für diese Maßnahmen Verständnis haben.

Wir wissen, welche Klage zunächst bei den Olympischen Spielen in Turin über die Sicherheitskontrollen geführt wurde, aber diese erfolgreichen Spiele haben unter Beweis gestellt, dass das Sicherheitskonzept funktioniert hat. Ich bin auch sicher, dass sich mögliche Einschränkungen voll und ganz im Rahmen des rechtlich Zulässigen halten und wir den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten werden. Dies gilt umso mehr, wenn im Rahmen einer Güterabwägung deutlich wird, worum es geht: nämlich den Schutz und die ordnungsgemäße Durchführung eines Großereignisses mit Tausenden von Teilnehmern, die alle gesund und froh gestimmt wieder nach Hause kommen wollen.

Der Staatsminister des Innern hat in seiner Stellungnahme die im Freistaat Sachsen geplanten Maßnahmen bereits ausführlich dargelegt und dem berechtigten Informationsbedarf des Landtags Rechnung getragen.

(Dr. Jürgen Martens, FDP: Nicht ganz!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle klar sagen, meine Damen und Herren von der Linksfraktion.PDS, dass ich Ihren Antragstext für ziemlich unverfroren halte. Mag man die von Ihnen gestellten Fragen im Wesentlichen noch durchgehen lassen, so gilt das für den Begründungstext in keiner Weise mehr. Die Art und Weise, wie Sie mit der Fußballweltmeisterschaft und dem dazu erarbeiteten Sicherheitskonzept umgehen, ist für die Koalitionsfraktionen nicht zu akzeptieren. Wenn ich lese, dass nicht auszuschließen ist, dass auf parteipolitischer Ebene Gefahrenszenarien bezeichnet werden, die mit Regelmäßigkeit zu überzogenen Polizeivorkerungen und repressiven Überführungen führen können, dann zeigt dies mehr als deutlich, worum es Ihnen tatsächlich geht: Auf der einen Seite versuchen Sie, bestimmte Gefahren einzuschränken – akzeptiert –, aber auf der anderen Seite nehmen Sie das gleiche Bild für sich selbst überhaupt nicht in Anspruch, sondern fordern ausdrücklich dazu auf, über die Linie zu gehen. Genau dort muss die Stopplinie gesetzt werden.

Die Art und Weise, wie Sie das Märchen vom bösen Staat und den bösen Sicherheitskräften zu zeichnen versuchen, von denen die Bürger nun grundlose Repressionen zu befürchten hätten, ist schlimm. Damit diskreditieren Sie nicht nur die sächsischen Polizeibeamten, die mit großem Einsatz für die sichere Durchführung der Weltmeisterschaft sorgen werden; damit stellen Sie auch die Weltmeisterschaftsstandorte Deutschlands in ein überaus schlechtes Licht.

Ich sage Ihnen noch einmal: Das ist ohne jeden sachlichen Grund. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. Aber, Frau Dr. Ernst von der Linksfraktion.PDS, ich habe mich noch nie als „DDR-Leute“ gesehen, und ich verbitte mir diese Kategorisierung der ostdeutschen Bevölkerung in dieser pauschalen Form. Es waren Leute, die aufgrund der zwangsweisen Teilung unseres Vaterlandes ihre freien deutschen Bürgerrechte über viele Jahre nicht ausüben konnten. Aber wir sind stolz, wieder Deutsche zu sein, und wir sind stolz, wieder im Freistaat Sachsen zu leben.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch
bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich rufe die SPD-Fraktion auf. Herr Bräunig, bitte.

Enrico Bräunig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir alle freuen uns auf eine spannende Fußballweltmeisterschaft in Deutschland,

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

bei der unser Team mindestens bis ins Finale kommt.

(Oh-Rufe und Beifall bei der SPD und der CDU)

Die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland, meine Damen und Herren, ist nicht nur ein buntes Fußballfest, sondern ein nationales Großereignis mit ganz eigenen Sicherheitsanforderungen. Schon frühzeitig haben die Innenminister von Bund und Ländern sich mit jenen Vorkehrungen befasst, die bei einem derartigen Großereignis notwendigerweise erforderlich sind. Das Motto – es wurde schon öfter vorgetragen – „Die Welt zu Gast bei Freunden“ verpflichtet uns alle, als gute Gastgeber aufzutreten. Das bedeutet eben auch, dass die Sicherheitsanforderungen so gestaltet werden müssen, dass der reibungslose Ablauf der Spiele ebenso gewahrt bleibt wie der offene und fröhliche Charakter eines internationalen Freundschaftsfestes.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD, der
Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Damit, meine Damen und Herren, verbietet es sich, Deutschland zu einer Hochsicherheitsfestung auszubauen. Gleichwohl zwingen uns der internationale Terrorismus, Hooligans und andere anlasstypische Kriminalitätserscheinungen, solche Vorkehrungen zu treffen, die Störungen der öffentlichen Sicherheit möglichst schon im Voraus ausschließen. Frau Dr. Ernst, Sie hatten einige dieser anlasstypischen Kriminalitätsphänomene vorgetragen.

Dieser Aspekt ist für mich eine ganz wichtige Ausprägung des Mottos „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Schließlich wollen wir alle, dass wir als gute Gastgeber in Erinnerung bleiben. Ich habe dabei tiefstes Vertrauen in meine Kolleginnen und Kollegen von der Bundespolizei und natürlich auch die Beamtinnen und Beamten der sächsischen Polizei. Dieses Vertrauen sollten auch Sie, meine Damen und Herren, haben. Ich weiß, dass die Polizei tolerant, offen und freundlich auftreten wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Trotzdem stellt die Planung eines solchen einzigartigen Ereignisses jeden Ausrichter vor ganz besondere Herausforderungen. Die Abwägung, welche Sicherheitsvorkehrungen hierbei notwendig bzw. verhältnismäßig sind, ist gewiss nicht ganz einfach. Aus Sicht meiner Fraktion bildet der Beschluss der Innenministerkonferenz bzw. das

Nationale Sicherheitskonzept zur WM 2006 einen vernünftigen bundeseinheitlichen Rahmen. Jedes polizeiliche Vorgehen, das wissen wir, greift in die Grundrechte der Betroffenen ein. Rechtsstaatlich ist dabei entscheidend, ob sich dieser Eingriff als verhältnismäßig erweist.

Was Sie mit Ihrem Antrag quasi unterstellen, ist, dass das Nationale Sicherheitskonzept zur WM 2006 schon seinem Inhalt nach auf eine unzulässige Grundrechtsbeeinträchtigung zielt. Dies vermögen wir nicht zu erkennen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
2005 war das noch zu vermuten!)

Zur Fußballweltmeisterschaft werden über drei Millionen Besucher, davon mehr als eine Million aus dem Ausland, erwartet. Sie verteilen sich auf insgesamt zwölf Austragungsorte in ganz Deutschland. Allein diese Zahlen zeigen die besondere Dimension dieses Großereignisses. Deshalb sind die reibungslose Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Deutschland und bilaterale Absprachen mit anderen Staaten ein wesentlicher, wichtiger und richtiger Baustein im Sicherheitskonzept dieser WM. Auch die Erfahrungen aus früheren Sportgroßveranstaltungen, angefangen mit der schrecklichen Tragödie bei den Olympischen Spielen in München 1972, sind in sachgerechter Weise in die Planungen eingeflossen. Das Gleiche gilt für die Erfahrungen, die ausländische Veranstalter mit ihren Großereignissen gemacht haben.

Meine Damen und Herren! Im Vorfeld dieser WM sei es auch gestattet, den vielen Mitwirkenden schon jetzt für ihr großes Engagement zu danken. Ohne die vielen namenlosen Helfer, insbesondere von den Sicherheitsbehörden, wäre diese Weltmeisterschaft in Deutschland nicht möglich.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP
und den GRÜNEN)

Mit der Stellungnahme der Staatsregierung, die sehr ausführlich ausgefallen ist, hält meine Fraktion das Nationale Sicherheitskonzept für die Fußball-WM 2006 für ausreichend thematisiert, sodass wir uns der Meinung der CDU-Fraktion anschließen. Der Antrag ist für uns nicht zustimmungsfähig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion, Herr Abg. Petzold.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man sich die öffentliche Einstimmung auf die WM in den letzten Wochen ansieht, beschleicht einen manchmal ein zwiespältiger Eindruck.

Auf der einen Seite haben Sie eine beispiellose kommerzielle Werbelawine, flankiert von politisch korrekten Plattitüden wie „... zu Gast bei Freunden“. Gleichzeitig vergeht kaum ein Tag, ohne dass neue Sicherheitsmaßnahmen verkündet werden. Mal geht es um den Abschluss

von entführten Flugzeugen während der WM, dann wieder um den Einsatz der Bundeswehr. Hier hat man als Bürger gelegentlich den Eindruck, als stünde unser Land unmittelbar vor dem Ernstfall.

Man soll mich hier bitte nicht missverstehen: Sicherheit muss sein und dass Großereignisse wie eine Fußballweltmeisterschaft auch ein Ziel für Anschläge, ein Gefahrenherd schon allein wegen der beteiligten Massen von Menschen sein können, wird niemand bestreiten.

Dennoch stellt sich auch für die NPD-Fraktion die Frage, wer unter dem Deckmantel von Sicherheitserwägungen hierbei womöglich sein eigenes Süppchen kochen möchte. Es ist doch inzwischen eine allzu bekannte Masche, vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungskulissen aufzubauen, um damit ein Klima der Angst zu erzeugen und den Boden für ganz andere Dinge zu bereiten, die im politischen Normalbetrieb niemals durchzusetzen wären.

(Karl Nolle, SPD: Von welchem Land reden Sie? –
Jürgen Gansel, NPD: Von der BRD, Herr Nolle!)

Wie gesagt, Sicherheit muss sein. Niemand wird in Abrede stellen, dass eine Fußball-WM eine besondere Herausforderung an das Sicherheitskonzept der Behörden stellt. Aber darum geht es nicht.

(Enrico Bräunig, SPD: Sondern?)

Um Hooligans vom Umfeld der Stadien fernzuhalten, braucht man nicht 5 000 Bundeswehrsoldaten. Dazu wäre es auch nicht nötig gewesen, ein hochsensibles, unter Datenschutzaspekten mehr als fragwürdiges Kartenvergabesystem einzuführen, das jeden Käufer einer Eintrittskarte praktisch zum gläsernen Bürger macht. Hier ist entweder Hysterie im Spiel oder aber die WM wird als Vorwand benutzt, um die Überwachungsschraube unter einem bequemen Vorwand wieder einmal ein Stück weiter zu drehen.

Zu Recht stellte das Online-Magazin „Telepolice“ dieser Tage in einem Beitrag die Frage – Zitat: „Werden die Standards unserer Zivilisation demnächst vom Terrorismus diktiert?“

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Die NPD-Fraktion plädiert mit Blick auf die angebliche Terrorbedrohung sehr dafür, endlich wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzukommen. Weil damit aber nach allen Erfahrungen nicht zu rechnen ist, würden auch wir über die Risiken und Nebenwirkungen des Nationalen Sicherheitskonzeptes für Sachsen von der Staatsregierung gern mehr erfahren. Die NPD-Fraktion wird dem vorliegenden Antrag deshalb zustimmen.

Zum Abschluss lassen Sie mich noch eines feststellen: Eine Lüge, Frau Dr. Ernst, wird nicht dadurch wahrer, wenn sie immer und immer wieder in die Welt gesetzt wird. Die NPD hat keine Demonstration in Leipzig angemeldet und sie wird dies auch in den nächsten Wochen nicht tun.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD – Zuruf des Abg.
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP bitte.
Herr Dr. Martens.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag der Linksfraktion.PDS „Konsequenzen des ‚Nationalen Sicherheitskonzeptes für die Fußballweltmeisterschaft 2006‘ für Sachsen“ und den Berichten, die dazu gegeben worden sind wie ebenso zur Katastrophenschutzübung, muss ich sagen, dass die Stellungnahmen der Staatsregierung hierzu aus unserer Sicht nicht ausreichend sind.

Anders als die Redner der Koalition das sehen, ist es mit dem bloßen Hinweis auf ausreichende Maßnahmen, dem bloßen Ansprechen von Gefährdungsszenarien und anderen abstrakten Dingen, die man dort überlegt oder tut, nicht getan.

Zum Ausmaß der Be- und Einschränkungen von Bürger- und Grundrechten äußert sich die Staatsregierung leider nicht.

(Beifall der Abg. Sven Morlok, FDP, und
Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS)

Nirgendwo im Bericht der Staatsregierung findet sich auch nur das Wort Datenschutz. Der findet hier nicht statt, nicht im Bericht. Ob er real draußen stattfindet, wissen wir nicht. Das hätten wir aber gern gewusst. Dazu hätte ein solcher Bericht auch dienen können. Man hätte sich darüber Gewissheit verschaffen können, dass die sächsischen Sicherheitsbehörden im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft die notwendige Sicherheit gewährleisten, was ihre Aufgabe ist, dass sie das ernst tun, aber auch mit Augenmaß und Umsicht, und dass sie abzuwägen wissen zwischen den notwendigen Eingriffen in die Grundrechte von konkret Betroffenen bzw. einer Vielzahl abstrakt betroffener Bürger und den notwendigen Sicherheitsanforderungen. Das steht hier nicht.

Nach meinem Dafürhalten kann man es sich auch nicht so leicht machen und sich einfach nur freundlich bedanken bei allen Polizistinnen und Polizisten, bei den Zuschauern, den Fußballspielern, den Leuten von Funk und Fernsehen und sich dann freundlich zuzwinkern: Wir wünschen uns alle, dass Deutschland ins Endspiel kommt.

Nein, so einfach geht das nicht. Sagen wir einmal so, Kollege Bräunig, Sie haben das vorhin so schön im Polizeideutsch als situationsbezogene Folgekriminalität bezeichnet. War das so richtig?

(Enrico Bräunig, SPD: ... anlassbezogene!)

– Anlassbezogene, richtig. Diese Stellungnahme der Staatsregierung würde ich dementsprechend dann als „situationsadäquate Auskunftserteilung“ bezeichnen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt
bei der Linksfraktion.PDS)

Es wäre interessant gewesen festzustellen, wie die Polizei beispielsweise nicht nur den Schutz der Stadien, sondern auch den Schutz der Public-Viewing-Plätze, der Plätze mit den Großleinwänden, gewährleisten will.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Die werden verboten!)

– Außer sie zu verbieten, natürlich!

Oder wie sich die Staatsregierung zu den umfangreichen Sicherheitsüberprüfungen verhält und den Dienstleistungen der Sicherheitsdienste für das Organisationskomitee der Fußballweltmeisterschaft, für die FIFA. Denn die FIFA – das wird oftmals übersehen, meine Damen und Herren – ist keine Behörde. Sie ist keine öffentliche Stelle. Sie ist ein Dachverband von Fußballverbänden.

Aber wenn es um die Sicherheit vor angeblich drohendem internationalem Terrorismus geht, dann ist alles wurst. Dann spielen Schranken keine Rolle mehr. Dann werden Daten von Tausenden, von Zehntausenden von Bürgern eingesammelt, ausgewertet, übertragen und an die FIFA weitergegeben, wobei ich fragen möchte: Bitte, wer noch mal ist FIFA?

(Lachen der Abg. Andrea Roth,
Linksfraktion.PDS)

Das kann mir keiner erklären. Auch die Staatsregierung tut es nicht. Aber die Daten von Tausenden von Bürgern werden dorthin gegeben. Wer nur Tüteneis im Umkreis von 500 Metern oder gar nur von zwei Kilometern um das Stadion verkaufen möchte, der muss sich sicherheitsüberprüfen lassen.

(Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS: 21 Fragen!)

– Mindestens 21 Fragen. Ich glaube, da wird sogar noch nach der Religionszugehörigkeit gefragt. Ich meine, die Sicherheitsbedrohung eines muslimischen Softeisverkäufers muss ja erst einmal evaluiert werden, und zwar vom Verfassungsschutz, vom Bundesnachrichtendienst, dem Militärischen Abschirmdienst und von der FIFA.

(Lachen des Abg. Matthias Paul, NPD)

Zu all dem steht in diesen Berichten, der Stellungnahme der Staatsregierung, nichts drin.

Ich sage auch: Natürlich müssen die Spiele sicher sein. Sie sollen auch sicher sein, aber nicht um jeden Preis. Die Stellungnahme der Staatsregierung lässt mich daran zweifeln, ob die Staatsregierung diesen Grundsatz beherzigt hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Lichdi, bitte.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Antragsteller begehren Auskunft über das Ausmaß der

Einschränkungen der Bürgerrechte durch das Sicherheitskonzept.

Ich möchte vorausschicken, dass auch die GRÜNE-Fraktion die Notwendigkeit besonderer Vorkehrungen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit anerkennt. Deswegen möchte ich ein Thema aus der Fragestunde noch einmal aufgreifen.

Herr Staatsminister Buttolo, wir halten daher die Gründe, die Sie auf die Frage des Kollegen Zastrow zur Genehmigung des Public-Viewing-Standorts Königsufer genannt haben, durchaus für stichhaltig. Herr Zastrow hätte vielleicht genauer hinsehen müssen, dann hätte er bemerkt, dass die Fehler eigentlich hier in der Stadt Dresden gemacht worden sind. Unter anderem hat die Sportjugend Dresden schon vor zwei Jahren vorgeschlagen, ein öffentliches Zeltlager mit Viewing usw. im Ostra-Gehege zu organisieren. Leider war die Stadt nicht in der Lage, das aufzugreifen. Von daher, denke ich, muss die Kritik in eine andere Richtung gehen.

Die Innenminister haben ein umfangreiches Sicherheitskonzept vorgelegt. Es ermöglicht im Interesse einer vermeintlichen Rundumsicherheit die Verletzung vieler Grundrechte. Das sage ich Ihnen jetzt so. Wir haben uns daher am Montag, als wir eine Veranstaltung als GRÜNE-Fraktion gemacht haben, erlaubt, dies unter das schöne Motto zu stellen „Die Welt, überwacht von Freunden“. Vielleicht ist das ein provokativer Titel, der manche zum Nachdenken bringt. Warum haben wir das gemacht?

1. Der Ticketverkauf führt zum gläsernen Fan. Die Kaufinteressenten mussten sich datenmäßig vollkommen ausziehen. Die für den Ticketverkauf erhobenen Daten sollen offensichtlich zu Werbezwecken weitergegeben werden.

2. Das so genannte Akkreditierungsverfahren für alle Personen, die außer den Fans und den Spielern in das Stadion wollen, ist eine präventive Massenraisterung ohne Rechtsgrundlage. Kollegin Ernst hat zu Recht darauf hingewiesen, dass dies auch Journalisten betrifft.

3. „Die Bündelung aller Eingriffsmöglichkeiten bei der WM führt zu einem Überwachungsprojekt“, so ein Zitat des schleswig-holsteinischen Datenschutzbeauftragten, Dr. Tilo Reichert.

Wie sieht es nun mit dem Ticketverkauf aus? Die Fans mussten bei der Bestellung ihre vollständige Personalausweisnummer angeben. Das ist zur sicheren Identifizierung aber nicht erforderlich. Dafür genügen die letzten vier Ziffern. Dies hat auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Schaar kritisiert. Es ist unklar, wofür eigentlich die vollständigen Ausweisnummern gebraucht werden. Nach dem Personalausweisgesetz ist die Verwendung der Personalausweisnummer zur Erschließung anderer Dateien nämlich unzulässig.

Weiterhin mussten die Kaufinteressenten ihr Geburtsdatum angeben. Der DFB als Ticketverkäufer hat nur ein berechtigtes Interesse zu wissen, ob der Käufer geschäftsfähig, also 18 Jahre alt ist. Die Angabe „über 18“ hätte

daher vollkommen ausgereicht. Die Angabe des Geburtsdatums macht deshalb so misstrauisch, weil über diese Angabe üblicherweise Dateien verschiedener Herkunft miteinander verknüpft werden. Offensichtlich ist doch beabsichtigt, dass die nationalen Förderer, die wir jetzt überall mit großen Plakaten bewundern können, diese Daten zur Werbung und zum Weiterverkauf nutzen wollen.

Schließlich sind die Tickets mit RFID-Chips versehen. RFID heißt Radio Frequency Identification bei dieser Technik. Es werden auch nicht viele Radio-Frequenz-Identifizierungen – –

(Andrea Roth, Linksfraktion.PDS: Was heißt das?)

– Ich erkläre es jetzt.

Bei dieser Technik wird ein sehr kleiner Chip mit einem Sender auf einen Gegenstand aufgebracht. Mit einem Empfänger können dann die auf dem Chip gespeicherten Daten ausgelesen werden, und zwar – das ist das Interessante – unbemerkt.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich die Überwachungsmöglichkeiten vorstellt, die dadurch eröffnet werden, kann einem durchaus angst und bange werden, denn dadurch ist die Totalüberwachung auf Schritt und Tritt technisch möglich geworden. Mit den Chipdaten kann festgestellt werden, dass mit dem von Herrn X gekauften Ticket ein Stadion betreten wird. Allerdings wird dadurch nicht gewährleistet, dass auch der Ticketkäufer selbst das Stadion betritt. Der RFID-Chip bringt also keinen zusätzlichen Sicherheitsgewinn. Damit wird aber der datenschutzrechtliche Grundsatz einer anonymen Beteiligung am allgemeinen Geschäftsverkehr verletzt. Es besteht hierbei der Verdacht, dass die Hersteller der Technik die WM als Großversuch nutzen, um die Einsatzfähigkeit ihrer Technik nachzuweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der Linksfraktion.PDS und der FDP)

Was passiert nun mit den Daten? Können sie zu kommerziellen Werbezwecken weitergegeben werden, insbesondere an die WM-Sponsoren, nationale Förderer genannt? Das Ticketverfahren sah zwar ein so genanntes Ort-out-Verfahren vor. Man konnte also auf der Internetseite anklicken, dass man keine Werbepostillen ins Haus geschickt haben wollte. Allerdings war das konkrete Verfahren, die Benutzeroberfläche, so ausgestaltet, dass beim Käufer der Eindruck entstehen musste, dass er nur dann beim Ticketverkauf berücksichtigt wird, wenn er sich mit Werbezusendungen einverstanden erklärt. Datenschützer halten deshalb diese Einwilligung für rechtswidrig.

Dr. Martens hat in seinem Beitrag die Frage gestellt, ob denn die Staatsregierung die Frage des Datenschutzes beantwortet oder bedacht hat. Herr Martens, ich kann Ihnen sagen, sie hat es nicht. Das hat sich auch schon durch eine Reihe Kleiner Anfragen ergeben, die ich im

Januar dieses Jahres gestellt habe, und deren Beantwortung durch die Staatsregierung.

Worum geht es bei Akkreditierungsverfahren? Alle Personen, die kein Ticket haben und Zutritt zu Veranstaltungsorten und dem äußeren Sicherheitsring haben wollen, werden einem Akkreditierungsverfahren unterworfen. Dies betrifft das gesamte Servicepersonal wie auch Journalisten. Nach Schätzungen handelt es sich dabei voraussichtlich um etwa 250 000 Personen. Meine Damen und Herren, 250 000 Personen! Das Verfahren läuft so, man muss es so sagen, dass Arbeitgeber die Daten ihrer Arbeitnehmer beim DFB einreichen. Wer ist der DFB? Sie haben es zu Recht gefragt. Wer ist die FIFA, wer ist der DFB? Der DFB, man höre, gibt die Daten weiter an das Bundeskriminalamt. Das Bundeskriminalamt fragt die Geheimdienste des Bundes – BND, Verfassungsschutz usw. – sowie die sächsische Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz ab, ob so genannte sicherheitsrelevante Erkenntnisse über einen Arbeitnehmer vorliegen. Die Sicherheitsfirmen treffen dann eine Wertung, ob ein Sicherheitsrisiko bei Beschäftigung des Arbeitnehmers vorliegt. Das Ergebnis wird dem DFB wieder über das BKA mitgeteilt, und dann wird entsprechend der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu einer Dienstleistung vom DFB zugelassen oder nicht. Das Markante daran ist, dass der Betroffene weder den Grund der Ablehnung erfährt noch irgendeine Rechtsschutzmöglichkeit hat.

Meine Damen und Herren! Sie können sich das leicht vorstellen. Wenn der Arbeitgeber jetzt eine Liste seiner Arbeitnehmer eingereicht hat, dann kommt aber: „Arbeitnehmer 15 b wird nicht zugelassen“, steht der Arbeitgeber vor der Alternative: Entweder schmeiße ich ihn raus oder ich bekomme den Auftrag nicht. Wir können uns ausrechnen, was die Folge ist. Wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, ist es dann wohl durchaus möglich, den Arbeitnehmer zu entlassen.

Der Datenschutzbeauftragte hier in Sachsen hat das Akkreditierungsverfahren auch als rechtswidrig auf Bundesebene kritisiert. Es handelt sich nämlich um eine verdachtslose präventive Massenrasterung. Eine Rechtsgrundlage dafür besteht nicht, Herr Lehmann. In einer Kleinen Anfrage hat die Staatsregierung dagegen die Ansicht vertreten, dass die Einwilligung, die die Arbeitnehmer ihrem Arbeitgeber unterschreiben müssen, ausreicht. Aber, meine Damen und Herren, was ist von einer Freiwilligkeit einer solchen Einwilligung zu halten, die unter Androhung des Arbeitsplatzverlustes erteilt werden muss? Ich meine, gar nichts.

Die Staatsregierung hat nun nachgebessert. In ihrer Entgegnung auf die Kritik des Datenschutzbeauftragten stellt sich die Staatsregierung jetzt, am 4. Mai – schade, dass Sie telefonieren, Herr Staatsminister! –, auf den Standpunkt, dass eine gesetzliche Vorschrift zum Akkreditierungsverfahren geprüft werden müsse. Na, wunderbar! Im Klartext bedeutet das, dass Sie wissen, dass das Akkreditierungsverfahren rechtswidrig ist. Man will aber vor der WM weitermachen und keine Konsequenzen aus

seinem rechtlichen Verfahren ziehen. Sie werden uns wahrscheinlich im Herbst mitteilen, dass die Prüfung ergeben hat, dass tatsächlich eine Rechtsgrundlage erforderlich war. Aber die WM ist ja dann schon vorbei, und das Problem ist gelöst.

Aber, meine Damen und Herren, wann liegen nun solche sicherheitsrelevanten Erkenntnisse vor, die einen Ausschluss vom Arbeitsplatz WM rechtfertigen? Ich habe dies in einer Kleinen Anfrage in der Drucksache 4/4165 nachgefragt. Danach werden – durchaus verständlich – alle Verbrechen und Vergehen gemeldet. Es wird aber auch gemeldet, wenn nach Ansicht der Polizei oder des Verfassungsschutzes die Gefahr besteht, dass der Betreffende Gewalttaten begehen oder aber zu Gewalttaten aufrufen wird. Das klingt ja auch schon einmal ganz gut. Worum geht es da?

Es geht hierbei nicht um gesicherte Erkenntnisse, sondern allein um die polizeiliche Prognose und damit nicht um den Ausschluss erwiesener Gewalttäter. Selbst bei den verurteilten Straftätern erfolgt keine Differenzierung, ob sich denn aus einer Verurteilung tatsächlich auch eine Gefahrenprognose für die WM ableiten lässt. Nach Zeitungsmeldungen wurden bisher 400 Personen wegen Sicherheitsbedenken in Deutschland ausgeschlossen, und, wie gesagt, es steht zu befürchten, dass bis zur WM noch weitere 150 000 Personen in Deutschland dort „durchgerastert“ werden.

Meine Damen und Herren! Das war vielleicht etwas fachlich, aber mir ging es einfach darum, Ihnen einmal die Untiefen dieses Sicherheitskonzeptes vorzuführen, wozu Sie dann immer sagen: Ja, das ist wichtig, wir wollen hier sichere Spiele haben, und wir vertrauen unserer Polizei. Es geht nicht darum, ob wir unserer Polizei vertrauen oder nicht, sondern wir müssen schon genau hinsehen, denn der Teufel sitzt im Detail.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Ich komme zurück auf das, was ich gesagt habe. Es handelt sich hier tatsächlich um den Großversuch einer Totalüberwachung in Deutschland aus Anlass dieses Ereignisses.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Bartl, bitte.

Klaus Bartl, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Lichdi, Kollege Dr. Martens, ich bin stolz auf den Berufsstand. Vor allem Kollege Dr. Martens hat meiner Auffassung nach alles zum Ausdruck gebracht, was im Wesentlichen zu sagen ist, wenn man über Konsequenzen aus dem Sicherheitskonzept nachdenkt.

Herr Staatsminister, ich habe wirklich ein Problem damit, wenn eine Fraktion in einem Berichtsantrag das Ausmaß der Be- und Einschränkung der Bürger-, Grund- und

Freiheitsrechte von Teilnehmern an den Veranstaltungen der Fußball-WM 2006 und Nichtbeteiligter durch das Sicherheitskonzept, vorgesehene Maßnahmen, Instrumente einschließlich verfassungsrechtlicher Rechtfertigung des Umgangs und der Tiefe der konzeptionell vorgesehenen Eingriffe in Grundrechte zu beschreiben bzw. darüber zu berichten bittet. – Definitiv!

Darauf antwortet die Staatsregierung mit folgendem – wie man sagt – phraseologischem Dreizeiler: „Vor dem Hintergrund der hohen nationalen und internationalen Bedeutung der Fußball-WM besteht die Zielstellung, trotz eines hohen Niveaus der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Beeinträchtigung des Einzelnen durch Sicherheitsmaßnahmen so gering als möglich zu gestalten. Die vorgesehenen Maßnahmen werden auf der Grundlage des geltenden Rechts unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit getroffen.“ – Um Himmels willen, was ist das für eine Antwort von einer Staatsregierung auf die Anfrage einer Fraktion des Landtags zur Beachtung der Reichweite der Grund- und Bürgerrechte, Freiheitsrechte etc.?! Was erwarte ich denn mit dieser Überschrift für eine Antwort? Wir sind doch nicht in der Klippschule.

Genau das ist das Problem: Ich will von Ihnen wissen – und zwar wirklich wissen –, ob die 250 000, die Dienstleistungen erbringen, bzw. das Quorum davon, dass in Sachsen im Umfeld der Fußball-WM von Menschen entsprechende Dienstleistungen erbringen, nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchgecheckt sind und all jene, die Fragebögen beantworten müssen, einschließlich zu den sensiblen Daten befragt werden, die wir mit dem Datenschutzgesetz als verfassungswidrig angegriffen haben: jeder Würstchenverkäufer, jeder Losverkäufer, jeder, der irgendwo eine Signaltrommel rührt usw. – Das will ich von Ihnen wissen, und das ist die Antwort, die ich auf solche Fragen haben möchte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte von Ihnen wissen, ob es aus Sicht eines Staatsministers des Innern bei der Fragestellung „Gewährleistung von Grundrechten und Freiheitsrechten“ tatsächlich annehmbar ist, dass sich Ihr Pressesprecher hinstellt und sagt: Bei uns wird seit Jahr und Tag jeder Hooligan mit DNA erfasst. Wie und auf welcher Grundlage soll es gehen? Wie soll es im Maßstab der Verhältnismäßigkeit Ihrer Überschrift entsprechend passen?

(Beifall der Abg. Prof. Dr. Peter Porsch und Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS)

Das Problem ist doch Folgendes: Die Losung „... zu Gast bei Freunden“ ist ja okay. Es gibt ja nicht nur die Antwort darauf: „Die Welt war überwacht von Freunden“ oder wie auch immer. Es gibt auch die Losung, die die Fußballfans selbst zum Motto genommen haben. Sie nannten das: „Zu Gast im Knast“.

(Heiterkeit)

Wenn ich lese, was uns Politiker anbieten, was mehr oder weniger alles zur Fußball-WM vorgehalten werden soll – ein sicherheitspolitisches Feuerwerk sondergleichen: Die NATO soll den Luftraum mit Awacs-Überwachungsmaschinen sichern. Zwei Phantomjets werden dauernd auf Abruf bereitgehalten, um in Minutenschnelle verdächtige Flugzeuge abfangen zu können. Ämter für Bevölkerungsschutz stellen vorsorglich für alle Spielorte Zusatzmedikamente für Tausende Menschen bereit. Mit Hubschraubern sollen Graffiti-Sprayer aus dem Fan-Umfeld aufgespürt werden. Die Polizei erhält Urlaubssperre. Dies gilt auch für die Mitarbeiter des Bundesamtes für Strahlenschutz usw. usf. – Was hat das denn noch mit der olympischen Idee zu tun: Sport als Wettkampf, Austausch der Kulturen und, und, und?

(Zurufe von der CDU)

Das ist eine Manöverübung. Es ist zum einen nichts weiter als ein Manöver und zum anderen das Einfallstor, um weiter an elementaren Grund- und Freiheitsrechten dieser Bundesrepublik zu basteln.

(Beifall der Abg. Rico Gebhardt und Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS – Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS)

Ich halte es für eine Unverschämtheit, dass es ein Innenminister mit CDU-Parteibuch fertig bringt, aus Anlass einer Fußballweltmeisterschaft, in Reichweite der olympischen Idee kurzerhand zu fordern, dass wir jetzt die Bundeswehr im Innern einsetzen, und dieser außerdem die Stirn hat, auf der Polizeikonferenz laut zu denken, vor jedes Stadion einen Panzer zu stellen. Das ist doch nicht Ihr Staat, das ist doch nicht Ihre Verfassung, um Himmels willen!

(Zuruf des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Sie nehmen derartige Dinge zum Anlass, um Flächenübungen durchzuführen. Dabei bleibt immer etwas hängen, das als Einfallstor gereicht hat, um es für die Zukunft zu instrumentalisieren: nicht nur die Daten der Fans, die erfasst sind und dann irgendwo herumschwirren, sondern auch mehr oder weniger der Präzedenzfall, der einmal da ist. Das hat einmal funktioniert. Die Welt war zu Gast bei Freunden, aber sie war eben zu Gast wie im Knast.

(Widerspruch bei der CDU)

– Natürlich! Das kann doch nicht die Wahrheit sein! Das kann doch nicht für unser Land mit unserem humanitären und kulturellen Anspruch der Maßstab sein, der unkritisch durch das Parlament geht. Um nicht mehr geht es doch, als dass sich das Parlament auch diese Frage stellt.

Ich bin längst über die Zeit hinweg, in der ich nur meinte, dass Sport vordergründig zur Körperkultur und Ertüchtigung da ist. Er ist vor allem ein Event. Er ist auch ein Bereich, in dem man viel Geld verdient. Aber es kann beim allerbesten Willen nicht darum gehen, dass erhebliche staatliche Mittel – eingeschlossen die Polizei und Ähnliches mehr – vor allem dafür da sind, dass große

Konzerne durch die Vermarktung der WM Geld verdienen. Steuermittelfinanzierte Polizei ist vor allem dafür da zu unterstützen, dass in Größenordnungen Mittel in der gesamten Branche für die moderne Medientechnik ausprobiert und getestet werden und dies mit entsprechenden Geldeinnahmen verbunden wird.

Kollege Bräunig, ich habe überhaupt nicht den Verdacht, dass hier vordergründig die Polizei angreifen will. Ihr Erlebnis, dass Sie jeden Tag nur auf freundliche, umgängliche und lockere Polizei stoßen, teile ich nicht immer. Mitunter kann man das vielleicht nicht erkennen, weil der Helm so tief sitzt, und kann man die ganze Freundlichkeit nicht empfangen,

(Rita Henke, CDU: Ist das ein Blödsinn! –
Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

aber ansonsten ist aus meiner Überzeugung heraus das Hauptproblem bei dem ganzen Geschäft, dass wir letztlich bei diesem eigentlich angenehmen, freudvollen und friedvollen humanitären Wettkampf inzwischen Papiere zusammenstellen, von denen tatsächlich jemand, wenn er sie in die Hand bekommt, denkt, wir hätten hier ein nationales Großereignis, das gewissermaßen einem Überfall gleichkommt, bevorstehen, und dies kann es einfach nicht sein.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion; Herr Bandmann, bitte.

Volker Bandmann, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich kann man Herrn Bartl ja dankbar sein, dass er in dieser Weise wieder einmal deutlich gemacht hat, wessen Geistes Kind er ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Er hat eben kein Interesse daran, dass die Spiele so vorbereitet werden, dass sie friedlich bleiben, sondern er versucht im Vorfeld dieses Ereignisses jedes Register zu ziehen, um im Grunde genommen genau die Klientel, die er vorgibt davon abzuhalten, eigentlich zu ermuntern, das Gegenteil dessen zu tun,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

und das ist das eigentliche Problem. Sie haben doch in Ihren Reihen teilweise die Organisationsstrukturen sitzen, die, wenn ich heute die „Morgenpost“ lese, Ereignisse in der so genannten Bunten Republik Neustadt organisieren. Ich zitiere einmal aus der heutigen Zeitung: „Bis zu 150 000 Menschen feierten in den letzten Jahren BRN. Nachts schlug oft die Stimmung um. 2002 und 2003 lieferten sich brutale Schläger heftige Straßenschlachten mit den Polizisten. Mit bis zu 1 000 Beamten aus mehreren Bundesländern erstickte die Polizei den Krawall seither im Keim. Jetzt wittern Chaoten Morgenluft.“ – Das ist doch genau der Punkt, weswegen auch auf die Frage von Herrn Zastrow – –

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

– Was das mit Ihnen zu tun hat? Die Frage können Sie sich besser beantworten als wir.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Mit uns gar nichts!)

– nach der Sicherheit bei offenen Veranstaltungen und bei Videoleinwänden die entsprechende Antwort kam. Es ist eben ein Unterschied, ob Leute kontrolliert ins Stadion gehen, in dem es keinen Alkohol gibt, oder ob man bei offenen Veranstaltungen unkontrolliert zusammentrifft und sagt: So, und jetzt versuchen wir genau diese Szenarien zu erzeugen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Alkohol ist nicht gestattet, Sie irren sich! –
Johannes Lichdi, GRÜNE, meldet Redebedarf an.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Volker Bandmann, CDU: Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage. – Ich möchte noch einmal deutlich machen, wo unsere Schwerpunkte liegen. Wir haben als Koalition einen Berichts Antrag zum Thema „Triade 2005“ gestellt, also zur Katastrophenschutzübung im Vorfeld der Ereignisse der Weltmeisterschaft in Leipzig, und wir denken, dass eine friedliche und sichere Fußballweltmeisterschaft absoluten Vorrang hat.

Ich bin sicher, dass die Verantwortlichen alles tun werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Herr Bartl von der PDS hat Punkt 3 der Antwort kritisiert. Der Minister hat aber deutlich auf die Rechtslage hingewiesen. Die Rechtslage ist doch nicht außer Kraft gesetzt. Sie wären doch die Ersten, die, wenn es so wäre, in irgendeiner Weise vor Gericht ziehen würden, um das justiziabel prüfen zu lassen. Das steht Ihnen doch ohnehin jederzeit frei. Aber Sie versuchen den Eindruck zu vermitteln, dass es anders sei. In jedem Falle stehen Ihnen doch alle Rechtsmittel offen und auf die Kompetenz als Rechtsanwalt haben Sie hingewiesen. Ich denke, damit ist alles gesagt.

Uns geht es aber darum, dass die Weltmeisterschaft ohne Zwischenfälle und ohne Unglücksfälle über die Bühne geht. Gleichwohl müssen wir uns im Vorfeld Gedanken machen, was im Ernstfall passiert, wenn ein solcher größerer Unglücksfall dennoch eintritt. Das heißt, auch die Einsatzkräfte des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes müssen auf alle denkbaren Eventualitäten vorbereitet sein. Auch dies ist im weiteren Sinne Bestandteil der Gewährleistung einer sicheren Fußballweltmeisterschaft.

Im Übrigen sind das die Anforderungen des Veranstalters an die Ausrichterländer. Wenn wir wollen, dass ein solches Großereignis mit der Möglichkeit, natürlich auch Geld zu verdienen, in Zukunft in Deutschland nicht mehr

stattfinden soll, dann müssen Sie in der Weise weitermachen, wie Sie es hier versuchen.

Aus den genannten Gründen wurde wie in den anderen Weltmeisterschaftsstandorten auch in Leipzig die Katastrophenschutzübung „Triade 2005“ durchgeführt. Der Staatsminister hat zu dem Antrag umfassend Stellung genommen und über den Verlauf und die wesentlichen Erkenntnisse informiert. Insgesamt hat sich dabei ein im Wesentlichen positives Bild ergeben. Dass nicht alles völlig reibungslos gelaufen ist, liegt bei einer solchen Übung auf der Hand. Letztlich ist eine solche Übung auch dafür da, dass Risiken, Gefahrenpotenziale und Kapazitäten abgeschätzt werden können, dass Reibungsverluste und mögliche Unzulänglichkeiten bei der Zusammenarbeit der Beteiligten festgestellt werden, dass durch die Übung selbst eine gewisse Sicherheit für die Abläufe garantiert wird und dass in Auswertung dieser Katastrophenschutzübung die Fehlerquellen nachgebessert werden, um im Ernstfall besser aufgestellt zu sein.

Ich bin sicher, dass die im Freistaat Sachsen beteiligten Organisationen ihre Erkenntnisse aus der Übung gezogen haben und die Schwachstellen beseitigen werden. Der Staatsminister hat in seiner Stellungnahme selbst aufgezeigt, welche Probleme festgestellt worden sind. Wir als Sächsischer Landtag können deshalb wohl zu Recht davon ausgehen, dass die sächsischen Katastrophenschutzkräfte auf das Großereignis Fußballweltmeisterschaft gut vorbereitet sind.

Dabei hoffen wir natürlich, dass wir dies nicht unter Beweis stellen müssen. Aber ich denke, die Gäste und Besucher, die nach Sachsen kommen, können davon ausgehen, dass sowohl für ihre Sicherheit als auch für die Rahmenbedingungen bei allen eventuellen Problemlagen alles getan wird.

Wir erinnern uns noch daran, welche verheerenden Imagefolgen die von der Stiftung Warentest aus Profilierungssucht in die Luft gesetzten Behauptungen hatten. Das zeigt, dass sich unter diesem Thema die verschiedensten Institutionen zu profilieren versuchen und dass das nicht immer positive Folgen hat.

Ich denke, mit der Antwort der Staatsregierung ist der Antrag für die Koalition als erledigt anzusehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die SPD-Fraktion spricht Frau Wehnert.

Margit Wehnert, SPD: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bandmann hat im Wesentlichen noch einmal auf das Großereignis „Triade 2005“ hingewiesen. Ich selbst durfte wie einige andere Abgeordnete dieses Hauses Gast bei dieser Katastrophenschutzübung sein. Ich glaube, es ist angemessen, hier noch einmal zu betonen, wie viele hauptamtliche, aber auch ehrenamtliche Kräfte aus Sachsen und aus den

angrenzenden Ländern, insbesondere aus Sachsen-Anhalt, sich beteiligt, sich vorbereitet und die theoretischen Pläne einmal durchgespielt haben. Sie alle – auch Krankenhäuser waren einbezogen – haben deutlich gemacht, wo noch Eckpunkte aufzugreifen sind, um diese Fußballweltmeisterschaft zu einem positiven Ereignis werden zu lassen.

Wir können heute leider nicht vorhersagen, was im Konkreten sein wird. Aber bei der ganzen Diskussion, die soeben geführt wurde, habe ich mich manchmal gefragt: Können wir uns eigentlich richtig darüber freuen, dass wir die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland haben? Ich weiß nur, dass sich die Leipziger mit sehr viel Engagement auf dieses Großereignis vorbereiten. Dazu gehörte diese „Triade“-Übung.

Viele Ehrenamtler in vielen unterschiedlichen Bereichen sind dabei, das Bestmögliche für die Gäste zu tun. Viele Häuser sind offen und möchten die Gäste in Leipzig aufnehmen. Gestatten Sie mir, dass ich das auf Leipzig beziehe.

Wenn man solche Szenarien probt, wenn man dabei die Schwachpunkte aufgreift und versucht, neu zu evaluieren und Pläne für die Zukunft zu machen – denn ein solches Großereignis hatten wir ja bei uns noch nicht –, glaube ich nicht, dass man dagegen vorgehen sollte.

Irritiert hat mich die Diskussion um den Ticketverkauf. Ich glaube, dazu sind Entscheidungen getroffen worden, die wir heute hier nicht mehr zu diskutieren haben. Es sind Regelungen getroffen worden, die für uns nicht relevant sind. Für uns ist wichtig, dass die Spiele bei uns in Sachsen tatsächlich in einer Atmosphäre stattfinden, die sich dadurch auszeichnet, dass Freunde einladen und dass ein offenes Verhältnis herrscht. Wir alle sind gefordert, dieses offene, freundliche und fröhliche Verhältnis mitzugestalten.

(Beifall des Abg. Volker Bandmann, CDU)

Im Vorhinein Diskussionen zu führen, um bestimmte Szenarien herbeizureden, ist genauso fehl am Platze, wie Vorbereitungen, die einfach notwendig sind, um tatsächlich für unsere Gäste und auch für uns, die wir hier wohnen, höchste Sicherheit zu garantieren, ins Negative zu zerren. Ich halte das für nicht angebracht.

Meine Damen und Herren, das, was wir bei der „Triade“ erlebt haben – Rolf Seidel war auch mit vor Ort –, war ein Ereignis, von dem wir sagen können: Ja, unsere Kollegen, die in diesem Bereich arbeiten – ob im Katastrophenschutz, im Rettungsdienst oder im Sanitäts- und Arztbereich –, sind auf alle Eventualitäten vorbereitet. Aufgrund der Berichte, die dazu gekommen sind – insbesondere der Innenminister hat dazu sehr ausführlich berichtet –, können wir guten Mutes den Spielen, die hier stattfinden, entgegensehen. Ich hoffe auch, dass die Ereignisse, die geprobt worden sind, tatsächlich nicht eintreten werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich frage dennoch in die Runde: Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Staatsregierung an der Reihe. Herr Staatsminister Dr. Buttolo.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir sind in der Tat froh darüber, dass wir Austragungsort der WM in Deutschland sein dürfen. Wenn ich die heutige Diskussion betrachte, frage ich mich aber: Wie vergesslich sind wir eigentlich? Nicht alle! Wir wissen, dass wir bei diesen Spielen nicht nur die Sicherheit im Stadion und um das Stadion herum zu gewährleisten haben. Denn wir sollten uns daran erinnern: Es gab einen 11. September, es gab Madrid, es gab London. Wie verantwortungslos wären wir, wenn wir für unsere Bürger, aber auch für unsere Gäste nicht alle Vorkehrungen treffen würden, um einem derartigen Vorfall entsprechend gewappnet entgegenzutreten.

(Beifall bei der CDU und der Abg.
Margit Wehnert, SPD)

Meine Damen und Herren! Die Antworten auf die Drucksachen 4/2412 und 4/2458 sind im Juli und August 2005 gegeben worden. Ich würde mir aus diesem Grund erlauben, Ihnen noch einmal einen etwas umfassenderen Bericht vorzutragen, weil ich davon ausgehe, dass Sie vielleicht die eine oder andere Information dazu noch nicht haben.

Die Staatsregierung hat, wie ich bereits erwähnt habe, schriftlich zum Antrag der PDS-Fraktion berichtet. Ausgehend von den im Rahmen der Bewerbung des DFB um die Austragung der WM 2006 durch die Bundesregierung abgegebenen Regierungsgarantien sind nunmehr abschließend sowohl das Nationale Sicherheitskonzept WM 2006 als auch das auf Bundes- und Länderebene abgestimmte polizeiliche Rahmenkonzept erarbeitet und durch die IMK bestätigt worden. Für den Freistaat Sachsen als auch für den Spielort Leipzig sind aufbauend auf diesen Rahmenvorgaben die Sicherheitskonzepte erstellt worden.

Die Sicherheitskonzepte umfassen vom Schwerpunkt her Maßnahmen eines anlassbezogenen, insbesondere polizeilichen Informationsaustausches, um ein enges Zusammenwirken aller beteiligten Behörden und eine ständige aktuelle und realistische Lagebeurteilung zu gewährleisten, weiterhin Maßnahmen der polizeilichen Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zur Gewährleistung eines störungsfreien Verlaufs der Fußball-WM, ein abgestuftes Konzept polizeilicher Präsenz im Umfeld des Stadions, im Umfeld von Großbildübertragungen, in Innenstadtbereichen, auf Anreisewegen der Gäste und Fans, Maßnahmen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr auf der Basis eines anlassbezogen entwickelten Musterkonzeptes Katastrophenschutz, die Sicherheitskooperation mit dem Veranstalter und dessen privaten Ordnungskräften.

Die polizeilichen Einsatzmaßnahmen orientieren sich an bundesweit abgestimmten nachfolgenden Leitlinien. Die Gewährleistung der Sicherheit hat höchste Priorität bei betont offenem, tolerantem und freundlichem Verhalten der Polizei sowie enger Zusammenarbeit mit allen Beteiligten.

Durch umfassende präventive Maßnahmen ist Gefahrenpotenzial aus dem In- und Ausland bereits im Entstehen frühzeitig und konsequent entgegenzuwirken. Störungen der öffentlichen Sicherheit, die den friedlichen Verlauf der WM 2006 beeinträchtigen, sind konsequent im Ansatz zu verhindern bzw. durch zügiges, professionelles Handeln nachhaltig zu unterbinden. Rolle, Ziele und Maßnahmen der Polizei sind durch eine offensive und abgestimmte einsatzbegleitende Medien- und Öffentlichkeitsarbeit aller Interessengruppen vor, während und nach den Einsätzen zielorientiert zu vermitteln. Die aus Anlass vergleichbarer polizeilicher Großlagen sowie die während des Confederations Cup 2005 gesammelten Erfahrungen, insbesondere bewährte Mittel der Deeskalation, finden in der konzeptionellen Vorbereitung und bei der Umsetzung der Einsatzmaßnahmen Berücksichtigung.

Zur Bewältigung der Einsatzmaßnahmen werden bei den betreffenden Polizeidirektionen bzw. bei den Behörden der polizeilichen Gefahrenabwehr besondere Aufbauorganisationen eingerichtet. Die in den Sicherheitskonzepten vorgesehenen Maßnahmen orientieren sich an den derzeit bundesweit abgestimmten Gefahrenprognosen und Lagebewertungen. Die Gefahrenszenarien orientieren sich an vergleichbaren nationalen und internationalen Ereignissen und basieren auf einer umfassenden und ständig aktualisierten Lageeinschätzung der zuständigen Sicherheitsbehörden. Sie sind somit realistisch.

Die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen werden lageabhängig unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im erforderlichen und geeigneten Umfang getroffen. Zielstellung der Sicherheitsmaßnahmen aus Anlass der WM 2006 ist es, neben der Gewährleistung eines höchstmöglichen Maßes an Sicherheit für die Gäste und für die Bevölkerung die Einschränkungen für den Einzelnen so gering wie möglich zu halten. Grundrechte werden nur im unumgänglichen und rechtlich zulässigen Rahmen eingeschränkt.

Die Maßnahmen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr konzentrieren sich auf die Bewältigung eines möglichen Massenankomms von Verletzten, für den drei Versorgungsstufen, abhängig von der Verletztenanzahl, vorgesehen sind.

Neu ist die Vorhaltung eines verbesserten Sanitätsdienstes am Spielort, der für eine Anzahl von bis zu 250 Verletzten über das übliche Versorgungsniveau des Katastrophenschutzes hinausgeht. Die Bundespolizei, die Landespolizei und die vom Veranstalter eingesetzten privaten Sicherheitsdienste nehmen die jeweiligen Sicherheitsaufgaben auf Basis der eigenen Zuständigkeiten wahr. Die jeweiligen Sicherheitskonzepte sind inhaltlich aufeinander abgestimmt. Im Rahmen der Einsatzbewältigung wird ein

enges Zusammenwirken unter anderem durch den Austausch von Verbindungspersonen sichergestellt.

Im Vorfeld der WM fand in Leipzig im Mai des vergangenen Jahres die Katastrophenschutzübung „Triade 2005“ statt. Das Regierungspräsidium leitete die Übung, welche aus einer mehrstufigen Stabsrahmenübung und einer Vollübung unter Einsatz von Hilfskräften am Leipziger Zentralstadion bestand. Die Übung diente dazu, in Vorbereitung auf das sportliche Großereignis die Führungsstrukturen im Katastrophenschutz und die Zusammenarbeit mit Behörden und Dienststellen unterschiedlicher Ebenen weiter zu verbessern, Anforderungen und Einsatz von Kräften und Mitteln anderer Regierungsbezirke und benachbarter Länder zu üben, Maßnahmen zur Bewältigung eines Massenankomms von Verletzten auf der Grundlage der landeseinheitlichen Planungsannahme zu treffen und die Aufnahme- und Behandlungskapazität der Krankenhäuser zu prüfen.

Neben dem Regierungspräsidium Leipzig nahmen drei untere Brandschutz- und Rettungsdienste und Katastrophenschutzbehörden an der Stabsrahmenübung teil. Bei der Vollübung wirkten zusätzlich Einsatzkräfte aus allen Landkreisen des Regierungsbezirkes Leipzig sowie Einheiten aus dem Land Sachsen-Anhalt, den Regierungsbezirken Chemnitz und Dresden mit. Weitere Behörden und Organisationen waren in die Übung eingebunden. Insgesamt waren an der Landeskatastrophenschutzübung 1 540 Personen unmittelbar beteiligt. Aufgrund des damals noch anstehenden Confederations Cup und der noch ausstehenden Fußball-WM wurde ein Szenario entworfen, das in neue Dimensionen der Gefahrenabwehr vorstößt.

Das Szenario: Während eines Fußballspiels explodiert in dem mit 40 000 Zuschauern voll besetzten Zentralstadion eine Bombe im Oberrang der Zuschauertribüne. Knapp 300 Personen sind unmittelbar betroffen, darunter sind 15 Tote, 80 Schwerstverletzte, 40 Schwerverletzte, 140 Leichtverletzte und sonstige Betroffene. Schnell wird festgestellt, dass der Tat ein terroristisches Motiv zugrunde liegt. Die Patienten müssen durch bereitstehende Feuerwehrkräfte aus dem Oberrang geborgen und zu den Behandlungsplätzen getragen werden.

(Johannes Lichdi, GRÜNE, steht am Mikrophon.)

Nach der Versorgung an den Behandlungsplätzen erfolgt der Abtransport der Schwerst- und Schwerverletzten in ausgewählte Krankenhäuser.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Ich würde zunächst zu Ende führen, Herr Lichdi. Ihre Frage beantworte ich im Anschluss. – Leichtverletzte und sonstige Betroffene werden einem Behandlungsplatz zugeführt, wo auch die psychosoziale Notfallversorgung erfolgt.

Der Übungseinsatz ging für die Helfer an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Angesichts dieser Schadensdimension bewerteten alle Beobachter die Vorbereitung und den Verlauf positiv. Dies betrifft sowohl die Auswahl eines Worst-Case-Szenarios als auch die vollständige Darstellung der Rettungskette vom Stadion bis in die Krankenhäuser bzw. zum Flughafen. Die Motivation und die Einsatzbereitschaft aller Mitwirkenden waren beeindruckend. Die Zusammenarbeit zwischen den Einsatzkräften aus unterschiedlichen Fachdiensten und unterschiedlichen Herkunftsorten gestaltete sich größtenteils problemlos. Auch im Zusammenwirken der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr wurden die Übungsziele erreicht.

In der Übung „Triade 2005“ wurden erstmals Einsatzeinheiten verbesserter Sanitätsdienste aufgerufen, die auch für die WM 2006 geplant sind und gegenüber dem herkömmlichen Sanitätsdienst des Katastrophenschutzes eine bessere medizinische Versorgung ermöglichen.

Die Staatsregierung hat den Erfahrungen aus der Übung Rechnung getragen. Für die WM wird ein Abholcontainer für einen Massenankomm von Verletzten beschafft und der Stadt Leipzig zur Verfügung gestellt.

(Jürgen Gansel, NPD, steht am Mikrophon.)

Nach entsprechenden Beschlüssen der Ständigen Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder zur Umsetzung der neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung soll das Modell eines Verwaltungsstabes bundeseinheitlich für Krisenlagen eingeführt werden.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Es besteht der Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Bitte, Herr Lichdi.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Da sich Herr Lichdi vorhin zuerst gemeldet hatte, gebe ich ihm jetzt das Wort.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Herr Staatsminister, würden Sie mir zustimmen, dass es nicht angemessen ist, mit Ihrem Redebeitrag die am 8. Mai 2006 eingegangene Stellungnahme der Staatsregierung wortwörtlich vorzutragen?

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Ich hatte extra betont, dass ich das bewusst noch einmal tue, weil die zuvor gelaufene Diskussion bei mir den Eindruck erweckt hat, dass die Dimension der Gefahr und die Größe der Verantwortung, in der wir uns befinden, vielleicht etwas unterschätzt wird. Ich habe das aus diesem Grund bewusst getan.

(Beifall bei der CDU)

Herr Lichdi, was wäre, wenn wir die Vorbereitung der Sicherheit lax nähmen und es zu einem Zwischenfall käme? Ich glaube, wir haben nicht nur die Verantwortung

für Sachsen, sondern wir haben auch eine Verantwortung für unsere Gäste, die zu uns kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wir dürfen es uns einfach nicht leisten, hier ein riskantes Spiel hinzunehmen. Ich bitte deshalb einfach um Ihr Verständnis, dass wir eine ganze Reihe von Maßnahmen, die keine Maßnahmen des Freistaates Sachsen als Alleingang, sondern in einem bundeseinheitlichen Konzept abgestimmt sind, zum Wohle aller tatsächlich umsetzen müssen.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Gansel.

Dr. Albrecht Buttolo, Staatsminister des Innern: Diese möchte ich nicht beantworten.

(Jürgen Gansel, NPD: So viel Souveränität hat der Innenminister!)

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie bei unserer Einschätzung der Sicherheitslage, für die das Konzept als Grundlage genommen wurde, nicht zu bagatellisieren. Wir sind in der Pflicht und in der Verantwortung, sichere Spiele zu gewährleisten.

(Beifall der Abg. Margit Wehnert, SPD)

Wir dürfen nicht vergessen, wie sich die Lage in einigen Ländern in den letzten Jahren dargestellt hat. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Es gab einen 11. September und es gab die Anschläge in Madrid und in London. Wir müssen uns doch im Klaren sein, dass ein derartiges großes, weltweit beachtetes Ereignis wie die Weltmeisterschaft 2006 von uns entsprechend abgesichert werden muss. Ich bin froh darüber, dass alle Länder der Bundesrepublik gemeinsam mit der Bundesregierung sehr zeitig begonnen haben, die Vorbereitungen zu treffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und vereinzelt bei der Staatsregierung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort hat die Linksfraktion.PDS, Frau Dr. Ernst, bitte; danach die Koalition.

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bandmann, zuerst möchte ich feststellen, dass Sie mir in der Zeit, seit ich innenpolitische Sprecherin bin, das erste Mal Recht gegeben haben. Das ist sehr ehrenvoll. Aber Sie haben offensichtlich eine Linksphobie. Ich kann Ihnen nur raten, davon einmal Abstand zu nehmen. Es ist schade, lässt sich vermutlich aber nicht ändern. Insofern sprechen Sie zu Themen, die wie Schattenboxen sind. Es tut mir Leid.

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Herr Staatsminister, ich bin offen gestanden ein wenig enttäuscht darüber, dass Sie zu der gesamten Datenschutzproblematik nicht einen Punkt ausführlich dargestellt und auch zu den Vorwürfen der Bündnisgrünen nichts gesagt haben. Das möchte ich festhalten.

Insofern will ich deutlich sagen: Wir verlangen klipp und klar eine juristische Würdigung des Akkreditierungsverfahrens, wie es insgesamt verlaufen ist. Wir verlangen eine ausführliche und vollumfängliche Darstellung und einen Bericht über die Sicherheitsvorkehrungen und die Datenschutzmaßnahmen. Das Bisherige reicht keinesfalls aus. Ich denke, wir müssen nach den Fußballweltmeisterschaften darüber ernsthaft sprechen und dementsprechend parlamentarisch tätig werden.

Ich glaube, dass das, was vor allem Herr Bandmann inszeniert hat, richtig gestellt werden muss. Fußball ist – das sage ich auch an die Adresse des Staatsministers gerichtet – keine Kriegssübung, sondern ein Spiel.

(Zuruf des Abg. Dr. Jürgen Martens, FDP)

Sicherheit ist sicherlich ein Muss, aber Sicherheit darf nicht die Grund- und Freiheitsrechte einschränken und schon gar nicht in der Weise, wie es vor allen Dingen in den Redebeiträgen der GRÜNEN dargestellt wurde. Sicherheit total macht total unsicher. Wir fordern, Augenmaß in all diesen Dingen einzuhalten. Das ist die Forderung, die wir an die Polizei haben.

Es geht nicht darum, Polizei gut oder schlecht zu finden, sondern darum, dass sie in dieser Frage tatsächlich dem gesetzlichen Auftrag nachkommt, und zwar in der gebotenen Verhältnismäßigkeit.

Wir müssen über dieses Thema noch einmal sehr ausführlich sprechen. Insofern, denke ich, haben wir heute damit begonnen, darüber zu sprechen.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Koalition gibt es gleich zwei Redner. Bitte zuerst Frau Wehnert.

Margit Wehnert, SPD: Frau Präsidentin! Mit den Worten von Herrn Bandmann über die „Triade“ und den Ergänzungen des Ministers hat sich der Antrag für uns erledigt.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Damit können wir zur Abstimmung schreiten. Ich beginne mit dem Antrag der Linksfraktion.PDS. Dazu liegt mir ein Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN vor. Ich bitte Herrn Lichdi, diesen einzubringen.

Johannes Lichdi, GRÜNE: Ich möchte angesichts der jetzt wieder abgelaufenen Debatte betonen, dass es uns mit unserem Änderungsantrag nicht darum geht, die bisher getroffenen Sicherheitsvorkehrungen in Gänze infrage oder unter Verdacht zu stellen. Ich empfinde es als

unfruchtbaren Pseudokonflikt, der vonseiten der CDU immer wieder initiiert wird,

(Vereinzelt Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

als ob diejenigen, die auf die Einhaltung von Bürgerrechten hinweisen, dann gleich gegen Sicherheit wären. Das ist keine ordentliche und ehrliche Debatte.

(Zuruf von der CDU)

Meine Fragen haben Sie nicht beantwortet. Deswegen beantragen wir, dem Antrag der Linksfraktion.PDS die relevanten Dinge nach Vollzug der WM hinzuzufügen. Wir wollen genau wissen, wie dieses Akkreditierungsverfahren tatsächlich in Sachsen gehandhabt worden ist. Wie viele Personen hat es tatsächlich betroffen? Haben diese Personen wenigstens nachträglich die Möglichkeit, Rechtsschutz zu erhalten? Wie ist das ausgefallen?

Deswegen haben wir einige Punkte aufgeschrieben. Ich bitte Sie, diese Fragen jenseits Ihrer – ich sage es jetzt nicht –, also Ihrer bisher eingefahrenen Denkbahnen, sagen wir es einmal so, wirklich zu wägen und ernst zu nehmen und nicht mit den üblichen Vorurteilen, die Sie unseren Anträgen entgegenbringen, zu bearbeiten. Deswegen bitte ich um Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Zum Antrag möchte Frau Dr. Ernst sprechen, bitte.

Dr. Cornelia Ernst, Linksfraktion.PDS: Es ist ganz klar, nicht nur unsere Fragen im Antrag sind nicht beantwortet, sondern auch die der Fraktion der GRÜNEN. Hier ist nichts Substantielles gesagt worden. Insofern muss es bei dieser Fragestellung bleiben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Bandmann für die CDU-Fraktion, bitte.

Volker Bandmann, CDU: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalition hat deutlich gemacht, dass wir den PDS-Antrag ablehnen werden. Wir haben einen wesentlich anderen Duktus als dieser Antrag. Uns geht es darum, dem Innen-

minister und den sächsischen Sicherheitskräften den Rücken zu stärken und ihnen deutlich zu machen, dass sie auf dem richtigen Weg sind. Ihr Weg ist der falsche. Deswegen fällt auch dieser Antrag der GRÜNEN in die Tonne.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es weiteren Redebedarf zum Änderungsantrag? – Herr Dr. Hahn, bitte.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ernst hatte deutlich gemacht, warum unsere Fraktion dem Antrag zustimmt. Ich finde es ziemlich leichtfertig und arrogant, wie Herr Bandmann mit einem so wichtigen Anliegen umgeht.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Es ist ein vernünftiger Sachverhalt aufgeworfen worden, der zu überprüfen ist. Ich kann nicht verstehen, warum Mitglieder dieses Hauses diese Informationen nicht erhalten und abfragen wollen. Von daher kann ich nur noch einmal dafür werben, den Antrag zu unterstützen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der GRÜNEN, vorliegend in der Drucksache 4/5283. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer großen Anzahl von Stimmen dafür ist der Antrag mit Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe auf die Drucksache 4/2412, Antrag der Linksfraktion.PDS. Wer möchte die Zustimmung geben? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch hier gleiches Abstimmungsverhalten. Bei einer ganzen Reihe von Stimmen dafür ist der Antrag dennoch mit Mehrheit abgelehnt worden.

Die Drucksache 4/2458, Antrag der Fraktionen CDU und SPD, wurde für erledigt erklärt.

Der Tagesordnungspunkt ist geschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

Vertretung des Sächsischen Landtages bei den Verfahren nach § 7 Nr. 9 Verfassungsgerichtshofgesetz

Drucksache 4/5113, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Wünscht dennoch ein Abgeordneter das Wort zu nehmen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Ich stelle die Drucksache 4/5113 zur Abstimmung und bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Wer ist

dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer Reihe von Stimmen dagegen ist der Antrag mit Mehrheit angenommen worden.

Nun eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten.

Dr. André Hahn, Linksfraktion.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ablehnung der Linksfraktion.PDS richtet sich nicht gegen die Personen, die in dem Antrag genannt worden sind. Es ist mir wichtig, das festzustellen. Wir halten vielmehr das Verfahren und den Beschluss des Landtages für rechts- und grundgesetzwidrig. Da wir das Verfahren insgesamt ablehnen und als rechtlich nicht haltbar einschätzen, können wir logischerweise auch die Beauftragung gegenüber dem Verfassungsgericht nicht unterstützen.

Das wollte ich für das Protokoll noch einmal festgehalten haben.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5

Für mehr Transparenz und Wettbewerb im sächsischen Schulwesen

Drucksache 4/5115, Antrag der Fraktion der FDP

Die Reihenfolge in der ersten Runde: FDP, CDU, Linksfraktion.PDS, SPD, NPD, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile nun Herrn Herbst das Wort.

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 1,56 Millionen Euro – das ist der Betrag, den der Freistaat im aktuellen Doppelhaushalt in den Aufbau einer Evaluationsagentur zur Qualitätsmessung an sächsischen Schulen investiert. Das ist eine ganze Menge Geld. Wir halten diese Investition trotzdem für gut angelegt.

Wenn wir darüber sprechen, Bildungsqualität zu verbessern, dann bedarf es einer Voraussetzung: Wir müssen wissen, wo wir stehen. Orientierungsarbeiten und auch die Tätigkeit der Evaluationsagentur haben das Ziel, die Qualität an einzelnen Schulen objektiv zu messen.

Transparenz und Vergleichsmöglichkeiten führen natürlich auch zu mehr Wettbewerb. Das halten wir nicht für einen Makel. Das ist nicht falsch, sondern ein sinnvoller Anreiz, über Verbesserungen nachzudenken, um Stärken und Schwächen einschätzen zu können und daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ein Wettbewerb um die beste Schulqualität ist ein Wettbewerb, den wir uns ausdrücklich wünschen. Qualitätskontrolle kann aber langfristig nur funktionieren, wenn Ergebnisse öffentlich und transparent gemacht werden.

Das Kultusministerium will, dass die Ergebnisse des so genannten Schul-TÜVs lediglich an die Kultusverwaltung und die betroffene Schule gehen. Das öffentliche Interesse, das mit Sicherheit groß sein wird, wird damit völlig ignoriert.

(Beifall bei der FDP)

Der Giftschränk des Kultusministeriums ist nach unserer Auffassung der falsche Aufbewahrungsort für die gesamten Evaluationsergebnisse. Das kommt mir vor, als wollte man sich das Herrschaftswissen sichern. Wenn beispielsweise Abgeordnete zu dem Thema etwas sagen wollen, dann wird darauf verwiesen, dass ihnen gar nicht alle

Fakten bekannt sind. Die Öffentlichkeit und auch die Politik gehen folglich leer aus.

Wir sind der Auffassung, dass Eltern, Schüler, Lehrer und auch Schulträger das Recht haben zu erfahren, wo jede einzelne Schule im Leistungsvergleich steht. Wir müssen die öffentliche Debatte darüber nicht fürchten. Ich glaube, wir sollten sie besser als Chance begreifen.

Nun gibt es Argumente, in der Öffentlichkeit könne man mit diesen Ergebnissen nicht umgehen. Es wird das Wort „Pranger“ verwendet. Ich glaube, meine Damen und Herren, das Kultusministerium unterschätzt, wie so oft, die Bürger. Daraus resultiert vielleicht eine gewisse Staatsgläubigkeit. Man ist der Meinung, eine Verwaltung weiß immer alles besser als die Bürger im Lande. Ich glaube, das ist falsch.

(Beifall bei der FDP und der Abg.
Andrea Roth, Linksfraktion.PDS)

Die Diskussion um die Pisa-Ergebnisse hat gezeigt, was es bringt, Transparenz zu schaffen, und welche Bewegung es insgesamt im Schulsystem gab. Wir dachten vorher, wir sitzen ganz oben auf dem Bildungsolymp und niemand kann uns etwas anhaben. Das Ergebnis war eher ernüchternd. Das hat das Land aufgerüttelt. Ich traue den Sachsen zu – das sind findige Bürger –, dass sie die richtigen Schlüsse aus den Ergebnissen eines Schul-TÜVs ziehen können.

Nun sagen Sie, eine Veröffentlichung wäre schlecht, solange wir über Schulstandorte sprechen. Ich glaube, es wäre überhaupt nicht schlecht. Denn wir müssen doch ein hohes Interesse daran haben, qualitativ gute Schulen zu erhalten. Vielleicht ist es auch besser, wenn Qualität die Richtschnur für die Anmeldung von Schülern ist und nicht nur die Werbekünste der einen oder anderen Schule.

Meine Damen und Herren! Haben wir Mut! Trauen wir unseren Bürgern mal etwas zu! Veröffentlichen wir die Ergebnisse! Ich glaube, das bringt uns alle voran.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die einreichende Fraktion. – Die CDU-Fraktion?

(Der Abg. Lars Rohwer, CDU,
geht zum Rednerpult.)

Das ist Herr Colditz in anderer Gestalt.

(Heiterkeit bei der CDU)

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Das ist zu viel der Ehre.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Colditz war gemeldet.

Lars Rohwer, CDU: Ich darf meinen Kollegen Thomas Colditz entschuldigen. Er kann heute leider nicht hier sein.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Antrag bietet die Möglichkeit, für die weitere Qualitätssicherung und Entwicklung unseres Schulsystems auch parlamentarisch erneut ins Gespräch zu kommen. Die seitens des Kultusministeriums zukünftig vorgesehene Evaluation – ein schwieriges Wort, das man immer langsam aussprechen sollte – unterstützen wir voll und ganz. Letztlich wird auch der in der Schulgesetznovelle vorgesehene Einrichtung einer Evaluationsagentur entsprochen. Wir haben die Einrichtung einer Evaluationsagentur bereits im Sächsischen Schulgesetz verankert. So weit zum derzeitigen Stand.

Gleichwohl muss man darauf hinweisen, dass die Idee eines Schul- und Leistungsvergleichs nicht neu ist. Initiativen hierzu gab es bereits in der letzten Legislaturperiode. Ich kann problemlos aus dem damaligen Redebeitrag meines Kollegen Thomas Colditz im Rahmen einer Aktuellen Debatte zitieren: „Wir wollen die Entwicklung eines Berichtswesens, das a) die Schulentwicklung der einzelnen Schulen vor Ort, einschließlich der vielfältigen Einflussfaktoren, analysiert und bewertet; b) daraus abgeleitet und anhand objektiver Leistungsparameter belegt, geht es um einen transparenten Vergleich zur Qualitäts- und Leistungsentwicklung der einzelnen Schulen untereinander und damit quasi um die Anregung eines selbstlernenden Systems. Dabei sind die jetzt möglichen und angedachten vergleichenden Darstellungen natürlich als Einstiegsphase für eine weiterführende qualifizierende Betrachtung zu sehen, in der die Schulverwaltung gefordert ist, Schulentwicklungsprozesse komplexer zu analysieren. Aber auch positive Erfahrungen auf der örtlichen Ebene sollen dabei im Sinne eines Qualitätsbegriffes verallgemeinert werden.“

Auf die damals geäußerte Kritik, dass nur die Abschlussnoten des Abiturs berücksichtigt wurden, wird jetzt reagiert. Nunmehr werden die Leistungskriterien komplexer analysiert. Grundsätzlich ändert sich nichts an der Tatsache, dass intern bewertende und analysierende Vergleiche für unser Schulsystem von Bedeutung sind. Insofern kann diese Betrachtung, wie in der Vergangenheit leider passiert, nicht verteufelt werden, denn:

Erstens bietet sie die Grundlage für die vertiefte Diskussion um die Qualifizierung des angestrebten Berichtswesens.

Zweitens ist davon auszugehen, dass vergleichende Leistungsbetrachtungen ohnehin bereits im internationalen Maßstab stattfinden. Diese auf die nationale Sicht bis zur Betrachtung einzelner Schulen herunterzubrechen ist konsequent, macht Sinn und erhöht die Transparenz der Betrachtung.

Drittens wollen wir, wie gesagt, bei der Beförderung der Qualitäts- und Leistungsentwicklung von Schulen die Bewertungskriterien im Sinne des Qualitätsbegriffes anreichern und uns nicht allein auf den Vergleich von erzielten Abschlussnoten stützen.

Im Blick auf das bisher Gesagte können wir den Intentionen des vorliegenden Antrages und damit der Schaffung von Transparenz und Wettbewerb im sächsischen Schulwesen grundsätzlich zustimmen. Gleichwohl erscheint im Blick auf den aktuellen Entwicklungsstand der Evaluationsagentur eine Zustimmung zum vorliegenden Wortlaut nicht möglich, denn Zweck der Untersuchungen soll eben gerade kein Schulranking sein.

(Beifall der Abg. Cornelia Falken,
Linksfraktion.PDS)

Jede Schule soll vielmehr eine Hilfe zur Verbesserung ihrer Arbeit erhalten und dazu angehalten werden, mit den Ergebnissen der Evaluation eigenverantwortlich umzugehen.

Wir benötigen eine möglichst breite Akzeptanz für die internen Evaluationsvorhaben und den weiteren Aufbau der Agentur. Eine Veröffentlichung von Berichten, die derzeit ohnehin nicht flächendeckend vorliegen, würde dem entgegenwirken. Die Einrichtung einer sächsischen Evaluationsagentur ist ein wichtiger und vor allem richtiger Schritt für eine weitere Verbesserung der sächsischen Unterrichtsqualität. Damit bekommen wir eine objektive Grundlage zur Bewertung des Unterrichts in der jeweiligen Schule.

Wer sich darüber genauer informieren möchte, den lade ich von dieser Stelle aus ganz herzlich zu einem Bildungsforum ein, das am kommenden Mittwoch im Evangelischen Kreuzgymnasium stattfindet und auf dem die Geschäftsführerin der Evaluationsagentur Rede und Antwort stehen wird über die erste Situation der Evaluation, also die Erprobung. Der Staatssekretär wird auch einiges dazu sagen und dann, denke ich, können wir auf der Grundlage dieses Wissens erfolgreich weiter diskutieren.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und des
Staatsministers Steffen Flath)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die Linksfraktion.PDS schickt Frau Falken ins Rennen.

Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ihrem Antrag fordern Sie, liebe Kollegen der FDP, die Veröffentlichung der Ergebnisse des Schul-TÜVs sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse von Vergleichstests – wobei ich nicht weiß, welche Sie damit meinen – und der Orientierungsarbeiten, um die Qualität der einzelnen Schule genau messen zu können.

Grundsätzlich – das möchte ich vorausschicken – sind auch wir in der Linksfraktion.PDS der Auffassung, dass Daten, die im Freistaat Sachsen erfasst werden, veröffentlicht und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Aber worüber sprechen wir hier eigentlich? Dieses sensible Thema in der Schule müssen wir etwas genauer betrachten. Schul-TÜV – ich frage Sie hier im Landtag; ich traue mich gar nicht, jemanden anzusprechen –, was ist das eigentlich? Was verstehen wir darunter und wie sind die Aufgaben und Zielstellungen eines Schul-TÜVs?

Wir in diesem Sächsischen Landtag haben dazu bisher keine offiziellen Informationen durch den Kultusminister erhalten. Nein, es gibt eine Information – Herr Herbst hat sie bereits dargestellt –, denn wir haben in dem derzeit existierenden Doppelhaushalt richtig viele Mittel dafür eingestellt. Das halten wir für notwendig und richtig; denn auch wir sind der Auffassung, eine Evaluationsagentur soll und muss Schule evaluieren.

Ich möchte die Zahlen aber trotzdem nennen, weil ich sie schon für sehr wichtig halte: Für das Jahr 2005 wurden 586 000 Euro eingestellt, für das Jahr 2006 900 000 Euro. Dazu wurden Stellen aus dem Lehrerbereich – nämlich zirka 20 – in den Stellenbereich des Kultusministeriums umgewandelt, also aus der Schule heraus ins Ministerium.

Was passiert aber nun mit und durch die Evaluationsagentur? Wir wissen nicht, wie sie wirklich zusammengesetzt ist, wie Ziele, Aufgaben und Inhalte durchgeführt werden und mit welchen Inhalten die Schulen evaluiert werden sollen. Ich habe gehört, dass im sächsischen Bildungsrat sehr oberflächlich Informationen mitgeteilt worden sind. Nun wissen wir alle, dass wir als Landtagsabgeordnete natürlich gern Informationen vom Hörensagen aufnehmen und diese gern verwenden.

(Martin Dulig, SPD: Ach so?!)

Trotzdem bin ich der Auffassung: Bei einem so wichtigen Thema ist es schon notwendig – wenn wir unsere Aufgaben als Landtagsabgeordnete ernst nehmen und diese auch erfüllen wollen –, dass das Staatsministerium umfassend, vollständig und zeitnah – vielleicht fällt jemandem ein, wo die Begriffe herkommen – informiert,

(Beifall der Abg. Andrea Roth, Linksfraktion.PDS)

damit wir unsere Kontrollpflicht und die Einflussnahme, die wir unseren Wählerinnen und Wählern nun einmal schuldig sind, auch wirklich im Bildungsbereich ausüben können.

Ich fordere Sie also auf, Herr Staatsminister, uns Informationen zur Evaluationsagentur zu geben – Zusammensetzung, Zielstellungen, Aufgaben, Evaluierungen an den Schulen. Ich habe gehört, Herr Rohwer – ich weiß es nicht genau –, dass bereits 13 Schulen in der ersten Testphase evaluiert worden sind. Hierzu gehört für mich natürlich, dass wir die Ergebnisse mitgeteilt bekommen. Wenn das heute nicht möglich sein sollte, dann würde ich Sie, Herr Staatsminister, bitten, dass Sie uns im nächsten Schulausschuss umfassend darüber informieren.

Nun aber zu den Orientierungsarbeiten, weil ich denke, dass das ein sehr entscheidender Punkt ist. Orientierungsarbeiten werden verbindlich jeweils im Herbst des Schuljahres geschrieben, und zwar in der Klassenstufe 3 in Deutsch und Mathematik, in den Klassenstufen 6 und 8 in der Mittelschule und im Gymnasium, abgeschwächt auch an den Förderschulen, in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch. Die Note muss nicht in das Fach einfließen; sie ist möglicherweise gar nicht Bestandteil der Note, die am Ende des Schuljahres feststeht. Das ist in der Verwaltungsvorschrift April 2005 klar und deutlich nachzulesen. Stichprobenartig werden dann einige Schulen durch die Regionalschulämter mit ihren Ergebnissen erfasst und das Comenius-Institut erstellt eine sehr allgemeine Auswertung. – Ich habe jetzt Ihren Part übernommen, aber das ist vielleicht auch nicht verkehrt. Diese allgemeine Auswertung steht im Netz. An die Ergebnisse der einzelnen Schule kommt man nur heran, wenn man den Schulschlüssel hat, sonst nicht.

Selbst die Schulen untereinander kennen die Ergebnisse nicht. Diese Orientierungsarbeiten sind dafür gedacht, die Schulen zu orientieren, wie und auf welchem Niveau Arbeiten zusammengestellt und geschrieben werden sollen, um schon im Ansatz einheitliche Bildungsstandards zu erzielen. Diese Vorgehensweise halten wir für richtig. Hier aber wieder eine Frage an den Staatsminister – vielleicht können Sie sie heute beantworten –: Inwieweit ist es möglich oder wird es vielleicht auch praktiziert, die Schülerinnen und Schüler, die an Schulen freier Trägerschaft unterrichtet werden, in diese Orientierungsarbeiten einzubeziehen?

Die Qualität einer Schule kann ich nicht an den Ergebnissen von Orientierungsarbeiten messen. Die Bedingungen und Situationen vor Ort an den Schulen sind viel zu unterschiedlich. Ich bringe Ihnen ein paar ganz einfache Beispiele: Klasse 6 wird im Herbst evaluiert. Die Schülerinnen der 5. Klasse an dieser Schule – ein konkretes Beispiel, ich nenne den Namen nicht – hatten im zweiten Halbjahr der 5. Klasse ein halbes Jahr lang keinen Englischunterricht. In der 6. Klasse schreiben sie im Herbst diese Orientierungsarbeit. Die Wahrscheinlichkeit ist extrem hoch, dass genau diese Schüler an dieser Schule in diesem Schuljahr mit den Ergebnissen nicht so gut dastehen, als wenn sie dieses halbe Jahr Englisch gehabt hätten.

Oder eine 8. Klasse mit einer Klassenstärke von 32 Schülern: Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, dass

die Ergebnisse vielleicht doch ein bisschen besser wären, wenn es 20 Schüler wären. Ich formuliere es vorsichtig, denn das hat etwas mit dem Einzelfall zu tun.

Nun, Herr Herbst, zu Ihrer Kleinen Anfrage zur Bildungsempfehlung. Stellen wir uns einmal vor, Sie hätten ein Kind – Entschuldigung, ich weiß gar nicht, ob Sie eines haben, aber für dieses Beispiel ist es nicht wichtig – und Sie haben jetzt die Übersicht der Bildungsempfehlungen für dieses Schuljahr. Eine Grundschule – 70 % aller Schüler haben eine Bildungsempfehlung für das Gymnasium. In den nächsten drei Jahren gehen 30 % wieder zurück an die Mittelschule und 10 % schaffen das Gymnasium gar nicht. Eine andere Grundschule mit 42 % der Schüler, die an das Gymnasium kommen – und alle schaffen den Abschluss des Gymnasiums.

Ich denke, es wird schwierig, nach diesen Kriterien – wenn ich diese verwenden würde – zu entscheiden, welche davon die bessere Schule ist. Wir haben ein sehr großes Problem, wenn wir nur in diesen Größenordnungen denken.

Noch einmal: Die Qualität einer Schule an den Ergebnissen von Orientierungsarbeiten zu messen ist nicht möglich, ist sogar gefährlich.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Mit den Mitgliedern der Linksfraktion wird es grundsätzlich und in jeder Form ein Schulranking im Freistaat Sachsen nicht geben. Orientierungsarbeiten und Vergleichstests sind dafür geeignet, Probleme und Schwierigkeiten an Schulen zu erkennen und unterstützende Maßnahmen durch die Regionalschulämter und das Kultusministerium einzuleiten, um diese Probleme und Schwierigkeiten schnellstmöglich zu überwinden. An dieser Stelle möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern, die die Orientierungsarbeiten vorbereiten, schreiben lassen und schließlich auswerten, unseren Dank aussprechen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

Das Kultusministerium hat zwar verpflichtend festgelegt, dass diese Arbeiten geschrieben und umfangreich ausgewertet werden; das halte ich auch für richtig. Aber das Kultusministerium lässt – bis auf den Umstand, dass die Arbeiten ins Netz gestellt werden – die Schulen vollständig allein. An der Umsetzung sind sie dann nicht mehr beteiligt.

Noch eine kurze Bemerkung zu unserem Änderungsantrag. Wir haben bereits mit der Beschlussempfehlung vom 14. Juni 2005 einen Bildungsbericht beschlossen. Ich möchte das hier klar benennen. Dieser Bildungsbericht ist sehr umfangreich gefasst. Er beinhaltet, nationale und internationale Vergleiche heranzuziehen, und soll nur einmal in der Legislaturperiode vorgelegt werden. In der Beschlussempfehlung ist nicht einmal mehr ein Zeitpunkt fixiert, so wie im Antrag, sodass es uns passieren könnte – ich hoffe es nicht, Herr Staatsminister –, dass im letzten halben Jahr der Legislaturperiode dieser Bericht vorgelegt

wird und wir im Sächsischen Landtag damit keine Möglichkeit mehr hätten, parlamentarisch darauf einzugehen.

Deshalb sind wir folgender Auffassung – daher unser Änderungsantrag –: Wenn an Schulen jährlich Evaluationen durchgeführt und Orientierungsarbeiten geschrieben werden, dann muss dazu auch jährlich eine Einschätzung erfolgen, damit wir unserer Aufgabe als Parlamentarier gerecht werden können.

Danke.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich rufe die SPD-Fraktion auf. Herr Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag hat zwei Aspekte: Transparenz und Wettbewerb. Ich will zuerst zur Transparenz sprechen; denn dieses Ansinnen des Antrags verwundert doch einigermaßen. Man braucht sich nur einmal den Bildungsserver anzuschauen. In den dortigen Schulporträts der Mittelschulen und Gymnasien findet man immer auch Angaben über verschiedene Schülerleistungen. Wer will, kann sich so ein gutes Bild über eine Schule machen. Deshalb ist der Antrag in dieser Hinsicht überflüssig. Selbstverständlich werden in den Porträts in Zukunft auch relevante Vergleichsergebnisse dokumentiert.

Was soll jetzt die Veröffentlichung von Ergebnissen von Orientierungs- und Vergleichsarbeiten bewirken? Die besten Schulen klopfen sich auf die Schultern und werden auch in Zukunft schwierige Kandidaten möglichst an Förderschulen oder, als Gymnasien, an Mittelschulen abschieben; auch so kann man gute Ergebnisse erreichen. Schulen in sozialen Brennpunkten dagegen werden mit den Schultern zucken. Sie haben aufgrund ihrer Schülerschaft ohnehin keine Chance auf gute Plätze und aufgrund ihrer Elternschaft auch keinen Druck, dass die Schüler vielleicht wegbleiben.

Mit aller Deutlichkeit: Wettbewerb zwischen den Schulen ist eine Fiktion, genauso wie die unbedarfte Vorstellung, Wettbewerb könne die Qualität von Schulen landesweit und nachhaltig verbessern. Die simple Formel „Leistung der Schüler“ gleich „Qualität der Schule“ ist schlicht falsch. Auf dem Weißen Hirsch in Dresden wird eine schlechte Schule wohl bessere Ergebnisse erzielen als eine gute Schule in Dresden-Gorbitz.

(Dr. Monika Runge, Linksfraktion.PDS:
Allerdings!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen doch inzwischen sehr gut, was gute Schulen ausmacht und welche Bedingungen sie brauchen, um Anreize für hohe Qualität zu haben. Zuerst müssen sie Verantwortung für die Bildungsprozesse vor Ort bekommen und damit das Feedback der Betroffenen und Beteiligten erfahren. Sie müssen der Ansprechpartner für Eltern und Schüler sein, ohne auf Verordnungen und Erlasse verweisen zu

können, die Schuld haben an dem, was man tut oder eben nicht tut. Sie brauchen, wenn das Ergebnis nicht stimmt, Unterstützung und keinen Pranger.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

Die erste Unterstützung ist die Hilfe bei der Analyse ihrer Situation. Dazu wird es eine Evaluationsagentur geben. Als Nächstes brauchen sie vielleicht Unterstützung, um ihre Schulentwicklung so gestalten zu können, dass die Probleme überwunden werden.

Sagen Sie mir, was wir angesichts dessen mit den konkreten Ergebnissen von Tests wollen, zumal dabei der sicherlich interessante datenschutzrechtliche Aspekt eine Rolle spielen wird. Wir können Ihren Antrag nur ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Die NPD-Fraktion hat auf ihren Redebeitrag verzichtet.

(Beifall des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Also bitte ich Frau Astrid Günther-Schmidt, für die GRÜNEN das Wort zu nehmen.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat von Anfang an die Einführung eines so genannten Schul-TÜVs begrüßt. Mit dem Schul-TÜV wird ein professionelles Qualitätsmanagement nach feststehenden Kriterien ermöglicht: Qualität des Unterrichts, Schulklima, Prüfungsergebnisse, Anzahl und Anteil von Sitzbleibern, Förderung leistungsstarker und leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler, Stand der Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Damit werden die Schulen in ihren pädagogischen Leistungen objektiv vergleichbar.

Aus den Ergebnissen müssen jedoch auch Konsequenzen gezogen werden. Auf positive Ergebnisse kann aufgebaut werden; diese können für andere Schulen beispielgebend sein. Suboptimale Resultate müssen Anlass zum Umsteuern sein. Es geht nicht darum, jemanden an den Pranger zu stellen, sondern darum, konsequent Fehler aufzudecken, Schwachstellen zu erkennen und sich vonseiten der Kultusbürokratie zu bemühen, helfend einzuwirken.

(Zuruf des Staatsministers Steffen Flath)

– Herr Kultusminister, natürlich sind Bürokraten in der Bürokratie beschäftigt, und Sie sind der oberste Chef unserer Kultusbürokratie.

(Heiterkeit)

Ich unterstelle Ihnen aber wohlwollend, dass Sie diese zwei Anforderungen, nämlich positive Ergebnisse aufzugreifen und auszubauen und negative Ergebnisse zum Anlass für Verbesserungen zu nehmen, erfüllen und ein waches Auge darauf haben werden.

Für mich ist die Frage interessant: Was machen Sie mit dem Schul-TÜV, wenn er quasi im Giftschränk Ihres

Hauses stecken bleibt? Ich wünsche, dass die Ergebnisse öffentlich gemacht werden; denn sie sind ein deutliches Wettbewerbskriterium für Eltern und Schüler, wenn es darum geht, die richtige Schule auszuwählen. Ich fordere Sie daher auf, die Ergebnisse zu veröffentlichen und es nicht den jeweiligen Schulleitungen anheim zu stellen, was sie mit den Ergebnissen tun wollen. Weigern Sie sich, sind Sie wie ein TÜV-Sachverständiger, der nach erfolgreicher Hauptuntersuchung keine TÜV-Plakette auf das Auto kleben will. Auf den Protest würden Sie antworten: Fahren Sie am besten auch bei Nacht ohne Licht! Dann merkt es keiner. – Herr Flath, so geht das nicht! Wir erkennen sehr wohl, was Sie vorhaben. Deshalb unterstützen wir den FDP-Antrag.

(Beifall der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE, und bei der FDP)

Zum Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS. Ich kann dessen Sinnhaftigkeit nicht erkennen. Wir haben am 10.06.2005 im Ausschuss für Schule und Sport einen Antrag meiner Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf Erstellung eines Sächsischen Bildungsberichts behandelt. Er sollte einmal zur Mitte der Legislaturperiode veröffentlicht werden. Das hatte insofern Sinn, als wir natürlich wollten, dass der 4. Landtag darüber befinden kann. Ich fand es damals von der CDU sehr fortschrittlich, dass sie sich darauf eingelassen hat, mit der SPD einen Änderungsantrag zu formulieren, der unser Anliegen aufnimmt, aber bestimmte Abstriche macht, was zum Beispiel die Einbeziehung von Hochschulen und Kindertagesstätten anbelangt. Ich bin der Meinung, dass wir damit ihr Anliegen zu einem großen Teil erfüllt haben. Deshalb kann ich nicht erkennen, warum die Linksfraktion.PDS einen solchen Antrag noch einmal auflegt. Vielleicht bekomme ich das in der Antragsbegründung noch erklärt. Dann werde ich mein Abstimmungsverhalten daran ausrichten.

Zu Herrn Rohwer hatte ich vorhin schon gesagt: Gleiches Recht für alle. Ich würde auch gern auf eine Veranstaltung aufmerksam machen. Ich lade Sie ganz herzlich ein, morgen nach Leipzig zu kommen. Um 10 Uhr beginnt „Eine Schule für alle“. Da lernen Sie, wie Schule gut gemacht werden kann.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Das war die erste Runde der Abgeordneten. Gibt es seitens der Fraktionen weiteren Aussprachebedarf? – Nein. Herr Staatsminister, bitte, der Kavalier des Tages.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war jetzt vergleichsweise überrascht, dass ich schon dran bin. Deshalb will ich mich bemühen, bei den Themen, die hier angeführt wurden, schnell auf den Punkt zu kommen. Ich denke, wir sind uns einig – ich bin für Transparenz. Das ist sehr wichtig. Wir sind in Sachsen, was das Schulport-

rät betrifft, Vorreiter in Deutschland. Natürlich kann man auch dort ständig Dinge verbessern, gar keine Frage. Ich will dazu aufrufen, insbesondere wenn sich Eltern informieren wollen, für welche Schule sie sich entscheiden sollen, diese Angebote im Internet zu nutzen.

Zum Wettbewerb, Herr Herbst. Wettbewerb ist zunächst ein durchschlagendes Argument. Wer kann schon gegen Wettbewerb sein? So wie in der Wirtschaft ist beim Wettbewerb auf Wettbewerbsgleichheit zu achten. Dort beginnt das Problem. Wir haben in Sachsen Wettbewerb – ich habe das bei verschiedenen Anlässen positiv angemerkt –, zum Beispiel durch das Zulassen von Privatschulen. Beim Vergleichen der Ergebnisse ist immer zu berücksichtigen, dass Privatschulen im Vorteil sind. Sie haben ganz andere Möglichkeiten, was das Arbeitsrecht betrifft. Sie haben ganz andere Möglichkeiten bei der Auswahl von Schülern. Eine öffentliche Schule hat Schüler, wenn die Eltern das wollen, aufzunehmen. Sie kann nicht in dem Maße auswählen. Das bedeutet eine gewisse Wettbewerbsverzerrung. Dennoch, habe ich immer gesagt, haben die Privatschulen sehr viel dazu beigetragen, dass ganz unterschiedliche Modelle in Sachsen ausprobiert wurden, und damit die Schulentwicklung bereichert.

Eine andere Sache ist, dass Wettbewerb teilweise ziemlich mörderisch stattfindet, nämlich dort, wo es darum geht, welche Schule den gegenwärtigen Anpassungsprozess überlebt. Ich bin der Meinung, dort haben wir nicht zu wenig Wettbewerb, sondern mir ist das ein bisschen zu viel Wettbewerb. Was mancherorts im Kampf um einzelne Schüler stattfindet, ist inzwischen hart an der Grenze der Zulässigkeit. Deshalb bitte ich Sie um Unterstützung für mein Bestreben, das Schulnetz möglichst rasch anzupassen, damit dieser mörderische Wettbewerb um jeden einzelnen Schüler hoffentlich bald der Vergangenheit angehört.

Die FDP-Fraktion führt im Zusammenhang mit Wettbewerb die Orientierungsarbeiten an. Ich glaube, diese sind gänzlich ungeeignet dafür. Heute hat es eine große Übereinstimmung zu dem gegeben, was Frau Falken vorgetragen hat. Bei Orientierungsarbeiten geht es nicht darum, dass Herr Herbst oder das Parlament sich orientiert, sondern sie sind eine Hilfestellung für Schulen, sich selbst im Entwicklungsstand landesweit einzuordnen. Deshalb ist es richtig, wie wir es machen, dass wir insgesamt die Ergebnisse nun auch nicht geheim halten, aber es hat wenig Sinn – ich sehe überhaupt keinen Vorteil, was es bringen sollte –, die Ergebnisse einzelner Schulen zu veröffentlichen.

Sie haben die Evaluationsagentur angesprochen. Dazu haben wir Übereinstimmung im Hohen Hause und das steht auch im Haushaltsplan. Sie ist eingerichtet und meines Wissens haben in einer ersten Erprobungsphase neun Schulen teilgenommen. Frau Falken, Sie sprachen von 13 Schulen. Dort haben wir von Anfang an nicht etwa auf Geheimniskrämerei gesetzt, sondern es hat eine gewisse Öffentlichkeitsarbeit sowohl durch Schulen als

auch durch die Evaluationsagentur gegeben, aber nicht schulkonkret. Nun gehen wir in die nächste Phase. Im nächsten Schuljahr werden etwa 50 Schulen überprüft. Anschließend wollen wir es zur Pflicht machen, dass sich alle Schulen im Abstand von etwa fünf Jahren einmal durch den so genannten Schul-TÜV einer Überprüfung unterziehen.

Ich habe in diesem Prozess gelernt, dass es außerordentlich wichtig für die Qualitätsentwicklung an der Schule ist, dass Vertrauen besteht. Mit Vertrauen muss man sehr behutsam umgehen, damit es überhaupt erst entstehen kann. Eine Schule darf nicht übermäßig Angst vor der Überprüfung haben. Sie muss es als Unterstützungssystem begreifen; denn nur dann wird es dazu führen, dass tatsächlich ganz offen über festgestellte Mängel gesprochen und vor allen Dingen ganz offen an der Schule daran gearbeitet wird, diese Mängel Schritt für Schritt zu beseitigen.

Das ist eine andere Richtung als die, die Sie verfolgen. Sie sagen, das Ergebnis muss sofort veröffentlicht werden. Wir sind jetzt in der Anfangsphase dieses Systems. Später kann man darüber diskutieren, aber jetzt halte ich es durchaus für richtig, wie wir herangehen. Wir sagen, diese Ergebnisse stehen der Schule zu. Wenn ich im Bild von Frau Günther-Schmidt bleibe, bedeutet das, dass Sie, Herr Herbst, beim TÜV vorfahren müssen, und dann weiß ich nicht, was Sie davon halten, wenn Sie selbst das Ergebnis noch gar nicht haben, aber am nächsten Tag in der „Morgenpost“ lesen, was an Ihrem Auto so alles festgestellt wurde. Auch dort erwarten Sie, dass Sie die Mitteilung bekommen und die Chance haben, die Mängel zu beseitigen. Anschließend bekommen Sie eine Plakette und dann ist es okay. Ob das Bild in allen Fällen passt, weiß ich nicht.

Wir gehen diesen Weg zur Qualitätsentwicklung an unseren Schulen. Ich bin mir selbstverständlich der Verantwortung bewusst, auch was das Informationsrecht der einzelnen Abgeordneten betrifft. Die Möglichkeiten im Ausschuss sind sehr groß. Wir können dort über die einzelnen ersten Erkenntnisse berichten. Ich bitte Sie um Verständnis für den Weg einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Einzelschule zur Stärkung der Eigenverantwortung der Schule. Die „Kunden“ des Systems – die sehe ich in den Eltern und den Kindern – werden davon nicht ausgeschlossen. Es ist ausdrücklich erwünscht, dass die Ergebnisse aus einer Evaluation in der Schulkonferenz, in Elternabenden diskutiert werden, damit die Schule selbst daran arbeiten kann, ihre Stärken ruhig nach außen zu präsentieren, aber an den Schwächen zu arbeiten und diese Schritt für Schritt zu beseitigen. Ich denke, das ist ein Erfolg versprechender Weg.

Ich bedanke mich für die konstruktive Diskussion.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Ergibt sich aufgrund der Ausführungen des

Ministers noch einmal Aussprachebedarf? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte Herrn Herbst um das Schlusswort.

Torsten Herbst, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben eine interessante Diskussion erlebt. Im Grunde genommen sind alle für Transparenz; beim Wettbewerb wird es schon ein bisschen anders. In der Praxis traut man den Menschen wenig zu. Es gibt andere Länder, die sich trauen. Auch in den Niederlanden hat eine ähnliche Diskussion stattgefunden. Man hat am Ende im Parlament beschlossen, das zu veröffentlichen. Ich glaube nicht, dass die Sachsen weniger schlau sind und weniger Urteilsvermögen haben als die niederländischen Kollegen. Ich glaube, wir können damit umgehen.

Und, lieber Martin Dulig, es ist schon ein Unterschied, ob man von einem Schulporträt, was in Eigenverantwortung erstellt wird, oder von einer externen Evaluation spricht. Dort ist eine objektive Qualitätsmessung erfolgt, während das eigene Porträt dadurch, wie man sich darstellt, entsprechend beeinflusst wird. Natürlich gibt es unterschiedliche Voraussetzungen von Schulen, auch in der Zusammensetzung von Klassen, nur das gibt es bei jedem Wettbewerb. Wenn Sie zum Beispiel die Leistung von Polizeirevieren vergleichen, gibt es auch Merkmale, wie dichter oder dünner besiedelte Regionen. Wenn man Hochschulen vergleichen will, gibt es eine unterschiedliche Zusammensetzung der Studentenschaft. Das ist überall so, wo wir Vergleiche anstellen.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, dass die Leute damit umgehen können. Vielleicht haben wir hier auch ein anderes Weltbild. Mag sein, dass die GRÜNEN und wir den Bürgern mehr Urteilsvermögen zutrauen. Sie dagegen sagen, wir müssen die Bürger vor der Wahrheit schützen. Wir sind da anderer Auffassung. Wir glauben, wir können Ihnen die Wahrheit zutrauen. Stimmen Sie unserem Antrag einfach zu!

Danke schön.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war das Schlusswort. Ich habe die Hoffnung, dass Frau Falken den Änderungsantrag schon begründet hat. – Nein.

(Rita Henke, CDU: Doch!)

Frau Falken, Sie haben das Wort. Ich hatte das so herausgehört.

Cornelia Falken, Linksfraktion.PDS: Es ist nicht ganz so, zumal Frau Günther-Schmidt noch eine Frage gestellt hat. Ich möchte schon darauf antworten. Ich muss auch noch eine kleine Korrektur in dem Antrag vornehmen. Das würde ich noch gern beantragen wollen.

Erstens. Frau Günther-Schmidt, wir stehen nach wie vor zu dem Antrag, dem wir damals als Fraktion wirklich zu 100 % zugestimmt haben, dass es einen Sächsischen Bildungsbericht in dieser Legislaturperiode geben soll,

der auch in dem Umfang, wie es in Ihrem Antrag dargestellt worden ist, durchgeführt werden soll und muss.

Das Problem, das wir sehen, ist jedoch, dass in der Beschlussempfehlung – ich habe es mir gestern extra noch einmal herausgesucht – nicht mehr fixiert ist, wann das passieren soll. Wir haben die große Befürchtung – ich sage es so direkt; das kann man vielleicht auch noch einmal in einem Antrag in der nächsten Zeit fixieren –, dass wir einen Sächsischen Bildungsbericht im letzten halben Jahr der Legislaturperiode erhalten. Damit ist uns nicht mehr geholfen, denn wir wollen ja, nachdem wir den Bericht haben, schauen, wo wir noch Einfluss nehmen können und müssen. Das wäre uns dann eigentlich nicht mehr gegeben, weil die Zeit und die Frist schon vorbei sind. Das ist für uns der Grund.

Wir denken auch, dass ein Bericht zur Evaluation, die durchgeführt werden wird – wir haben es heute gehört, zum Teil auch schon durchgeführt worden ist –, wichtig ist, und zwar ein Bericht, der in der Gesamtschau dieser Evaluation veröffentlicht werden sollte; nicht der Einzelbericht der einzelnen Schule, der sollte ausdrücklich nicht veröffentlicht werden, sondern dass der Einzelbericht der einzelnen Schule den Landtagsabgeordneten zur Verfügung gestellt wird, möglicherweise nur denen, die im Schulausschuss sitzen, damit wir die Möglichkeit haben, parlamentarisch für die einzelne Schule eine besondere Veränderung zu beantragen.

Wir gehen noch einen Schritt weiter. Deshalb werden wir uns heute bei dem Antrag der FDP enthalten. Wir meinen, die Schulkonferenzen, die sagen, wir möchten unseren Bericht veröffentlicht haben, sollten auch die Möglichkeit haben, diesen Bericht zu veröffentlichen. Diese Entscheidung sollte also der einzelnen Schule überlassen werden.

Ich muss noch eine Korrektur vornehmen, die ich jetzt beantragen möchte. In unserem Änderungsantrag im ersten Punkt steht in der ersten Zeile „Bildungsbericht“. Da dieser Begriff nun schon durch den Antrag der GRÜNEN vom vergangenen Jahr belegt ist, möchte ich beantragen, den Begriff „Bildungsbericht“ durch den Begriff „Evaluationsbericht“ zu ersetzen, damit wir eine klare Trennung haben. Das ist sonst sicher nicht optimal.

(Rita Henke, CDU: Wunderbar!)

Gut, danke.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine Damen und Herren! Sie haben den Änderungsantrag vorgetragen bekommen. Gibt es daraufhin Aussprachebedarf? – Herr Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Herr Präsident, ich kann es ganz kurz machen. Die Forderung der Linksfraktion.PDS geht hinter unser Anliegen zurück. Sie würde das Herrschaftswissen auf die Landtagsabgeordneten ausweiten, aber nicht auf die breite Öffentlichkeit. Ich denke, die Bürger sollten sich eine Meinung bilden können, nicht nur die Mitglieder des Schulausschusses, nicht nur die Landtags-

abgeordneten. Deshalb lehnen wir diesen Änderungsantrag ab.

(Beifall bei der FDP)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Weiterer Ausdrucksbedarf? – Herr Rohwer.

Lars Rohwer, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für meine Fraktion sagen, dass wir diesen Änderungsantrag ablehnen. Das hat einfach den Hintergrund, dass die Evaluationsagentur, wie eben vom Staatsminister ausgeführt, noch in der Aufbauphase ist. Es liegen erst einige wenige Berichte vor. Es ist auch nicht vorgesehen, dass nun jede Schule jedes Jahr evaluiert wird, sondern, wenn ich richtig informiert bin, aller sieben Jahre. Dadurch erreichen wir einen Prozess, bei dem jede Schule drankommt. In der Zwischenzeit kann in den Schulen jeweils die Umsetzung stattfinden.

Wir halten es für wichtig, dass die Schulen lernen, mit diesen Evaluationsberichten, mit diesen Ergebnissen umzugehen, diese auszuwerten, daraus ihre Lehren zu ziehen und im jeweiligen Handeln die Dinge zu ändern.

Deswegen halten wir einen Bericht dieser Art, wie hier vorgeschlagen, für nicht zielführend.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Weitere Aussprache dazu? – Dies ist nicht der Fall, stelle ich fest. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wir beginnen mit dem Änderungsantrag, da er alternativ gestellt ist. Ich rufe den Änderungsantrag der Linksfraktion.PDS mit der Drucksachenummer 4/5226 auf. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Und die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen und einer größeren Anzahl von Jastimmen ist er mit übergroßer Mehrheit abgelehnt worden.

Wir kommen zum Originalantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachenummer 4/5115. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Und die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer größeren Anzahl von Jastimmen und einigen Enthaltungen ist er ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgearbeitet.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

Förderung von Frauen in der Wissenschaft intensivieren

Drucksache 4/5102, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die einreichende Fraktion beginnt traditionell; die Fraktionsvorsitzende, Frau Hermenau, bitte. Danach die gewohnte Reihenfolge.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Frau Ludwig, Sie haben am 9. Mai, das ist noch gar nicht lange her, gesagt und in der Presse öffentlich gemacht: „Weiblich, intelligent, selbstbewusst mit geringer Aussicht auf eine Professur, und wenn man einen Blick an die Spitze der Bildungspyramide tätete, dann zwänge das zum Handeln.“ Das waren Ihre presseöffentlichen Auskünfte.

Frau Orosz, Ihre Ministerkollegin, hat in der letzten Plenardebatte im April eine Regierungserklärung abgegeben – Sie sind da, wie ich sehe –, in der es um ein familienfreundliches Sachsen ging. Zu Akademikerinnen im Speziellen haben Sie wenig gesagt. Wir haben Ihnen damals erklärt, dass wir das Gesprächsangebot, das Sie mit der Regierungserklärung in unseren Augen gemacht haben, aufnehmen wollen. Heute kommt eben der erste Antrag in die entsprechende Richtung.

Sie wissen, dass ich auch Mitglied der Enquete-Kommission Demografie bin. Eine der wesentlichsten und schwierigsten Fragen, die es auch zu bearbeiten gelten wird, ist die der Abwanderung hoch qualifizierter junger Frauen aus Sachsen. Das sind nicht nur, wie manche CDU-Kollegen immer so nett sagen, potenzielle Mütter, die da verloren gehen, sondern sind auch Akademiker, die da verloren gehen. Beides wird Sachsen in

Zukunft brauchen. Also müssen wir uns Gedanken machen, wie man diesen Trend vielleicht stoppen, wenn man ihn nicht umkehren kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der Linksfraktion.PDS)

Diesem Ziel dient unser heute eingebrachter Antrag. Ich weiß, dass es vielleicht nicht so einfach ist, uns mit NRW zu vergleichen. Aber da habe ich die Zahlenbasis. In Sachsen ist es traditionell leicht anders, aber wir werden Angleichungstendenzen an den Westen haben.

Ich habe mir einmal die NRW-Zahlen, die leicht zugänglich gewesen sind, herausgesucht. Da gab es eine Umfrage unter 22 000 Doktoranden, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Juniorprofessoren, Habilitanden. 73 % sind ohne Kinder; bei den Frauen 78 %, bei den Männern 70 %. Denken Sie ja nicht, das wäre nur ein Frauenproblem; die Männer kommen manchmal noch mit dem Spruch: vielleicht später!

In der Altersgruppe der 37- bis 42-Jährigen, also im Prinzip so ziemlich der letzten Möglichkeit für Frauen, noch Kinder zu bekommen, sind immerhin 58 % der Frauen und 50 % der Männer ohne Kinder. Nun können sich die Männer vielleicht immer noch trösten, mit 50 oder 60 Jahren Vater zu werden. Aber im Prinzip heißt das, dass Kinderlosigkeit das Berufsrisiko von Akademikern und Akademikerinnen ist. Die Alma mater ist in dieser Frage offensichtlich eine Rabenmutter und die

Frauen haben sich zu entscheiden zwischen C 4 ohne und Hartz IV mit Kind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Aus diesem Grund haben wir hier einen Antrag vorgelegt, der vier konkrete Vorschläge unterbreitet, wie sich Sachen dieses Problems annehmen könnte. Das sind Vorschläge, das wissen Sie. Wir beharren nie auf einer Eins-zu-eins-Umsetzung unserer Ideen. Aber lassen Sie sich anregen.

Dabei geht es natürlich auch um die Frage, die wir schon einmal in diesem Landtag gestellt haben, von Wiedereinstiegsprogrammen für Frauen, die ihre Habilitation oder Promotion wegen einer Babypause unterbrechen mussten. Die Frage ist wesentlich. Damals ist der Titel entfallen im Jahre 2004. Es sind Anträge in 2004 und 2005 abgelehnt worden, weil keine Möglichkeiten mehr da waren. Es gab dann eine Förderrichtlinie, die das ein bisschen ersetzen sollte, sie hat es aber nicht wirklich hinbekommen. Es sind wieder Anfragen abgelehnt worden. Nach meinem Dafürhalten muss man einen neuen Titel einführen.

Wir haben auch vorgeschlagen, dass man zum Beispiel das Hochschul- und Wissenschaftsprogramm anschaut. Es gibt dort einen Bestandteil – der heißt Chancengleichheit für Frauen in der Forschung und in der Wissenschaft –, bei dem es darum geht, eine Qualifizierung bis zur Professur zu erreichen.

Wir haben vorgeschlagen, sich die Programme der Hertie-Stiftung und der Deutschen Forschungsgemeinschaft anzuschauen. Dort geht es darum, dass man versucht, ein Prekariat zu vermeiden. Das ist der neue Fachbegriff dafür, dass angehende Akademiker, solange sie nicht fest angestellt sind, in außerordentlich prekären Einkommensverhältnissen leben müssen, und natürlich behindert auch das eine Familienphase.

Manchmal dauert es bis zu zwölf Jahre nach dem akademischen Abschluss, bis sie überhaupt in eine feste Stelle im Hochschulbereich kommen. Also muss man sich überlegen, wie man damit umgeht. Die Hertie-Stiftung und die Deutsche Forschungsgemeinschaft haben Vorschläge gemacht, wie man es schaffen kann, dass die Qualifikationsphase und die Familiengründungsphase glücklich zusammenfallen und nicht unglücklich, wie ich es gerade geschildert habe. Sie bieten zum Beispiel Beratungen zu einer familienbewussten Personalpolitik an den Hochschulen an.

Wir haben vorgeschlagen, sich ein Beispiel an der ETH Zürich zu nehmen, die ein Dual-Career-Program aufgelegt hat bzw. einen Dual-Career-Service. Sie schaffen es, die Vereinbarkeit von Kindern und Berufen in der Wissenschaft auch wirklich herzustellen, und zwar, indem sie den Partnern von Professoren oder Professorinnen, die an der ETH anfangen – immerhin die Hälfte ihrer Neuzugänge kommt aus dem Ausland –, ebenfalls eine Stelle vermitteln, meistens nicht an der ETH, aber eine vernünftige Arbeitsstelle in Zürich oder im Umland.

Das haben sie drei Jahre ausprobiert. Mittlerweile ist dieser Dual-Career-Service ein Grundauftrag der ETH. Er ist beim Präsidenten angesiedelt, damit schon in der Berufungsphase darauf gesehen werden kann, wie man damit umgeht. Es hat sich als ein echter Wettbewerbsvorteil bei der Rekrutierung von Wissenschaftlern, und zwar von exzellenten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, erwiesen.

Aus diesem Grunde haben wir alle diesen Antrag eingebracht. Wir sprechen nicht von Millionenbeträgen, in keiner Weise, sondern es sind kleinere Beträge, die unter einer Million liegen. Es wäre mein Wunsch, dass Sie, Frau Orosz, und Sie, Frau Ludwig, sich dieser Gedankengänge annehmen. Die Haushaltsverhandlungen in der Regierung laufen jetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der Linksfraktion.PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Schöne-Firmenich spricht für die CDU-Fraktion.

Iris Schöne-Firmenich, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Gestern stand auf der Titelseite der „F.A.Z.“ ein Artikel über Kinder und Karriere unter der Überschrift „Es muss passen“. Ich möchte aus diesem kurz zitieren: „Wissenschaftler, Wirtschaftsführer und Politiker sind sich darin einig, dass Wohlstand und das Überleben der Sozialsysteme westlicher Industrienationen in hohem Maße von den Frauen abhängig werden, von ihrer Mitentscheidung, eine Familie zu gründen, ebenso wie von ihrer Bereitschaft, einen Beruf auszuüben, weil eine Gesellschaft ohne Kinder die Zukunft verspielt und weil die weibliche Präsenz am Arbeitsmarkt zu Wachstum führt und Fachkräfte und Beitragszahler bringt.“

(Beifall bei der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Was immer schon bekannt war, aber gern heruntergespielt wurde – dass nämlich Frauen die besseren Zeugnisse und Studienabschlüsse vorlegen können –, zeitigt schon jetzt erstmals Konsequenzen in der Wirtschaft. Frauen sind innovativ und übernehmen gern und mit immer größerem Erfolg Führungspositionen, nicht nur als Kanzlerin.

(Beifall bei der CDU, der FDP und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

„Dass Frauen heute die wichtigste Antriebskraft der globalen Wirtschaft sind“, wie es der „Economist“ schrieb, „und weibliche Fähigkeiten insbesondere in der Wissensgesellschaft gefragt sind, damit tut man sich in Deutschland offenbar noch schwer.“ – So weit das Zitat. Aufgrund der Demografie wird eingeschätzt, dass im Jahr 2020 etwa vier Millionen Arbeitskräfte fehlen werden. Diese Zahlen können wir uns angesichts unserer heutigen hohen Arbeitslosigkeit kaum vorstellen. Trotzdem ist die Unterstützung von Frauen beim Einstieg in Beruf und Karriere kein Zugeständnis an Feministinnen. Meine Damen und Herren, es ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Wir wollen nicht, dass sich junge Frauen zwischen Kind und Karriere entscheiden müssen. Nein, wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Kind und Karriere gut miteinander verbinden lassen. Aus diesen Gründen tragen wir als Koalition das Anliegen Ihres Antrages, Frau Hermenau, nämlich junge Akademikerinnen auf ihrem Weg zu einer wissenschaftlichen Karriere zu unterstützen, im Grundsatz mit. Er hat nur einen Schönheitsfehler: Er zielt auf die Festlegung bestimmter finanzieller Mittel zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft im Doppelhaushalt 2007/2008 und greift damit den Haushaltsverhandlungen vor. Das betrifft in erster Linie die ersten beiden Punkte Ihres Antrages. Die Unterstützung mit Stipendien für Professuren und Habilitationen ist wichtig und sinnvoll. Das Wiedereinstiegsprogramm für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist ein gutes Instrument für die Rückkehr in den Beruf bzw. an die Hochschule nach der Babypause. Aber in welcher konkreten Ausgestaltung dieses Programm in den kommenden Doppelhaushalt Eingang finden wird, ist im Rahmen der Haushaltsdebatte zu klären.

Betreffs der Anschlussfinanzierung an das auslaufende Bund-Länder-Programm HWP strebt Sachsen natürlich die Fortführung dieser Aufgabe an. Nicht nur aus Sicht der Förderung des weiblichen Wissenschaftlernachwuchses, sondern für den wissenschaftlichen Nachwuchs schlechthin ist dieses Programm eigentlich unverzichtbar. Flexible Öffnungszeiten in Kindertagesstätten sind im Übrigen nicht nur ein Thema für Wissenschaftlerinnen und Studierende, sondern auch für berufstätige Eltern in anderen Branchen, zum Beispiel im Gesundheitswesen, im Handel oder in der Gastronomie. Um die Betreuung der Kinder über die üblichen Öffnungszeiten hinaus abzusichern, sehe ich die Träger der Kindertagesstätten vor Ort in erster Linie in der Pflicht.

(Beifall der Staatsministerin Helma Orosz)

So wie es bereits eine Reihe guter Beispiele in der Wirtschaft gibt, sind auch die Hochschulen gefordert, Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder der Hochschulangehörigen zu schaffen. Unser Kita-Gesetz legt ausdrücklich Wert auf die Entstehung von Betriebskindergärten. Die Betreuungspauschale ist auf 1 800 Euro erhöht worden, und bei guter Organisation sollte das auch ausreichen, um eine bedarfsgerechte und flexible Betreuung der Kinder abzusichern. Die TU Dresden geht im Übrigen mit dem guten Beispiel einer hochschuleigenen Kita voran, und die HTW überlegt, ob sie sich anschließt.

Unter Punkt 4 regen Sie die Initiierung und Unterstützung eines Dual-Career-Services zur Stellenvermittlung von Partnern neu zugezogener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an. In den USA ist dies ein gängiger Begriff für eine Partnerstellenvermittlung. In Deutschland ist es noch weithin unbekannt. Die Uni Heidelberg hat dieses Modell, soweit mir bekannt ist, als erste Hochschule aufgegriffen. Ich halte es für einen guten Ansatz, vor allem für unsere sächsischen Hochschulen, wenn es darum geht, junge, begabte Akademikerinnen und Aka-

demiker im Lande zu halten. Ich weiß aber auch, dass Ähnliches hier bereits praktiziert wird, auch wenn es nicht unter diesem Begriff läuft. Dennoch, denke ich, liegt es im Rahmen ihrer Autonomie in erster Linie bei den Hochschulen selbst, Netzwerke im Sinne eines Dual-Career-Services zu bilden und dabei auch die Wirtschaft mit einzubinden.

Liebe Frau Hermenau! Im Herzen sind wir bei Ihnen, aber zustimmen können wir Ihrem Antrag leider nicht. Ich denke, dass Sie verstanden haben, dass uns in der Sache wenig trennt oder auch nichts. Aber wegen des Problems, dass wir heute schon eine Vorfestlegung für den Haushalt treffen würden, können wir leider nicht mitgehen. Ich bitte Sie, lassen Sie uns Zeit bis zu den Haushaltsberatungen. Lassen Sie uns dann im Ausschuss darüber trefflich streiten. Heben wir uns das Thema dafür auf und machen wir uns bis dahin noch Gedanken, damit etwas Gescheites dabei herauskommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die Linksfraktion.PDS Frau Werner, bitte.

Heike Werner, Linksfraktion.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Zitat der ehemaligen Präsidentin des Bundesverfassungsgerichtes Jutta Limbach beginnen, und zwar zieht sie in einer Rede zum aufhaltsamen Aufstieg der Frauen in der Wissenschaft Bilanz zu den frauenpolitischen Anstrengungen in Deutschland. Sie stellt fest, dass die Zunahme höherer Bildungsabschlüsse von Frauen sich in den Chefetagen kaum niedergeschlagen hat, dass in den höheren Rängen der Berufshierarchie noch immer kaum Frauen zu finden sind. Nun das Zitat: „Die zurückgebliebenste aller Provinzen jedoch, dort, wo der Fortschritt gewissermaßen auf der Stelle tritt, ist die Universität.“

Wo liegen nun die Ursachen für die schwierige Situation der Frauen in der Wissenschaft? Welche Barrieren behindern den beruflichen Aufstieg von Frauen und warum vor allem an den Universitäten, und das, obwohl in Deutschland mehr Frauen als Männer die allgemeine Hochschulreife erlangen und obwohl es Jahre gab, in denen mehr Frauen als Männer ein Hochschulstudium aufnahmen? Ja, aufnahmen, denn diese Tendenz ist rückläufig. Im letzten Semester ging der Frauenanteil bei Studienanfängerinnen wieder zurück. Es sprechen viele Anhaltspunkte dafür, dass die Einführung, aber auch die Diskussion um Studiengebühren vor allem junge Frauen davon abhält, ein Studium aufzunehmen.

Sie sind schon jetzt benachteiligt, wenn es beispielsweise um die Rückzahlung von BAföG geht. Frauen sind belastet, weil sie, wenn sie sich für Kinder entscheiden, natürlich länger zurückzahlen müssen, wenn sie zum Beispiel Unterbrechungen in ihrer Berufsbiografie haben, weil sie noch immer weniger Lohn erhalten als Männer und weil sie für sich schlechtere Berufschancen sehen. Im

„Spiegel“ gab es dazu ziemlich aufschlussreiche Zahlen. Die Zahlen wurden schon genannt.

Ich will etwas zur Bezahlung sagen. Und zwar werden Frauen immer noch schlechter bezahlt als Männer. Nach einer Studie der EU-Kommission verdienen Frauen durchschnittlich 23 % weniger als Männer. Diese Kluft ist fast nirgendwo so groß wie in Deutschland, und es ist eine gewachsene Kluft. 1999 betrug der Abstand im Gehalt noch 20 %. Das sehend, entscheiden sich Frauen plötzlich wieder zunehmend gegen ein Studium. Wir finden aber noch viel mehr Barrieren an den Hochschulen. Denken wir zum Beispiel an die Ursachen, die in der besonderen Situation berufstätiger Frauen und Männer, Väter und Mütter sowie in den Auslese- und Arbeitsbedingungen an der Universität liegen.

So finden wir eben an den Hochschulen noch immer eine vor allem von Männern geprägte Wissenschaftswelt, aber auch gesellschaftlich gefestigte Rollenzuschreibungen. Wir finden familienfeindliche Strukturen – dies wurde bereits ausgeführt –, und auch in den Reformbemühungen für Hochschulen finden sich Barrieren für Frauen. Wir haben eine überholte Personalstruktur mit privilegierten Professoren im Beamtenstatus, und wir haben das so genannte Netzwerk der alten Männer. Wenn Sie sich einmal mit Frauenbeauftragten unterhalten, werden Sie haarsträubende Geschichten darüber hören, wie Männer es immer wieder schaffen, Frauen aus den Berufungsverhandlungen hinauszukicken oder ihnen später das Leben an der Hochschule schwer zu machen.

(Unruhe im Saal)

Warum es für unsere Gesellschaft so wichtig ist, dem entgegenzusteuern, war schon relativ oft Gegenstand der Diskussion im Landtag. Die Stichworte wurden bereits genannt: Fachkräftemangel, kinderlose Akademikerinnen, Abwanderung junger Frauen, aber auch intellektuelles Potenzial einer Hochschule oder eines Landes, das gefährdet ist.

Die Frauen in Deutschland müssen sich nämlich entscheiden: Kind oder Karriere? Dieser Druck ist wiederum in Deutschland besonders hoch. Vieles wurde bereits von Frau Hermenau gesagt, auf das ich jetzt nicht eingehen will. Ich möchte noch einmal betonen: Es sind nicht nur die Frauen, die sich gegen Kinder entscheiden, sondern zunehmend auch die Männer. Auch darum müsste sich die Gesellschaft bemühen.

Was das alles für eine demografische Entwicklung bedeutet, werden Sie allein nachvollziehen können. Was es aber für das Sozialgefüge eines Landes bedeutet, müsste endlich auch im Landtag öfter Thema werden. Wer von Ihnen zur Anhörung des Sozialausschusses war, in der es um die Arbeit der Frauenverbände ging, erinnert sich vielleicht an die mahnenden Worte einer Expertin, was mit einer Region passiert, wenn die klugen Frauen das Land verlassen und die Männer allein zurückbleiben. Sie sagte auch, auf einen Trend von uns Frauen zum Zweitmann sollte man lieber nicht bauen. Ich muss fragen: Wer

von uns Frauen will schon einen dieser gewaltbereiten, frustrierten, nicht zu bildungsnahen Männer, die auf Naziparolen und Kameradschaftsstrukturen hereinfallen?

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Nein, ich glaube, die Wege müssen andere sein. Dazu bedarf es natürlich entsprechender finanzieller Mittel – der Antrag der GRÜNEN geht darauf ein –, aber auch Regelungen innerhalb des zukünftigen Hochschulgesetzes.

Ich möchte nur eines zum Antrag der GRÜNEN anmerken: Ich hätte mir gewünscht, dass Sie in Punkt 2 nicht schon von vornherein den Kompromiss suchen. Der Landesanteil am HWP bestand aus 50 %. Dass zumindest dies wieder eingestellt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Frage ist eben, wie wir es im Land schaffen, die Bundesmittel zu kompensieren. Die ursprünglichen HWP-Mittel finden Eingang in die Programme zur Exzellenzförderung. Spezifische Fördermöglichkeiten für Frauen sind darin noch nicht enthalten. Zwar wurde von den Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bereits Ähnliches angemahnt; es ist jedoch noch nicht klar, wie sich die einzelnen Bundesländer bei der Handhabung verhalten werden. Ich hoffe, dass Frau Staatsministerin heute etwas dazu sagen wird.

Außerdem ist klar, dass nur wenige Hochschulen von den Mitteln aus der Exzellenzförderung partizipieren werden, sodass frauenfördernde Maßnahmen in der bisherigen Breite nicht mehr möglich sein werden. Dies müssen wir natürlich im Haushalt auffangen, und natürlich müssen wir heute darüber reden; denn wir brauchen uns nicht in die Tasche zu lügen: Dass der Haushalt bereits jetzt gestrickt wird, ist uns allen klar.

Die Hochschulen müssen natürlich auch strukturell unterstützt werden, damit Barrieren abgebaut werden. Da sich die Staatsregierung oft auf die chronische Unterfinanzierung beruft, möchte ich hier einige Vorschläge machen, die sie keinen Heller kosten. Hierfür können die Koalition und die Staatsregierung im neuen Hochschulgesetzentwurf schon einmal einige Weichen stellen. Ich hoffe hier sehr auf Frau Ludwig und Frau Raatz; denn – hierzu möchte ich noch einmal ganz kurz und nur sinngemäß Frau Limbach zitieren: Die Männer sind in der Theorie zwar immer sehr emanzipiert, aber in der Praxis sind ihnen die Hände gebunden, und zwar nicht nur im Haushalt.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Wir wissen nun nicht genau, welche Vorschläge die Staatsregierung bzw. die Koalition vorhaben, deshalb einige wenige Anregungen von uns.

(Allgemeine Unruhe im Saal)

– Nicht nur meine Kinder warten zu Hause. Wenn Sie jetzt schön ruhig sind, können wir das Ganze abkürzen.

Durch eine verbindliche Quotierung von Stellen, mindestens entsprechend dem Frauenanteil in den vorangegangenen Qualifikationsstufen, ist eine schrittweise Erhöhung des Frauenanteils in allen Personalkategorien mit dem Ziel der Parität anzustreben. Eine zweite Forderung ist – dies ist im Antrag bereits enthalten –, dass Erfolg und Misserfolg in der Frauenförderung zu einem zentralen Kriterium beim System „Leistungsorientierte Mittelvergabe“ gemacht werden müssen.

Natürlich müssen auch diese langen männlichen Lebensmuster im Ausbildungsprozess und im Wissenschaftssystem reduziert werden, zum Beispiel durch eine Neugestaltung des Qualifikationsweges. Wir brauchen natürlich auch zur Kontrolle und Sicherung der Durchsetzung dieser Maßnahmen die institutionelle Stärkung von Frauenbeauftragten an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen, und es geht eben nicht nur um Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in Personalangelegenheiten, sondern um Eingriffs- und Beteiligungsrechte, zum Beispiel in Berufungsverfahren, aber auch im Haushalt und Ähnlichem.

Sie hörten sicher schon – ich hatte es vorhin auch erwähnt –, wie Berufungsverfahren zum Teil aussehen. Sie wissen, dass gerade, wenn es um die Besetzung von Stellen mit hohem Status geht, nicht vordergründig Leistung entscheidet, sondern ein gewisser Kodex, den derjenige, der die Stelle will, mit demjenigen, der die Stelle vergibt, gemeinsam haben sollte. Deshalb muss es notwendig sein, dass Berufungskommissionen paritätisch besetzt sind.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Noch ein Vorschlag, der fast kostenneutral ist: die förderparitätische Besetzung der Hochschulgremien. Damit hätten wir weniger Professoren, wir hätten mehr Mittelbau, mehr Studierende und andere Hochschulangehörige. Dies würde die Frauenbeteiligung auch schon erhöhen.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

Parallel dazu brauchen wir natürlich auch Maßnahmen auf dem Gebiet der Vereinbarkeit von Familie und Studium bzw. Professuren und Promotion. In der „Zeit“ habe ich folgendes Zitat gefunden: „Die Universität scheint eine verhütende Wirkung zu haben. Der Optimismus, Kinder zu haben, sinkt proportional zur Studienzeit und kommt vollends ins Wanken, sobald die Wissenschaft zum Arbeitgeber wird.“

Es wurde hier bereits einiges zur schwierigen Situation von Studierenden mit Kind oder auch von Promovierenden gesagt. Noch krasser ist die Situation, wenn es um eine berufliche Karriere an einer Hochschule geht. Ich möchte das jetzt abkürzen und Ihnen nur ein Beispiel von einer Frau aus den USA nennen, die dort gearbeitet hat. Sie sagte: Auf Forschungsreisen jedoch musste sie niemals verzichten. Sie hat ihre Kinder stets mitgenommen. In den USA beantragte ihr Ehemann die Elternzeit. In Oxford meldete sie ihr ältestes Kind in der Schule und das

jüngste im Universitätskindergarten an. Egal, wann man die Betreuung brauchte, stets stand ein Bus am Hochschultor, nahm die Kinder in Empfang und brachte sie zu jeder gewünschten Zeit auch wieder dorthin zurück.

Ja, meine Damen und Herren, so kann es sein, wenn es gesellschaftlich gewollt ist. Die Politik muss hierfür jedoch Impulse geben und nicht nur schöne oder mahnende Worte finden. Der Antrag der GRÜNEN unterstützt dies, deshalb wird die Linksfraktion.PDS ihn auch unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der Linksfraktion.PDS
und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Frau Dr. Raatz wird uns nun vortragen, was die SPD-Fraktion zu diesem Antrag zu sagen hat.

Dr. Simone Raatz, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich den Worten meiner Vorrednerinnen vom Grundanliegen her anschließen. Der Antrag der GRÜNEN ist sinnvoll; denn der Anteil der Frauen ist nach wie vor – gerade die Frauen, die auch im Wissenschaftsbereich tätig sind, wissen das – im Wissenschaftsbereich unterrepräsentiert. Es muss etwas getan werden, um dies zu ändern. Ich denke, dazu sitzen wir hier, um gerade solche Problemlagen zu diskutieren.

Es wurde bereits gesagt, dass sich der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung mit dem der Männer in etwa die Waage hält. Im Jahrgang 1980 waren das zirka 46 %. Der Anteil der Abiturientinnen liegt sogar bei 60 %, das heißt, mehr als die Hälfte erreicht im Endeffekt die Hochschulzulassung.

Dieses Verhältnis ändert sich im Wissenschaftsbereich jedoch umso drastischer, je höher das Qualifikationsniveau der Frauen ist; denn bei den Professorinnen liegt der Anteil dann nur noch bei 14 %, und ich denke, dies sind schon dramatische Zahlen, über die man nachdenken sollte.

Ich selbst habe an der Technischen Universität Freiberg gearbeitet und natürlich auch dort einmal geschaut – in etwa wusste ich es – und kaum eine Frau als Professorin gesehen, aber ich dachte, ich schaue einmal, wie die Zahlen sind. 2003 gab es in Freiberg 104 Professorenstellen, davon waren drei mit Frauen besetzt, und das ist natürlich Wahnsinn. Das ist im Endeffekt in Chemnitz nicht anders. Hier gibt es 157 Professorenstellen, von denen 14 mit Frauen besetzt sind.

Das zeigt schon, dass gerade an Technischen Universitäten noch Etlliches zu tun ist. Das allein damit zu begründen, dass Frauen sowieso nicht so gern Technik und Naturwissenschaften studieren würden, ist albern, denn auch hier forschen und arbeiten Frauen wie in anderen Bereichen. Man muss natürlich darüber nachdenken, welche Gründe dazu führen, dass sich die Entwicklung so vollzieht, und wie man diese Gründe beheben kann. Wenn

man nach Dresden und Leipzig schaut, stellt man fest, dass auch dort das Verhältnis nicht wesentlich anders ist.

Es stellt sich natürlich die Frage, ob allein die mangelnde Förderung dafür verantwortlich ist, dass wesentlich mehr Männer promovieren, habilitieren und im Endeffekt auch eine Professur innehaben. Ich denke, dass dem nicht so ist.

Eine weitere Frage ist, ob es wirklich nur die Familienplanung ist, die die Frauen davon abhält, in höhere Qualifikationsstufen einzusteigen. Ich denke, die Zahlen, die Frau Hermenau hier genannt hat, haben das doch eigentlich deutlich gemacht. Im Alter bis zu 42 Jahren sind mehr als 50 % – so habe ich es verstanden – kinderlos. Gut, da könnte man sagen: Okay, ob Kinder oder nicht, trotzdem müssten sich doch dann mehr Frauen als Professorinnen in diesen Gremien wiederfinden. Das ist aber nicht so. Es ist also nicht allein die Kinder- oder Familienplanung, die die Frauen davon abhält, auch andere Qualifikationsstufen als die der Promotion – selbst da sind wir mit Frauen nicht besonders reich gesegnet – anzustreben.

Bei der Suche nach Antworten kann man verschiedene Dinge finden. Meine Kollegin Frau Werner hat bereits auf einiges hingewiesen. Es gibt einen Forschungsbericht des interdisziplinären Frauenforschungszentrums der Uni Bielefeld, der sich gerade mit dieser Problematik beschäftigt. Er hat die Unterrepräsentanz von Frauen bei Promotionen zum Inhalt. In diesem Bericht wird festgestellt, dass die vorhandene und nachgewiesene wissenschaftliche Leistungsfähigkeit vieler Frauen an den Universitäten zunächst nur einmal festgestellt werden muss. Selbst daran scheitert es. Man zweifelt also daran, dass Frauen als Wissenschaftlerinnen genauso leistungsfähig sind wie Männer.

Viele sagen auch, man solle nicht ständig darauf verweisen, dass Frauen spezielle Fördermaßnahmen nötig hätten; denn das würde implizieren, dass Frauen doch nicht so leistungsfähig wie Männer seien. Ich meine aber, dass wir darauf hinweisen müssen, denn die Situation ist heute leider so, wie ich sie gerade dargestellt habe.

Was fehlt den Frauen im universitären Bereich, damit die über lange Zeit etablierte Missachtung bisheriger tatsächlicher wissenschaftlicher Leistungen von Frauen überwunden wird? Wir wollen nicht gefördert, wir wollen nur nicht gehindert werden – so drücken es viele Wissenschaftlerinnen aus. Tatsächlich gibt es kaum einen anderen Berufszweig – Frau Werner sagte es schon –, in dem die Bildung von Koalitionen und Seilschaften für die Karriere so entscheidend ist wie im Wissenschaftsbereich.

Selbst der Wissenschaftsrat teilt mit: „Unterstützungssysteme sind mitbestimmend für die Chance, um Weiterempfehlungen, Publikations- und Vortragsangebote zu erhalten. Ermutigung und Unterstützung haben auch Einfluss auf die Erreichbarkeit von Forschungsgeldern und sonstigen Ressourcen.“

Für Frauen erweist sich der Zugang zu jahrzehntelang gewachsenen männlich dominierten Netzwerken und informellen Unterstützungssystemen als besonders schwierig. Aber gerade Karrieren werden eben durch soziale Netzwerke vermittelt. Durch die Nichtbeteiligung der Wissenschaftlerinnen an diesen sozialen Netzwerken reproduziert sich die Unterrepräsentation von Frauen immer wieder. Die Ausschlussmechanismen gegenüber Frauen werden umso wirksamer und deutlicher, je einflussreicher und besser dotiert die Positionen sind, wie auch der Wissenschaftsrat feststellte.

Gerade darum ist es im Wissenschaftsbereich besonders wichtig, dass Frauen ihre eigenen Netzwerke etablieren und sich stärker als bisher in bestehende Netzwerke einbinden. Doch das Ganze ist nicht so einfach. Ich denke, viele Frauen versuchen dies, aber im Endeffekt kann man sich nicht allein auf die Männer verlassen.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS: Was denn?)

Männer binden insbesondere hübsche Frauen so lange ein, solange sie nicht ganz nach oben streben. Aber sobald die Frauen eine wirkliche Konkurrenz darstellen, wird blockiert. Das muss man ganz einfach so sagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der Linksfraktion.PDS und den GRÜNEN)

Deswegen finde ich es richtig, dass sich Frauennetzwerke bilden, dass sie sich aber auch der Politik bedienen. Dafür sind wir, denke ich, auch da. Ich halte das also für legitim. Eine verstärkte Unterstützung der Frauen durch politische Initiativen ist auf jeden Fall so lange gefragt, bis wenigstens ein Drittel des Senats mit Frauen besetzt ist. Wir haben vorhin das Beispiel der Berufungskommissionen gehört. Ich denke, man sollte wirklich etwas Zwang ausüben, um im Endeffekt das Ziel zu erreichen, das wir heute hier thematisieren.

Darum unterstütze ich die Forderung im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Zuge der Einführung von Globalbudgets und Zielvereinbarungen an den sächsischen Hochschulen ein neues Finanzierungsinstrument zur Unterstützung von Wissenschaftlerinnen einzuführen. Über diese Lenkungsmöglichkeit sollten wir uns noch intensiv austauschen.

Bezüglich der Bewertung der übrigen Punkte des vorliegenden Antrags schließe ich mich meiner Kollegin Frau Schöne-Firmenich an; sie hat einiges dazu gesagt.

Zu erwähnen wäre vielleicht noch, dass die derzeitige finanzielle Ausgestaltung des Haushaltstitels, in dem sich das Wiedereinstiegsprogramm befindet, der SPD-Fraktion zu verdanken ist, denn sie hat sich in den Koalitionsverhandlungen auch für die Ausgestaltung dieses Haushaltstitels eingesetzt. Deswegen können Sie sich auch darauf verlassen, dass sich die Koalition hierzu Gedanken machen wird.

Darum unterstützt die SPD-Fraktion das Anliegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vollinhaltlich. Wir

sehen aber noch darüber hinausgehenden Regelungsbedarf. Die Gesamtproblematik sollten wir im Zuge der Haushaltsdebatte diskutieren, aber, wie gesagt, einen Vorgriff derzeit vermeiden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der Linksfraktion.PDS und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die NPD-Fraktion spricht der Abg. Gansel.

Jürgen Gansel, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Manchmal ist man ja auch schon für kleine Signale dankbar. Als ein solches interpretiert es die NPD-Fraktion, wenn sich nun auch die GRÜNEN vor dem Hintergrund der demografischen Katastrophe

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

zu familienpolitischen Vorschlägen bereit finden, die auf eine bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft abzielen.

(Zuruf der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

– Das ist Ihre Interpretation. Ich könnte es Ihnen auch noch rhetorisch vergelten.

Offenbar bedarf es manchmal gewisser politischer Schläge auf den Hinterkopf, um selbst bei einer klassischen Verhinderer- und Verdrängerpartei wie den GRÜNEN das Denken zu befördern. Was mussten wir Nationaldemokraten uns in den letzten Plenarwochen nicht alles gerade an grüner Polemik anhören, als wir etwa unseren Antrag auf Einführung eines Müttergehaltes zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ins Gespräch brachten!

(Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Für deutsche Familien!)

– Für deutsche Familien! Ich danke für die Klarstellung. Richtig! Ich kann es Ihnen auch fünfmal schriftlich geben.

(Beifall bei der NPD)

Jetzt entdecken also auch die GRÜNEN den demografischen Notstand im Land. Sie entdecken, dass insbesondere junge Akademikerinnen, die vielleicht gerne Kinder hätten, von der Situation im Hochschul- und Wissenschaftsbereich eindeutig benachteiligt werden. Das klingt im grünen Antrag zwar noch etwas hektisch und in einzelnen Punkten überzogen. Warum muss man zum Beispiel ein Dual-Career-System zur Stellenvermittlung von Partnern neu zugezogener Wissenschaftlerinnen fordern? Halten die GRÜNEN etwa die Partner dieser Akademikerinnen für unfähig, sich selbst um einen Arbeitsplatz zu kümmern?

Aber alles in allem geht der grüne Antrag in die richtige Richtung, weshalb die NPD-Fraktion auch keine Schwierigkeiten hat, ihm zuzustimmen.

Im Übrigen sind die grünen Vorschläge so neu nun auch wieder nicht. Im Gegenteil, wenn man schon die Absicht

hat, etwas für Wissenschaftlerinnen mit Kinderwunsch zu tun, dann ist es doch das Nächstliegende, an der Situation am Arbeitsplatz und der ausreichenden Versorgung mit Kindertagesstätten anzusetzen. In diesem Zusammenhang weist die Antragstellerin ganz zu Recht auf das von der Hertie-Stiftung initiierte Programm hin. Es hätte allerdings auch genügt, einen Blick in die recht umfangreichen Handlungsempfehlungen zu werfen, die die NPD-Fraktion schon vor geraumer Zeit im Rahmen ihrer Mitarbeit in der Enquete-Kommission „Demografische Entwicklung“ vorgelegt hat, wo sich aber die grüne Fraktion nicht eingebracht hat.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Dort finden Sie ausdrücklich auch unsere Forderung nach einer familienfreundlichen Beschäftigungs- und Personalpolitik im öffentlichen Sektor, auch und gerade an Schulen und Hochschulen. In unserer Begründung hieß es damals – ich darf kurz zitieren, da den GRÜNEN unsere diesbezüglichen Aktivitäten nicht bekannt zu sein scheinen –: „Bei gleichwertiger Qualifikation von Bewerbern mit und ohne Kinder sollten junge Eltern bevorzugt eingestellt werden. Dies könnte zum Beispiel bei jungen Akademikerinnen, die eine sehr niedrige Geburtenrate bei gleichzeitig sehr hoher Berufsneigung haben, ein bevölkerungspolitisch sinnvoller Weg sein.“

Kurz und gut: Es ist erfreulich, wenn sich bevölkerungspolitisch richtige Einsichten zwar spät, aber immerhin doch noch bei den GRÜNEN durchzusetzen beginnen. Die NPD-Fraktion wird deswegen dem vorliegenden Antrag zustimmen.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die FDP-Fraktion Herr Dr. Schmalfuß, bitte.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist für die Zukunft des Freistaates Sachsen als Standort für Wissenschaft und Forschung entscheidend. Dabei brauchen wir nicht nur jeden Mann, sondern viel mehr Frauen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

(Beifall bei der FDP)

Der Anteil der Frauen, die eine wissenschaftliche Karriere und letztlich eine Professur bekommen, ist in Sachsen nach wie vor zu gering. Die Zahlen des Statistischen Landesamtes sprechen eine eindeutige Sprache. Im Jahr 2005 haben in Sachsen 76 Wissenschaftler, aber nur 14 Wissenschaftlerinnen den Nachweis der wissenschaftlichen Lehrbefähigung erworben. Der Frauenanteil ist gegenüber dem Vorjahr sogar rückläufig. So wurde 2005 nur jede sechste Habilitation von einer Frau abgeschlossen. 2004 war es noch mehr als jede fünfte.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen liegt der Freistaat Sachsen unter dem Bundesdurchschnitt von 23 %. Es stellt sich die Frage: Warum bleiben Frauen auf dem

akademischen Karriereweg oft stecken? Eine Studie der Europäischen Gemeinschaft aus dem Jahre 1999 konstatiert eine weiche Diskriminierung. Frauen werden oft übersehen, sie werden weniger zitiert und von den Mentoren weniger animiert, sich um höhere Posten zu bemühen. Darüber hinaus sind akademische Karriere und Familie sehr schwer in Einklang zu bringen. Der Weg über die Promotion zur Habilitation ist lang und beschwerlich. Die Annahme befristeter Stellen und häufiges Umziehen stellen Frauen mit Kindern vor grundlegende Probleme.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kinderbetreuung an sächsischen Hochschulen ist auch im europäischen Vergleich zu gering, wenig flexibel und muss dringend ausgebaut werden.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Im Übrigen ist der Freistaat Sachsen das einzige Bundesland, in dem eine Rechtsgrundlage für eine Juniorprofessur fehlt. Gerade die vorgenannte Juniorprofessur kann es Frauen leichter machen, eine wissenschaftliche Karriere in Sachsen erfolgreich in Angriff zu nehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die besondere Förderung von Frauen in der Wissenschaft ist weiterhin dringend erforderlich. Diese Unterstützung ist nicht nur eine Sache der Gleichberechtigung von Mann und Frau, sondern eine Frage, wie wir im Freistaat Sachsen langfristig unseren wissenschaftlichen Nachwuchs gewinnen und sichern können. Der Antrag der GRÜNEN ist ein Weg dazu und deshalb findet er meine persönliche Zustimmung und die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war die Runde der Abgeordneten. Gibt es Bedarf für eine zweite Runde? – Dann Frau Staatsministerin Ludwig, bitte.

Barbara Ludwig, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der hier vorgelegte Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bringt ein Thema auf die Tagesordnung, das für den Freistaat Sachsen ohne Frage von großer Bedeutung ist – und das mit zunehmender Tendenz. Für all jene, die bisher im Zusammenhang mit der Sicherung und Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandortes Sachsen Frauenförderung vielleicht als richtig, aber als wenig relevant betrachtet haben, wird sichtbar – die Gründe sind genannt –, warum dies von Bedeutung ist. Die Demografie, der Fachkräftemangel, die zunehmende Konkurrenz um die besten Köpfe – all das zeigt, welche Bedeutung Frauen jetzt und vor allem in Zukunft für den Wirtschafts- und im Übrigen auch für den Wirtschaftsstandort Sachsen haben werden.

Ohne sie, die hoch qualifizierten Frauen, wird der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Sachsen angesichts der beschriebenen Entwicklungen in eine schwierige Lage

kommen. Das heißt, der gesetzliche Auftrag, gleichberechtigte Lebens- und Berufschancen für Frauen und Männer in unserer Gesellschaft zu schaffen, erhält erheblichen Nachdruck. Die Kernfrage, die hier aufgeworfen wird, ist deshalb nicht, ob irgendeiner Interessengruppe – in diesem Fall den Frauen – ein Förderprogramm erneut verlängert wird. Die Kernfrage lautet: Wie sichern wir langfristig den Wirtschaftsstandort Sachsen?

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es Freitagnachmittag ist, wollen wir ganz kurz einen Blick zurückwerfen und zu einem Zitat aus der Rede kommen, Frau Hermenau, die ich diese Woche anlässlich 100 Jahre Frauenstudium in Sachsen gehalten habe. Es ist also 100 Jahre her, dass in Sachsen, an der Universität Leipzig, die ersten 27 Frauen studieren konnten.

(Beifall der Abg. Christine Clauß, CDU)

Im Übrigen war damals Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern ein eher rückschrittliches Land, wenngleich die Universität Leipzig im Vergleich zu anderen Universitäten – sie war nicht die erste – relativ fortschrittlich gewesen ist. Wenn wir uns die 100 Jahre betrachten, so haben wir eine Menge erreicht. An der Universität Leipzig studieren heute 60 % Frauen; insgesamt studieren 48 % Frauen. Allerdings – das wurde bereits genannt – sind 58 % aller Schulabgänger der Gymnasien junge Frauen. Nur 48 % beginnen ein Studium. Das heißt, hier büßen die Frauen das erste Mal ihren Bildungsvorsprung ein. Wir müssen bei der Berufsorientierung in den Mittelschulen – denn auch da geht es noch um einen Übergang zum Gymnasium und dann zum Studium – und natürlich in den Gymnasien die Berufsorientierung stärker vorantreiben.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch,
Linksfraktion.PDS)

Wenn wir die Habilitationen sehen – auch das ist schon genannt worden –, so hatten wir im Jahr 2004 21 % weibliche Habilitanden. Das ist natürlich nach wie vor zu wenig, weil sich daraus Wissenschaftlerkarrieren ergeben. Auch hier müssen wir – obwohl die Tendenz steigend ist – weiter etwas tun. Der Tiefststand in Sachsen war übrigens 1996 mit 4,3 %. Das heißt, die Tendenz ist richtig, aber die Geschwindigkeit reicht noch nicht aus.

Das Wiedereinstiegsprogramm für Wissenschaftlerinnen und das Auslaufen der HWP-Programme der Bundesregierung „Chancengleichheit für Frauen in der Forschung und Lehre“ wurden genutzt und haben genutzt. Das können wir heute deutlich feststellen.

Wir alle hier wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Förderprogramme Entwicklungen nur unterstützen und verstärken können. Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung von Frauen ist vor allem anderen, dass möglichst viele junge Frauen die selbstbewusste Entscheidung treffen, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und dort Karriere machen zu

wollen. Dass dies immer noch viel weniger Frauen als Männer tun, hat viele Gründe. Diese hier aufzuzählen – einige sind schon genannt worden – würde den Rahmen sprengen.

Ich beschränke mich auf ein Zitat der CDU-Abgeordneten Rita Pawelski aus der Bundestagsdebatte „Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt“. Sie sagt zu Recht: „Das Karrierehemmnis Nummer eins sind Vorurteile. Vorurteile haben einerseits Frauen selbst hinsichtlich ihrer tatsächlichen Qualitäten und andererseits entdecken zu wenige Männer und Frauen die fachlichen Kompetenzen der Hochschulabsolventinnen und fördern sie nach wie vor nicht ausreichend. Dabei leisten wir uns etwas, was wir uns eigentlich längst nicht mehr leisten können und in Zukunft schon gar nicht leisten können werden: Wir lassen Talente, Ideen, Kompetenzen und Ressourcen für unser Land ungenutzt. Das hat auch damit zu tun, dass nach wie vor zu wenige Frauen in Führungspositionen in der Wissenschaft sind. Im Übrigen gilt das auch für Unternehmen.“

Der Anteil der weiblichen Professorschenschaft ist bereits genannt worden: zirka 14 %. Auch hierbei haben wir einen leichten Aufwärtstrend, aber die Entwicklung geht sehr langsam voran. Es bedarf weiterer Anstrengungen und Hilfestellungen; denn dass Frauen etwas können und dass sie es können – auch im Wissenschaftsbetrieb –, zeigt, dass 55 % der Lehrkräfte für besondere Aufgaben Frauen sind. Hier drängt sich die Frage auf: Warum endet die Karriere vieler Frauen im Mittelbau unserer Hochschulen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das demografische Problem, über das wir immer wieder sprechen, spiegelt sich bei Akademikerinnen in ganz besonderer und mehrfacher Hinsicht wider. Es ist de facto ein Brennglas der gesellschaftlichen Entwicklung, das wir betrachten können. Dies ist schon erläutert worden. Die erste feste Stelle gibt es meist erst dann, wenn man eigentlich Familienplanung ernsthaft umsetzen müsste. Aber das ist dann auch wieder genau der falsche Zeitpunkt. Wer Kinder bekommt, stellt sich nicht selten bei der Karriereleiter unten an.

Frau Hermenau, 30 % der ostdeutschen Akademikerinnen bekommen gegenwärtig Kinder. Das ist eine Zahl, die kaum zu fassen ist. Es sind 44 % der Akademikerinnen in den alten Bundesländern, obwohl die Kinderbetreuung in unseren Bundesländern fast ausreichend ist. Deshalb müssen wir uns weiterhin fragen: Was stimmt alles noch nicht?

Kinderbetreuung muss zuerst von den örtlichen Trägern der Jugendhilfe organisiert werden. In den Kindertagesstättenbedarfsplänen müssen dort, wo Hochschulstandorte sind, die Kindertagesstätten mit Öffnungszeiten klar ausgewiesen werden, damit junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studentinnen und Studenten ihre Kinder hinbringen können und diese Öffnungszeiten dann auch mit dem Studienbetrieb übereinstimmen. Das lässt sich regeln. Das kostet auch nicht die Welt. In einigen Städten ist es möglich. Es gibt Hochschulen, die eigene

Kindertagesstätten haben. Wir wollen mit dem neuen Hochschulgesetz die Bedingungen für die Studentenwerke weiter verbessern.

Wenn wir feststellen, dass so wenig junge Frauen, die Akademikerinnen sind, Kinder bekommen und Kinderbetreuung eigentlich gut geregelt ist, dann fehlt noch mehr, mindestens ein Klima der Kinderfreundlichkeit. Wenn Sie sich mit Studentinnen und Studenten unterhalten und hören, was sie von ihren Professorinnen und Professoren geraten bekommen, dann ist es selten, während der Studienzeit ein Kind zu bekommen. Die Eltern tun häufig etwas Ähnliches. Insofern fehlt schon vom Grund her das Klima, dass Kinder einfach dazugehören, sowohl bei den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als auch bei den Studentinnen und Studenten.

Nicht alles können wir über Förderprogramme regeln. Es muss sich etwas in den Köpfen bewegen, wenn wir es ernst nehmen wollen und wenn wir wollen, dass unsere zukünftigen Spitzenkräfte und auch diejenigen, die es schon sind, Kinder bekommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Die Exzellenzinitiative, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein beredtes Beispiel für den Stand der Förderung der Frauen. Hierzu kann ich ausführen, was in den Stellungnahmen an unseren Universitäten steht. Wir haben den Universitäten ins Stammbuch geschrieben, dass ihre Anträge auch deshalb abgelehnt worden sind, weil sie sich zu wenig um die Förderung junger Frauen, junger Nachwuchswissenschaftlerinnen kümmern. Das ist ein positiver Effekt, ich weiß.

Auch Magnifizenz Häuser hat auf der von mir vorhin angesprochenen Festveranstaltung ausgeführt, dass Frauenförderung bei der neuen Antragsrunde einfach eine große Rolle spielen wird, weil man weiß, dass man damit mehr Chancen hat, sich durchzusetzen. Ich finde, das ist ein guter Effekt. Wir werden an den Anträgen sehen, ob es berücksichtigt worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt im Freistaat Sachsen Förderprogramme, die helfen. Dazu gehört das Wiedereinstiegsprogramm. Ich will jetzt nicht die Geschichte dieses Programms erzählen, kann Ihnen aber sagen, dass das seit Herbst vergangenen Jahres wieder aufgelegte Programm für junge Frauen oder junge Väter, die den Wiedereinstieg nach einer Kinderpause wählen wollen, gut funktioniert. Die Koalition wird natürlich das ihrige dafür tun, damit das Programm fortgeführt wird. Das kann man hier sicherlich so sagen, ohne den Haushaltsverhandlungen vorzugreifen.

Wir hatten darüber hinaus das HWP-Programm, das leider durch die Föderalismusreform auslaufen wird. Es gibt gegenwärtig Gespräche mit der Bundesministerin, Frau Schavan, und den Wissenschaftsministern, was wir tun können, um einen Hochschulpakt zu schmieden. Dabei geht es vordergründig um die zunehmenden Studierendenzahlen in den alten Bundesländern, die Abnahme bei uns und das Zusammenbringen über eine sinnvolle

Verbindung und Förderung, wobei dem Bund durch die Architektur des Föderalismus sehr die Hände gebunden sind.

Ich habe in diesem Gespräch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Frauenförderung, weil es einfach eine zentrale Aufgabe für alle Bundesländer ist, in diesen Hochschulpakt unbedingt aufgenommen werden muss. Ich hatte den Eindruck, dass die Bundesministerin dafür sehr aufgeschlossen ist.

Mein Haus ist zurzeit dabei, zu konzipieren, was man über die neue ESF-Förderperiode für Frauenförderung tun kann, damit nicht nur Worte stehen, sondern dem auch Taten folgen. Wir sind gegenwärtig in der Konzipierungsphase. Ich kann deshalb noch keine konkreten Ergebnisse nennen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass wir uns dort auf den Weg gemacht haben. Was von den Ländern beim HWP-Programm an Rechtsverpflichtungen zu übernehmen ist, werden wir tun. Wir werden sehen, was wir aus eigener Kraft fortsetzen können, und bauen vor allen Dingen auf die neue Programmierung des ESF, was sehr stark auf die Förderung von Köpfen abstellt. Ich gehe davon aus, dass die Europäische Union das Fördern von Frauenköpfen mit Sicherheit auch will. Insofern glaube ich, dass wir auf einem guten Weg sein werden.

Herr Gansel, das Müttergeld ist genau das Gegenteil von dem, was hier gemeint ist. Das ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hermenau, Sie wissen, dass wir den Haushaltsverhandlungen nicht vorgreifen können. Ich hoffe, Sie haben gespürt, dass Sie mit Ihrem Anliegen ein Thema getroffen haben, das in aller Ernsthaftigkeit über die Grenzen der Fraktionen hinweg gesehen wird, was mich persönlich sehr freut. Insofern haben Sie mit Sicherheit etwas in Bewegung gesetzt, auch wenn Ihnen heute die Koalitionsfraktionen wegen der Haushaltsdisziplin und der Reihenfolge der Beratungen nicht zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt
bei der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Meine Damen und Herren! Gibt es daraufhin erneut Aussprachebedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Frau Hermenau, Sie erhalten das Schlusswort, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Herr Gansel, der Weg vom Gebärzwang und Mutterverdienstkreuz zum Ermöglichen von Kinderwünschen ist ein weiter. Ihr völkisches Gefasel hat durchblicken lassen, wie wenig Sie von der Rolle der Frau verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU,
der Linksfraktion.PDS, der SPD,
der FDP und der Staatsregierung)

Vielleicht haben Sie auch Angst vor Frauen. Wer weiß?

Frau Werner, ich habe darauf verzichtet, mehr als nur den Landesanteil einzufordern, weil ich davon ausgehe, dass man, wenn man Kompromisse eingeht, es auch schafft, Mehrheiten zu erreichen – vielleicht nicht jetzt und heute, vielleicht erst im Herbst; aber das ist der Hintergrund. Dass Sie und Ihre Partei es nicht so eng mit dem Ausweiten öffentlicher Ausgaben sehen, haben wir in der gestrigen Debatte erlebt. Wir haben einfach ein anderes Verständnis.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst,
Linksfraktion.PDS)

Deswegen ist die Weiterführung des Landesanteils das, was nach finanziellen Gesichtspunkten in Sachsen möglich ist.

Frau Schöne-Firmenich, es ist schön, dass Sie das Anliegen im Grundsatz mittragen und dass Sie im Herzen bei mir sind. Es wird dann richtig eng, wenn alle bei mir sind. Aber lassen wir das.

Genau mit dem Widerspruch, den Sie hier vorgetragen haben, habe ich gerechnet. Sie haben sich doch von den Männern Ihrer Fraktion über den Tisch ziehen lassen. Diese haben Ihnen eingeredet, Sie sollten sich keinen Vorgriff auf die Haushaltsverhandlungen von mir aufschwätzen lassen. Wir sprechen von den Haushaltsverhandlungen im Parlament, die im Herbst stattfinden. Der Antrag und auch meine Rede haben wohlweislich auf die Aktion der Ministerinnen abgezielt. Ich meine das im Ernst. Ich glaube, dass sich die Männer der CDU-Fraktion schwer damit tun, etwas aus dem Regierungsentwurf zu streichen, das sie erst Anfang Juli beschließen, als wenn wir etwas neu verhandeln müssten.

(Beifall der Abg. Regina Schulz,
Linksfraktion.PDS)

Ich fände es gut, wenn es im Regierungsentwurf stünde und nicht erst Debattengegenstand im Herbst im Parlament wäre. Sie haben heute von allen Fraktionen in der Debatte die Unterstützung gesehen. Ich erinnere mich, dass wir in der letzten Haushaltsdebatte dazu einen Änderungsantrag im Parlament hatten. Wer hat diesen abgelehnt? Wer hat im Wissenschaftsausschuss gewettert? – Der Herr Wöller von der CDU!

(Widerspruch bei der CDU –
Prof. Dr. Peter Porsch, Linksfraktion.PDS:
Er ist auch nicht mehrheitsfähig!)

Wenn man sich auf die Männer in Ihrer Fraktion nicht verlassen kann, Frau Ministerin, dann muss man sehen, was man selbst vorher hinbekommt. Mein Vorschlag ist, dass man erst einmal schaut, was alles im Regierungsentwurf steht, der uns im Sommer in das Parlament überwiesen wird. Dann schauen wir, was wir eventuell im Herbst, wenn das Parlament darüber berät, nachjustieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, vereinzelt
bei der Linksfraktion.PDS, der FDP
und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war das Schlusswort, meine sehr verehrten Damen und Herren. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Ich stelle den Antrag der Fraktion der GRÜNEN in der Drucksache 4/5102 zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung und einer großen Anzahl von Pro-Stimmen ist der Antrag jedoch mehrheitlich abgelehnt worden und dieser Tagesordnungspunkt beendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Heute Morgen 10:00 Uhr kamen wir zur 50. Sitzung des Sächsischen Landtages zusammen. Ich schließe die 51. Sitzung. So schnell kann es gehen. Ich lade Sie zur 52. Sitzung am 21. Juni 2006, 10:00 Uhr, ein. – Ein schönes Wochenende.

(Schluss der Sitzung: 17:15 Uhr)

HERAUSGEBER:

Sächsischer Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

www.landtag.sachsen.de

HERSTELLUNG:

Sächsischer Landtag
Parlamentsdruckerei
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935269
Fax: 0351-4935481

VERTRIEB:

Sächsischer Landtag
Informationsdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel.: 0351-4935341
Fax: 0351-4935488